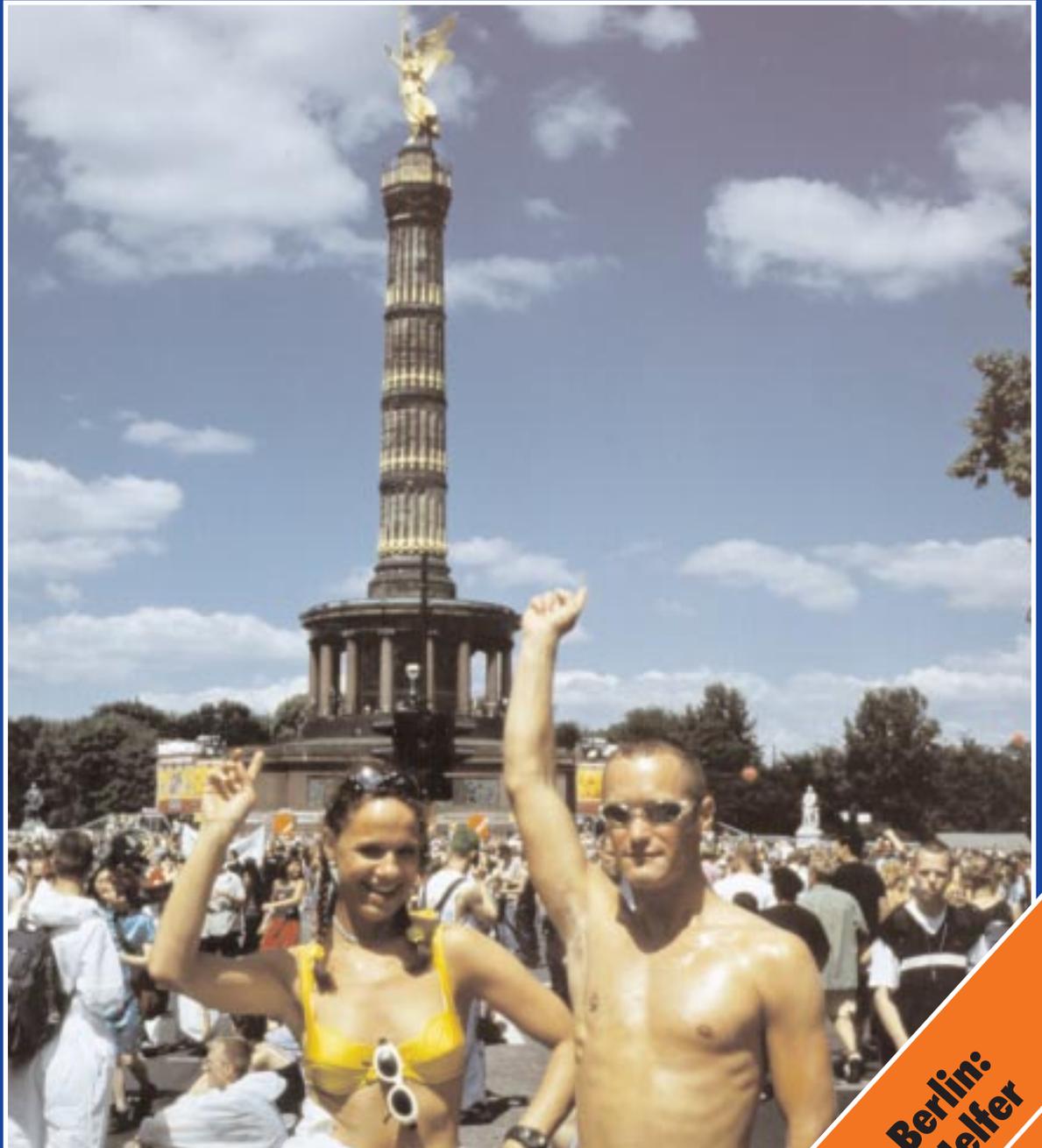


# Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und  
Katastrophenschutz



3-99

**Love Parade in Berlin:  
Großeinsatz für Helfer  
Humanitäre Hilfe,  
die ankommt**



*Verehrte Leserinnen, verehrte Leser,*

*das Bundesamt für Zivilschutz besteht seit dem 5. Dezember 1958. In Heft 4/98 habe ich zum 40jährigen Jubiläum an dieser Stelle auf die Schrumpfung hingewiesen, die es seit 1992 erfahren hat. Zugleich hatte ich die Hoffnung, das Amt habe auf der Grundlage des neuen Zivilschutzgesetzes von 1997 Boden gefunden.*

*Die Entwicklung ist jedoch weiter gegangen. Ende Juni hat Bundesinnenminister Otto Schily entschieden, dass das Bundesamt für Zivilschutz aufgelöst wird und seine Aufgaben künftig vom Bundesverwaltungsamt wahrgenommen werden sollen. Neben der damit angestrebten Einsparung von Verwaltungskosten sollen weitere Einsparungen durch die Streckung von Beschaffungen erzielt werden, ohne dass der Bund die Aufgabe „Zivilschutz“ selbst in Frage stellt. Die Einzelheiten sind noch zu erarbeiten. Wir werden Sie weiter unterrichten.*

*Bis zum nächsten Mal  
Ihr Hans-Walter Roth*

## Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz ..... 2

## Politik und Gesellschaft

**„Die Welt nachdenklich betrachten“**  
Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen für die Notfallplanung in Europa ..... 3

**Humanitäre Hilfe, die ankommt**  
Sanitätsmaterial kommt nun in Russland zum Einsatz ..... 7

## Aus der Praxis

**Großeinsatz Love Parade**  
Außergewöhnliche Bewährungsprobe für den Malteser Hilfsdienst ..... 9

**Geburtsprobleme des neuen Jahrtausends?**  
Computer sind nur ein Teil des Problems ..... 13

**Gemeinsam gegen die Flut**  
Zusammenarbeit bei bereichsüberschreitenden Großschadensereignissen ..... 17



Die Love Parade in Berlin bescherte dem Malteser Hilfsdienst den größten Sanitätsdienstseinsatz in Europa, nachzulesen ab Seite 9.

# INHALT

# 3-99

## Technik und Wissenschaft

<b>Digitalfunk der BOS</b> Betrachtungen zu einem aktuellen Thema - Teil 2.....	21
--	----

## Aus-und Weiterbildung

<b>Großübung „Mollgraben 99“</b> DRK-Landesverband Sachsen probte Katastrophenfall .....	26
<b>Notfallvorsorge in Tunnels kritisiert</b> 8. Allgäuer Notfallsymposium in Memmingen .....	29



Mit einer Großübung stellte der DRK-Landesverband Sachsen die Einsatzbereitschaft seiner Helfer auf den Prüfstand, der Beitrag ab Seite 26 schildert den Ablauf.

## Aus den Organisationen

<b>Arbeiter-Samariter-Bund.....</b>	32
<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft.....</b>	34
<b>Deutscher Feuerwehrverband.....</b>	36
<b>Deutsches Rotes Kreuz .....</b>	39
<b>Johanniter-Unfall-Hilfe.....</b>	41
<b>Malteser-Hilfsdienst.....</b>	44
<b>Technisches Hilfswerk.....</b>	46

## Rubriken

<b>Stellungnahmen.....</b>	48
<b>Leserbriefe .....</b>	50
<b>Rundblick.....</b>	52
<b>Termine .....</b>	56
<b>Zuletzt .....</b>	57

## Dr.-Ing. Ladewig neuer Landes- branddirektor

Der bisherige Leiter der Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge (BKS), Dr.-Ing. Peter Ladewig, wurde vom Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Manfred Püchel, zum Landesbranddirektor ernannt und mit der Leitung des Referates Brand- und Katastrophenschutz im Innenministerium beauftragt.

Peter Ladewig hatte 1991 die Leitung der BKS übernommen. Die Entwicklung der Schule zu einem fachdienstübergreifenden Bildungszentrum trägt wesentlich seine Handschrift.

Mit Dipl.-Ing. Hubert Lux steht ein neuer Mann an der Spitze der Schule in Heyrothsberge. Lux begann seine Laufbahn 1969 bei der Betriebsfeuerwehr eines Braunkohlekombinats. Von 1970 bis 1974 absolvierte er ein Ingenieurstudium an der Technischen Hochschule Magdeburg. Nach 11-jährigem Wirken im Brandschutz der Stadt Cottbus begann er 1985 als Fachschullehrer an der BKS. Zuletzt bekleidete er die Funktion des Lehrbereichsleiters Einsatzlehre.

## „Wachwechsel“ in Bayern

Zum Nachfolger für den in den Ruhestand verabschiedeten langjährigen Leiter der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz, Rettungswesen, Staatsschutz im Bayerischen Innenministerium, Heinrich Klingshirn, wurde der 52-jährige Jurist Dr. Wolf-Dieter Remmele berufen.

Dr. Remmele kann auf eine vielseitige berufliche Vorgesichte verweisen. Er hat die

Deutsche Journalistenschule besucht und sowohl bei der schreibenden Zunft wie auch bei Hörfunk und Fernsehen gearbeitet. Schließlich wechselte er in die Bayerische Staatskanzlei, wo er die Abteilung Presse, Information und Medien leitete. Nach kurzer Tätigkeit als Abteilungsleiter Datenschutz, Datenverarbeitung und Medien im Innenministerium übernahm Dr. Remmele die Abteilung Staatsschutz, die jetzt mit dem Bereich Brand- und Katastrophenschutz zusammengelegt wurde.

## Feuerwehr: Zwei neue Vorsitzende

Walter Jonas heißt der neue Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbands Nordrhein-Westfalen. Jonas (45), Brandschutzingenieur bei der Kreisverwaltung in Siegburg, ist seit acht Jahren Kreisbrandmeister des Rhein-Sieg-Kreises, seit 1993 gehört er dem LFV-Vorstand an.

Jonas folgt damit auf den langjährigen LFV-Vorsitzenden Klaus Schneider (Hamm), dem Ministerpräsident Wolfgang Clement zum Abschied für herausragende Verdienste den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen hatte.

Auch die im Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg zusammengeschlossenen Feuerwehren haben einen neuen Vorsitzenden. Die Aufgabe übernahm der Leiter der Berufsfeuerwehr Stuttgart, Dr. Frank Knödler (43). Der neue Vorsitzende ist Chemiker und leitet die BF der Landeshauptstadt seit 1992.

Der bisherige Verbandsvorsitzende Rolf Englerth wurde nach 15-jähriger Tätigkeit verabschiedet. Landesinnenminister Dr. Thomas Schäuble zeichnete ihn mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland aus.

## Nachruf

Am 21. Juli 1999 verstarb der ehemalige Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes

### Dr. Anton Schlögel

kurz nach Vollendung seines 88. Lebensjahres.

Unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkriegs verschrieb er sich dem Dienst am Nächsten. So gehörte er 1945 zu den Mitbegründern des Bayerischen Roten Kreuzes. Dr. Schlögel wirkte als Justitiar der Arbeitsgemeinschaft der amerikanischen Zone und engagierte sich bei der Neubildung des Deutschen Roten Kreuzes. Dieses hat er schließlich über 18 Jahre, von 1958 bis 1976, als Generalsekretär entscheidend mitgeprägt.

Auch nach seinem Ausscheiden als Generalsekretär ist Dr. Schlögel im DRK aktiv geblieben. Als Mitglied, später als Ehrenmitglied, stellte er seine Erfahrungen im Präsidium zur Verfügung.

Dr. Schlögels Streben nach Humanität ging frühzeitig über nationale Grenzen hinweg. Er suchte und pflegte Kontakte zum Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und zum Schweizerischen Roten Kreuz. Als Jurist mit Schwerpunkt auf dem Gebiet des Völkerrechts wirkte er bei der Vorbereitung der Diplomatischen Konferenz von 1949 mit, die zur Verabschiedung der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen vom 12. August 1949 führte.

Als äußeres Zeichen der Anerkennung wurde Dr. Schlögel die höchste Auszeichnung des Internationalen Roten Kreuzes, die Henry-Dunant-Medaille, verliehen.

# „Die Welt nachdenklich betrachten“

Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen für die Notfallplanung in Europa

Von Baudirektor Dipl.-Ing. Gerd Fröhlich,  
Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz

Planungen im Rahmen der staatlichen Notfallvorsorge werden weitgehend beeinflusst von den sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, so wie sie sich z. Z. darstellen. General Naumann, bis Ende April 1999 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, postulierte anlässlich eines Gespräches von Sicherheitspolitikern, Diplomaten und Chefredakteuren an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik im Januar 1999 vier aktuelle Gefährdungsbereiche:

1. Das *militärisches Restriktio* aufgrund weiter weltweit vorhandener militärischen Kapazitäten und der Fähigkeit zur strategischen Überraschung.

2. Die *Proliferation von Waffen und deren Trägersystemen*, insbesondere in Bezug auf biologische Kampfmittel und der Weitergabe von Mittelstreckenraketen bis 1500 km Reichweite.

3. Das *De-Stabilisierungsrisiko* mit der beispielhaften Entwicklung auf dem Balkan.

4. Das *Globalisierungsrisiko*, unter anderem durch die „Privatisierung“ von Gewaltanwendung.

(Quelle: „Bonner General-Anzeiger“ v. 28. Januar 1999)

Demgegenüber muß man aber feststellen, daß sich andere Ausgangsbedingungen für eine wirkungsvolle Sicherheitspolitik verbessert haben. Deutschland ist seit knapp einem Jahrzehnt wiedervereint, wir sind nur noch von Partnern umgeben. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft sind fast überall in Europa auf dem Vormarsch. Aus militärischen

Gegnern der Vergangenheit sind „Partner für den Frieden“ geworden. Eindeutige militärische Bedrohungsszenarien gehören der Vergangenheit an.

Aber damit ist die Sicherheit in Europa noch lange kein Selbstläufer geworden, denn die die Sicherheit beeinflussen Faktoren sind heute vielschichtiger und subtiler. Das *Strategische Konzept des Bündnisses*, das die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten auf ihrem Gipfeltreffen im April 1999 in Washington gebilligt haben, zeigt in den Punkten 20 bis 24 die heutigen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken auf (s. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 24 v. 03. Mai 1999). Die Konflikte im Kosovo, in Bosnien, im Kaukasus, die Spannungen auf Zypern, das Wiederaufflammen des Irak-Konfliktes, der fragile und immer wieder blockierte Friedensprozeß im Nahen Osten - all das spielt sich mehr oder weniger direkt vor unserer Haustüre ab - mit Auswirkung auch auf unsere Sicherheit. Und in Rußland, in der Ukraine und in anderen osteuropäischen Staaten sind Demokratie und Marktwirtschaft noch keineswegs unumkehrbar gefestigt. Nein, ganz im Gegenteil, gerade die Entwicklung in Rußland zeigt uns täglich, wie dieses Konglomerat aus Reformpolitikern, Bürokraten ex-sowjetischer Machtstrukturen und Gruppierungen aus dem Dunstkreis des organisierten Verbrechens den wirtschaftlichen Niedergang beschleunigen und damit die Instabilität in dieser Region erhöhen.

Daneben gilt es auch weitere Aspekte zu beachten, die nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland eine große Rolle spielen, sondern von gesamteuropäischem Interesse sind. Als da sind:

- offene Handelswege,
- Zugang zu Rohstoffen,
- eine liberale Welthandelsordnung,
- Währungsstabilität und
- die Umwelt.

Die demokratisch geprägten Industriestaaten hängen heute in vielen Lebensbereichen stark voneinander ab. Probleme, die heute nur einige von ihnen betreffen, könnten morgen oder übermorgen - wenn nicht rechtzeitig gemeinsam gegengesteuert wird -, zur Bedrohung für alle werden.

All diese und noch viel mehr andere Faktoren sind Elemente, die bei der konzeptionellen Gestaltung einer modernen Sicherheitspolitik für Europa von großer Bedeutung sind.

Die Sicherheitslage ist dadurch insgesamt vielschichtiger geworden, Sicherheit muß breiter definiert werden. Nachfolgend einige Beispiele in Bezug auf die Vielschichtigkeit der Einflüsse.

### Migration

Armut, Krieg, politische Instabilität und Unterdrückung setzen Flüchtlingswellen in Bewegung, die vor geographischen Schwellen nicht Halt machen.

Lebten zum Beispiel entlang des Nordufers des Mittelmeeres 1950 zwei Drittel der Bevölkerung des gesamten Mittelmeerraumes, wird das

Verhältnis in 25 Jahren umgekehrt sein. Dann leben die Menschen in einer Region, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht die Ressourcen hat, sie existieren zu lassen.

Oder die Situation auf dem Balkan: Deutschland hat allein aus dem ehemaligen Jugoslawien in den Jahren seit Ausbruch des Bürgerkrieges über 500.000 Flüchtlinge aufgenommen, je nach Konfliktintensität, wie z. B. im aktuellen Kosovo-Konflikt, mit steigender Tendenz. Keiner kann heute eine Prognose abgeben, ob und wann dieser Konflikt jemals zu Ende gehen wird.

Das zeigt deutlich, daß Sicherheitspolitik in hohem Maße von nicht vorhersehbaren äußeren Einflüssen bestimmt wird und somit kurzfristigen Veränderungen und Anpassungen ausgesetzt ist.

## **Proliferation von Massenvernichtungswaffen**

Es ist heute für terroristische Gruppen oder aggressive Diktatoren nicht mehr schwierig, sich atomare, biologische oder chemische Waffen zuzulegen. Wobei der Schwierigkeitsgrad des Zulegens unterschiedlich ist, denn das Herankommen an atomare Waffen ist sicherlich von den drei genannten noch das Schwierigste. Gerade die massiven Aufrüstungsbemühungen verschiedener Drittweltstaaten im Bereich der ABC-Waffen und potentieller Trägersysteme (Raketen) geben Anlaß zur Sorge. Seit 1950 wurden bereits mehr als 270 mehr oder weniger ausgeprägte Verwendungen von biologischen und chemischen Agenzien registriert, die von Terroristen oder Staaten zur Erreichung ihrer Ziele eingesetzt wurden. Dabei reichte die Palette der eingesetzten Stoffe von Arsen, Senfgas und Zyaniden über Botulismus- und Tetanus-Toxine bis hin zum Milzbranderreger Anthrax.

Der BND hat in einer Studie 1997 festgestellt: „Die damit einhergehende Verbreitung

(Proliferation) dieser Massenvernichtungsmittel in Regionen außerhalb des Gebietes der NATO und des ehemaligen Warschauer Paktes bedeutet eine *ernsthafte und wachsende Gefährdung des Weltfriedens*“. Und weiter aus der Studie: „Schließlich stellen ABC-Waffen und entsprechend leistungsfähige Trägersysteme auch für die Bundesrepublik Deutschland und die NATO eine direkte Gefährdung dar. Einige Staaten im Nahen Osten arbeiten an Raketen mit einer Reichweite von mehr als 1000 km. Damit gerät auch NATO-Gebiet in die Reichweite dieser Raketen und der mit ihnen gegebenenfalls bestückten Massenvernichtungsmittel.“ Eine Ergänzung dazu: Iran hat im September 1998 erstmals eine Mittelstreckenrakete „Schahab 3“ gestartet, ein erster Schritt hin zu einer regionalen Globalisierung des Bedrohungspotentials.

General Naumann hat anläßlich der Gäminger Gespräche im Mai 1998 gesagt: „Spätestens im Jahre 2010 liegt ganz Europa im Wirkungsbereich von Flugkörpern, die z. B. (mit biologischen oder chemischen Kampfmitteln ausgestattet) aus dem Irak abgeschossen werden könnten.“

## **Internationale Kriminalität**

Drogen und das internationale Verbrechen bedrohen die innere Sicherheit besonders der europäischen Länder. Die Öffnung und zunehmende Durchlässigkeit der Grenzen Europas nach Osten wird dieses Problem in den nächsten Jahren noch verschärfen.

## **Ideologien**

In vielen Regionen dieser Erde werden Glaubensfragen immer mehr zum Instrument der politischen Auseinandersetzung. Das hat sich in der Vergangenheit bereits in Krisen bis hin zu Kriegen ausgewirkt. Daraus könnte sich in Zukunft ein Krisengürtel ent-

wickeln, der Europa von Algerien bis Afghanistan umschließt.

Die Bundesregierung antwortete dem Deutschen Bundestag auf eine große Anfrage im September 1997 (Drucksache 13/8473 v. 09. September 1997): „Zugleich gibt es in Europa und in seinem Umfeld aber zahlreiche Krisenherde, die auch Deutschlands Sicherheit bedrohen können, wenn sie nicht rechtzeitig eingedämmt, begrenzt und beseitigt werden können. Vor allem auf dem Balkan, im Kaukasus, im Nahen Osten und in Nordafrika gibt es ein Potential an Instabilität, das Risiken und Gefahren für die Sicherheit Europas birgt. Dort bestehen historisch gewachsene, tiefsitzende ethnische, religiöse und nationalistische Gegensätze, die - zusammen mit wirtschaftlichen Krisen, starkem sozialem Gefälle und der Verknappung natürlicher Ressourcen - auch in Zukunft zu gewaltsamen Konflikten führen können. Grenzüberschreitende Umweltprobleme, Migrationsbewegungen, internationale Kriminalität und die Abhängigkeit von Rohstoffen und freien Handelsbewegungen sind ebenfalls Faktoren, die die Stabilität der europäischen Staaten erschüttern können. Der mögliche Zugang zu weitreichenden Waffen oder sogar Massenvernichtungsmitteln würde zusätzlich tiefgreifende Folgen für unsere Sicherheit haben.“

Auch die Medien befassen sich zunehmend mit der Frage von sicherheitspolitischen Auswirkungen aufgrund der vorstehend geschilderten Veränderungen. Seit UN-Inspektoren 1995 nachwiesen, daß einsatzbereite irakische Bomben und Sprengköpfe mit tödlichen Erregern von Milzbrand und Botulismus gefüllt waren, weiß auch die Öffentlichkeit über diese Gefahr. „Die moderne Biotechnologie schafft ständig neue Anreize für politische Abenteurer, den biologischen Krieg zu planen. Die Herstellung von B-Kampfstoffen

ist kostengünstig und besonders leicht zu tarnen. Sie können schnell in großen Mengen produziert werden. Die Zutaten sind durchweg auch zivil verwendbar und auf dem freien Markt zu erwerben. Zudem sind gerade die Industriestaaten und ihre Armeen gegenüber diesen Waffen besonders verwundbar.“ („Bonner General-Anzeiger“ v. 22. November 1996)

Der amerikanische Verteidigungsminister William Cohen äußerte vor der Presse in Washington folgendes: „Ein einzelner Irrer oder eine Hand voll Fanatiker mit einer Flasche Chemikalien, einem Satz seuchenerregender Bakterien oder einer selbstgebastelten Atombombe können mit einem einzigen bösartigen Akt das Leben von Zehntausenden bedrohen. Dies sind keine abwegigen oder weithergeholten Szenarien. Sie sind wirklich hier und heute.“ („Die Welt“ v. 27. November 1997)

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat 1997 in seinem zweiten Jahresbericht über die Weiterverbreitung von ABC-Waffen festgestellt, daß mehr als 25 Staaten weltweit derartige Waffen und zum Teil auch Trägerraketen besitzen oder an ihnen bauen. Dabei sind nicht die Staaten gefährlich, die den USA oder Bündnisssystemen wie der NATO freundlich, sondern die Staaten, die den USA oder uns gegenüber feindlich gesinnt sind. Die brisanteste Region ist dabei wohl der Nahe Osten, wo neben Irak auch Iran, Libyen und Syrien ABC-Potentiale haben. Mit Hilfe vor allem von China und Nordkorea haben z. B. die Iraner, in Konkurrenz zum feindlichen Nachbarn Irak, ihr Waffenprogramm so forcieren können, daß sie Ende 1998 nach Einschätzung von US-Geheimdiensten über Raketen mit 1.500 km Reichweite verfügen und damit die gesamte Region bedrohen können. Syrien, das zum ersten Mal in dem Pentagonbericht ausführlich erwähnt wird, baut eifrig an C-

Waffen und Trägern, um ein Gegengewicht zu den in Israel vermuteten Atomwaffen zu bekommen. In Libyen entstehen unterirdische Fabriken für chemische Waffen. Im Laufe des jahrzehntelangen politischen Konflikts zwischen Indien und Pakistan sind beide Länder 1998 zu Atommächten geworden, verfügen aber auch über bakteriologische und chemische Waffen. Nordkorea, so glaubt das Pentagon für den Fall eines Krieges auf der Halbinsel, werde wahrscheinlich Chemiewaffen gegen den mit den USA verbündeten Süden einsetzen. Der Bericht schließt mit der Schlußfolgerung: „Die amerikanische militärische Überlegenheit vergrößert in Wirklichkeit die Gefahr eines nuklearen, biologischen und chemischen Angriffs gegen uns.“

Es gibt in den USA eine Vereinigung von Atom-Wissenschaftlern, die das „Bulletin of the atomic scientist“ herausgeben. In dieser Zeitschrift wird regelmäßig auch über die Gefahr durch Atomwaffen berichtet, wobei die Gefahr symbolisch anhand des Ziffernblattes einer Uhr dargestellt wird, der sogenannten „Doomsday-Clock“. Seit 1947 ist dieses Bulletin dadurch mittlerweile zu einer Chronik des Atomzeitalters geworden. Bei der Erstausgabe standen die Zeiger auf „7 vor 12“, ein Zeichen dafür, wie nah die Menschheit dem nuklearen Holocaust gekommen war. Im Jahre 1953, Amerikaner und Sowjets hatten je eine Wasserstoffbombe gezündet, rückten die Zeiger auf „2 Minuten vor 12“ vor. Sie blieben zehn Jahre lang so stehen, bis die Präsidenten Kennedy und Chruschtschow das erste Teststoppabkommen unterzeichneten. Die Uhr wurde auf „11 vor 12“ zurückgestellt. Nach der Stationierung der Mittelstreckenwaffen in Europa im Jahre 1984 wurde es nach Meinung des Bulletins „3 vor 12“. Mit der Unterzeichnung des Mittelstreckenabkommens im Dezember 1987 wurde die

Doomsday-Clock dann aber auf „6 Minuten vor 12“, nach dem Fall der Berliner Mauer sogar auf „17 vor 12“ zurückgestellt. Die Unsicherheit über den Zustand und die Zukunft der Kernwaffen in der ehemaligen Sowjetunion und die Gefahr der illegalen Proliferation von spaltbarem Material bewogen die Mitarbeiter des Bulletins nun aber dazu, die Uhr wieder vorzustellen; die Zeiger zeigen jetzt „12 vor 12“.

Wie kann man nun diesen sicherheitspolitischen Herausforderungen wirkungsvoll begegnen? Alt-Bundeskanzler Kohl sagte auf der 34. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 1998: „... in dieser Zeit grundlegender Veränderungen war und ist besonders wichtig, unseren außen- und sicherheitspolitischen Linien treu zu bleiben. Dies sind: Kooperation, Integration, Dialog und Vertrauensbildung ...“ Dazu postulierte er vier Grundbedingungen, die die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland bestimmen:

1. Wegen der starken Vermischung von außen- und innenpolitischen Fragen in Bezug auf Sicherheit, Wirtschaft, Beschäftigungspolitik und Erhalt des Sozialstaates muß Sicherheitspolitik neben politischen und militärischen Faktoren in Zukunft mehr denn je auch die ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte mit berücksichtigen. Dabei gilt es aber auch, einen Grundsatz sich in die Erinnerung zu rufen, den der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und langjährige Präsident der Bundessicherheitsakademie, Admiral a. D. Wellershoff, im Dezember 1997 öffentlich machte: „Wer den best-case genießt, darf die praktische Möglichkeit zum worst-case nicht verdrängen.“

2. Nationale Interessen sind heute zunehmend mit den Interessen anderer verflochten. Dies gilt insbesondere für Deutschland. Die Schnittstellen sind deshalb im Rahmen

der Sicherheitspolitik zu bestimmen, Gemeinsamkeiten hervorzuheben und Unterscheidungen deutlich zu machen.

3. Eine Friedens- und Stabilitätsordnung für Europa wird nur Bestand haben, wenn sie auch die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland einschließt.

4. Der Handlungsrahmen unserer Streitkräfte hat sich erweitert. Die Bundeswehr muß einerseits zur Landes- und Bündnisverteidigung befähigt bleiben, darüber hinaus aber auch wirkungsvoll an multinationalen Einsätzen zur Krisenbewältigung und Konfliktverhinderung teilnehmen können, um den Zielen der Vereinten Nationen Geltung zu verschaffen.

Die neue Bundesregierung will an diesen Zielsetzungen festhalten. Den sicherheitspolitischen Herausforderungen kann nur durch einen breit angelegtem sicherheitspolitischem Ansatz begegnet werden. Dieser besteht im wesentlichen aus Dialog, Kooperation, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und kollektiver Verteidigung. Dabei muß jedoch zwischen Systemen kollektiver Verteidigung auf der einen Seite und kooperativer Sicherheit auf der anderen Seite unterschieden werden. Die NATO z. B. ist ein System kollektiver Verteidigung. OSZE und UNO sind dagegen Systeme kooperativer Sicherheit und damit wichtige Instrumente bei der Krisenprävention. Die NATO als System kollektiver Verteidigung kann kooperativen Sicherheitssystemen wertvolle Dienste leisten und tut dies ja z. Z. auch z. B. auf dem Balkan. Systeme kooperativer Sicherheit können nicht auf Systeme kollektiver Verteidigung verzichten. Die Grundsätze des Systems kooperativer Sicherheit (UNO) sind letztendlich die Legitimation für kollektive Verteidigungssysteme und bilden damit das Dach der gesamten Verteidigungsstruktur.

Das sicherheitspolitische Konzept z. B. des kooperativen Sicherheitssystems EU fand auch im Maastrichter Vertrag seinen Niederschlag mit der Aufforderung, eine *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* zu betreiben, die sämtliche Fragen umfaßt, welche die Sicherheit der EU-Staaten betreffen. Auf der Regierungskonferenz der EU in Amsterdam (1997) wurden folgende Zwischenergebnisse festgehalten:

1. Möglichkeit der Integration der WEU in die EU und die in den Vertragstext aufgenommene Leitlinienkompetenz des Europäischen Rates für die WEU.

2. Aufnahme der Petersberg-Aufgaben der WEU (Verbesserung der operativen Fähigkeiten der WEU für das Krisenmanagement und friedenserhaltende Operationen) in den EU-Vertrag.

3. Konkretisierung des Auftrages, als Teil der *GASP* auch eine europäische Verteidigungspolitik zu entwickeln.

4. Ausarbeitung von weiteren Regelungen für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen EU und WEU; erste Schritte dazu wurden vom WEU-Ministerrat auf seiner Sitzung am 22. Juli 1997 beschlossen (neugeregelte Abstimmungsmodalitäten - „positive Stimmenthaltung“; Beauftragung des Generalsekretär des Rates mit der neuen Funktion eines hohen Vertreters für die *GASP*; Schaffung einer neuen Strategie, Planungs- und Frühwarnereinheit in der EU).

Daneben gibt es aber in der Sicherheitspolitik noch den Faktor Zeit zu berücksichtigen. Die Zeit, die für die politische und militärische Führung national oder in Bündnisssystemen für Lagebeurteilung, Entschluß und Planung zur Verfügung steht, beeinflußt in starkem Maße die Warnzeit. Wobei unter Warnzeit die Gesamtzeit zu verstehen ist, die vom Beginn einer krisenhaften Entwicklung

bis zur unmittelbaren Reaktionsfähigkeit mit militärischen Mitteln zur Verfügung steht. Dabei spielt es eine große Rolle, krisenträchtige Lageveränderungen rechtzeitig zu erkennen und zu analysieren. Das geht nicht nur allein mit technischen Mitteln, sondern diese Lagebeurteilung hängt ab von der frühzeitigen Konsultation und Bewertung. Übungen und tatsächliches Krisenmanagement haben aber gezeigt, daß gerade die Phase der Beurteilung und der darauf fußenden politischen Konsultation sehr lange dauert, so daß für die tatsächliche Umsetzung der Entscheidungen nur sehr wenig Zeit zur Verfügung steht. Deshalb ist die absolute Größe einer vermeintlichen Warnzeit irreführend und verleitet zu einem nur vordergründigem Sicherheitsgefühl.

„Sicherheitspolitik braucht zeitgerechtes, alle Faktoren bedenkendes, stetiges und, wenn erforderlich, zügiges aber auch nachhaltiges Vorgehen.“ (Admiral a. D. Wellershoff in „Europäische Sicherheit“ Nr. 12/Dezember 1997)

Auf der Ministertagung des Nordatlantikrates am 16. Dezember 1997 wurde u. a. festgehalten: „Es ist unser Ziel, Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum zu festigen, auf der Grundlage von Solidarität und Zusammenhalt im Bündnis, wie dies in unserem gemeinsamen Bekenntnis zur Kernfunktion der kollektiven Verteidigung und in der Wahrung einer starken transatlantischen Bindung zum Ausdruck kommt, sowie auf der Grundlage einer neuen kooperativen Partnerschaft mit anderen euroatlantischen Nationen, des Aufbaus einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO sowie der Leistungsfähigkeit der Allianz für das volle Spektrum ihrer Aufgaben.“

Es bleibt zu hoffen, daß diese Absichten und die tatsächlichen Abläufe im Krisengeschehen zusammenpassen und uns jederzeit unsere Sicherheit und Stabilität gewährleisten.

# Humanitäre Hilfe, die ankommt

Sanitätsmaterial und ärztliches Gerät aus ehemaligen Zivilschutzbeständen kommt nun in Russland zum Einsatz

Von Baudirektor Michael C. Turley, Bundesamt für Zivilschutz

Die Verabschiedung des Zivilschutzgesetzes im Jahre 1997 brachte auch für die Vorsorge im Gesundheitswesen einschneidende Änderungen. Eine der wesentlichen Neukonzeptionen war dabei, dass in der Bundesrepublik keine sogenannten Hilfskrankenhäuser mehr vorgehalten werden sollen. Das hierfür bevorratete Sanitätsmaterial und ärztliche Gerät wird folglich nicht mehr benötigt. Die einvernehmlich zwischen den obersten Bundesbehörden getroffene Entscheidung zur weiteren Verwendung der Ausstattungen ging dahin, den gesamten Bestand im Wege humanitärer Hilfe weltweit abzugeben.

Damit stand das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) vor einer großen logistischen Aufgabe: Ging es doch nicht einfach darum, das Material humanitären Organisationen zur Weiterleitung an ausländische Krankenhäuser oder Sozialstationen zur freien Verfügung zu stellen. Vielmehr mußte jede einzelne Anforderung der unterschiedlichsten Hilfsorganisationen geprüft, das Material bedarfsbezogen zusammengestellt, einzeln aus den Lagern und den ehemaligen Hilfskrankenhäusern abgegeben und das gesamte logistische örtliche Umfeld der Abgaben von Bonn aus gesteuert werden.

### 80 Ausstattungssätze

Eine der größten zusammenhängenden Abgaben für das Sanitätsmaterial und das ärztliche Gerät ist dabei die Lieferung von 80 kompletten Ausstattungssätzen in die Rus-



Vollgepackt bis unter die Abdeckplane: Einer von insgesamt ca. 200 Sattelzügen, die die humanitäre Hilfe in die Russische Föderation transportieren.

sische Föderation. Die Grundlage dazu bildet ein Protokoll, das zwischen dem Gesundheitsministerium der Russischen Föderation, der russischen Botschaft und dem Bundesamt für Zivilschutz unterzeichnet wurde.

Die praktische Umsetzung erforderte am Anfang minutiöse Kleinarbeit, schier nicht enden wollende Abstimmungsgespräche zwischen der deutschen und russischen Seite und den Willen aller an den Abgaben Beteiligten, wochenlang bundesweit in den Lagern die Verladung in Container oder Sattelzüge zu überwachen. Letzteres war deswegen erforderlich, weil die sonst in den Lagern beschäftigten Mitarbeiter unter dem Druck erheblicher Einsparungserfordernisse nicht mehr dort tätig waren und so zunehmend alle Lager in Deutschland von Bonn aus betreut werden mussten.

Da kam es schon einmal vor, daß örtliche Journalisten ein „große Story“ witterten, als

tief nach Mitternacht plötzlich mehrere russische Sattelzüge durch ein kleines verschlafenes Dorf kurvten und schließlich auf abgelegenen Waldwegen verschwanden. Die Lösung war schnell erklärt: Es waren Fahrzeuge einer russischen Spedition, die den Transport der Hilfsgüter aus einem der über 60 Sanitätsmateriallager in der Bundesrepublik durchführten.

Die Zielorte der Lieferungen wurde von der russischen Regierung vorgegeben; es sind diejenigen Regionen, die am meisten auf diese humanitäre Hilfe angewiesen sind. Doch nicht nur entlegene Gebiete sind das Ziel der Hilfslieferungen. Auch in Kliniken in größeren Städten, wie Kaliningrad oder St. Petersburg wird die Unterstützung mit Sanitätsmaterial und ärztlichem Gerät dankbar angenommen.

Von den 80 Sätzen, die in die russische Föderation verfrachtet werden sollen, wurden 30 Sätze nach Moskau gebracht und unter Kontrolle



Symbolische Übergabe: Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Helmut Schuch (Mitte), übergibt dem Leitenden Chefarzt Iwan K. Jakobowitsch (links) der zentralen Klinik G.R.T.M.O. in Gatschima (bei St. Petersburg) einen Satz medizinischen Bestecks.



Der feierlichen Übergabe wohnten auch der Vize-Gouverneur des Leningrader Gebietes, Akekey V. Vorontsov (rechts), und der Deutsche Generalkonsul in St. Petersburg, Dr. Dieter Boden (links), bei.

staatlicher Institutionen an dezentrale medizinische Einrichtungen in ganz Russland verteilt. 50 Sätze werden bedarfsbezogen direkt aus Deutschland zur Empfängerklinik transportiert.

Im August diesen Jahres war die „Halbzeit“ erreicht. Insgesamt 40 Sätze der Ausstattung der ehemaligen Hilfskrankenhäuser kamen vor Ort an und konnten direkt in die laufende Arbeit der Kliniken integriert werden.

### Dankbar für die Hilfe

Dieses Etappenziel nahm die Administration der Russi-

schen Föderation nun zum Anlaß, dem Bundesamt vor Ort zu zeigen, wie wichtig die Hilfe ist und mit welcher Dankbarkeit sie aufgenommen wird, nicht nur bei Ärzten und Personal, sondern auch bei den Patienten.

Verdeutlicht man sich, welche Bandbreite die Hilfe aus Deutschland hat, kann man die Freude in den Kliniken sicher gut nachvollziehen.

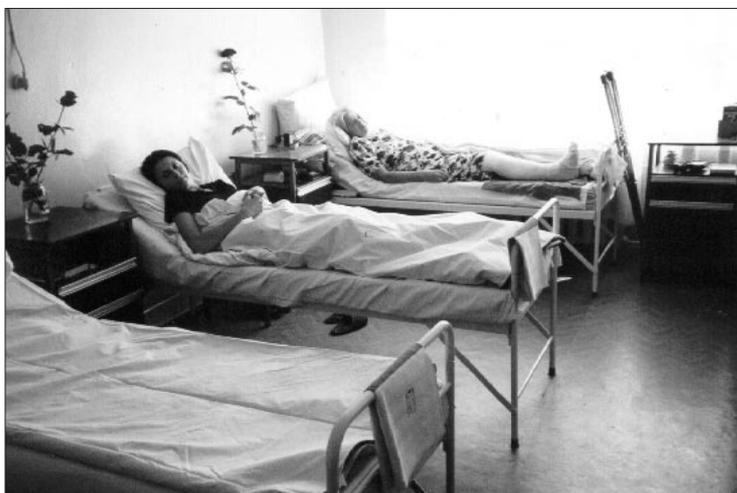
Neben der kompletten ärztlichen Ausstattung, den Einrichtungen von Operationsräumen, Sterilisationsgeräten oder kompletten Röntgeneinrichtungen umfaßt eine Hilfs-

lieferung auch die hierzu notwendigen Einrichtungen der Krankenstationen: Spezialbetten, Patientenbetten und auch Kinderbetten, jeweils mit entsprechender Wäsche- und Kleiderausstattung.

### Hilfslieferungen rund um den Globus

Doch nicht nur Russland kommt diese humanitäre Hilfe zugute. Auch in andere Länder rund um den Globus werden Hilfslieferungen gesandt. Zwar ist ein großer Teil der Abgaben an humanitäre Organisationen schon abgewickelt oder „voll im Gange“ - es bleibt aber noch eine Menge Arbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes in Bonn, die restlichen Hilfsanforderungen zu prüfen, das Material zusammenzustellen, vor Ort abzugeben und den Empfang zu kontrollieren.

Insgesamt gab es in der Bundesrepublik über 200 Hilfskrankenhäuser unterschiedlicher Größe und mit unterschiedlichem Ausstattungsgrad. In den kommenden Monaten werden die letzten Packstücke aus dem ehemaligen Sanitätsmittelbestand der Bundesrepublik ihren Bestimmungsort irgendwo in der Welt erreichen.



Humanitäre Hilfe, die unmittelbar ankommt: Die gesamte Patientenausstattung aus einem der ehemaligen Hilfskrankenhäuser der Bundesrepublik wird in der Traumatologie der Klinik in Gatschima eingesetzt. (Fotos: Turley)



# Großeinsatz Love Parade

## Eine außergewöhnliche Bewährungsprobe für den Malteser Hilfsdienst



Von Irene Kölbl

Am 10. Juli 1999, einem Samstag, fand in Berlin die 11. Love Parade statt. In diesem Jahr zog das Techno-Spektakel unter freiem Himmel Hunderttausende an, die bei strahlendem Sonnenschein zwischen Ernst-Reuter-Platz und Brandenburger Tor tanzten und feierten.

### Blick auf die Anfänge

Schon 1989 deklarierte der Organisator die Veranstaltung unter Berufung auf das im Grundgesetz verankerte Recht auf Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit als Demonstration. Das Motto der als politische Demonstration angemeldeten „Parade“ – die Teilnehmer trafen sich damals auf dem Kurfürstendamm – lautete: „Friede, Freude, Eierkuchen“ – Frieden für alle Menschen, Freude, weil jeder glücklich sein sollte, und Eierkuchen für eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel in der Welt. Ziel war es, Menschen zusammenzuführen und

ein großes „Fest der Liebe“ zu feiern.

Nach nunmehr zehn Jahren versammeln sich immer noch verschiedene Generationen von Ravern, nicht nur Jugendliche, die grundsätzlich friedlich gestimmt sind. Der Tod eines etwa 30-jährigen Mannes durch Erstechen – der erste Todesfall, der sich während der Abschlußkundgebung an der Siegestsäule ereignete – blieb den meisten Besuchern verborgen. Für sie kommt die Love Parade einer „Bühne“ gleich: Sehen und der Wunsch, gesehen zu werden, sind alles.

Untrennbar zur Love Parade gehört die „Demonstration“ auf der Straße, für die der Malteser Hilfsdienst Berlin (MHD) und die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) den Rettungsdienst abdecken. Daneben laden viele Partys in den einschlägigen Clubs während des ganzen Wochenendes nahezu nonstop zum Tanzen ein. Die medizinische Versorgung für diese Veranstaltungen übernehmen hauptsächlich das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB).

### Vielfältige Probleme

Trotz des guten Rufes, den die Love Parade weltweit genießt, trotz der Werbung, welche die Veranstaltung für Berlin macht, eskaliert alljährlich der politische Streit um die „Demonstration“. Handelt es sich um eine politische „Kundgebung“ oder ist es ein vorrangig auf Gewinn abzielender Umzug? Nachdem in der Auseinandersetzung mit dem Senat und dem Bezirk Tiergarten – Streitpunkt war unter anderem die „Sondernutzungsgebühr für öffentliches Straßenland“ (hier für den Getränkeverkauf entlang der Strecke) – zunächst keine Annäherung möglich schien, drohte der Veranstalter an, die nächste Love Parade in einer anderen Stadt auszurichten.

Auch die Schäden, die die Besucher hinterlassen, wie Verunreinigung des Tiergartens durch Urin und Fäkalien, Zerstörung von Wiesen, Büschen und Bäumen sowie Berge von Müll und die ungeklärte Frage, wer die Kosten dafür übernimmt, stehen Jahr für Jahr zur Diskussion.

## Rettungsdienst-Planung

Zum achten Mal hatte der MHD die Gesamteinsatzleitung bei der Techno-Veranstaltung inne. Bereits im Februar dieses Jahres trafen sich die an der aktuellen Love Parade beteiligten Organisationen zum ersten Mal.

Ansgar Köhler, im Normalberuf Referatsleiter im Krankenhaus Berlin-Reinickendorf und hier Einsatzleiter, blickt zurück: „Wir mussten dabei das Rad nicht neu erfinden. In mittlerweile acht Jahren haben wir immer neue Erfahrungen gewonnen, die wir bei der nächsten Veranstaltung als entsprechende ‚Veränderungen‘ einbrachten. Dennoch ist dieses Techno-Fest ein fortlaufender Lernprozess.“



Ansgar Köhler: „Die Love Parade ist immer wieder eine besondere Herausforderung.“

Eine aktuelle Neuerung war die Kennzeichnung der Laternen entlang der Strecke, die Berliner Polizei und MHD gemeinsam entwickelt hatten. Über 300 Straßenleuchten waren mit Plakaten im Format DIN A 3 bestückt. So fand der Alarmierende oder Hilfesuchende die entsprechende Laternenummer, mit der er seine Position genauer beschreiben konnte. Solche Ortsangaben erleichterten es den Einsatzkräften, bei Anforderungen die Patienten an und auf der Strecke schneller aufzufinden.

1,2 Millionen Besucher galten als Richtwert für die diesjährige Einsatzplanung. Der Auftrag der Malteser beinhaltet die sanitätsdienstliche Ver-

sorgung, die Rettung und den Abtransport verletzter, hilfloser und erkrankter Besucher oder Teilnehmer. Dies erfolgte in direkter Zusammenarbeit mit der Johanniter-Unfall-Hilfe und der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG). Die DLRG war für den Wasserrettungsdienst zuständig und sicherte die Spree und den Landwehrkanal mit drei Rettungsbooten im Bereich der Love Parade ab. Die beiden letztgenannten Organisationen stellten etwa ein Fünftel der 648 Helfer.

## „Wir müssen Zeit haben“

Bei solch einem Riesenspektakel wie der Love Parade gilt für die Malteser: „Wir müssen Zeit haben für die Leute, die wir versorgen. Krisenversorgung und medizinische Maßnahmen gehören zusammen, sind nicht voneinander zu trennen. Wie hätten wir sonst mit dem ‚Fall‘ eines 28-jährigen Herzinfarkt-Patienten umgehen können, den wir im vergangenen Jahr erfolgreich reanimierten? Gleichzeitig benötigte die Ehefrau, die das Ganze ‚live‘ miterlebte, umfassende Betreuung und Unterstützung.“

Erstmals kam ein Notfallseelsorger bei der Love Parade zum Einsatz, der seine Arbeit „positiv“ einschätzte. Bei vier schweren Fällen leistete er Beistand; unter anderem betreute er zwei junge Frauen, die bei der tödlichen Messerstecherei zugegen waren.

## Rettungsdienst bei der Riesen-Techno-Party

Bei der Love Parade herrscht eine positive, friedliche Stimmung. Hier sind die Rettungsmittel, die sich im Einsatz befinden, in das Geschehen mit einbezogen, werden ohne Beeinträchtigung der Arbeit „gefeiert“. Für Sanitätstrupps und Rettungswagen stellt es jedoch immer wieder eine Herausforderung dar, schnellstmöglich durch die Menschenmassen zum jeweiligen Einsatzort zu gelangen. Oft nehmen die Zuschauer die Rettungsdienstfahrzeuge erst durch direkten Körperkontakt wahr. Das Einschalten der Martinshörner ist bei dieser Geräuschkulisse mit wummernenden Technoklängen, Pfeifen und Kreischen vergebens.

## Ein Bündel von Einsatzaufgaben

Zum Einsatzbeginn in den frühen Vormittagsstunden des 10. Juli 1999 stand der MHD in Einrichtungen, Funktionen und mit verschiedenen Fahrzeugen für unterschiedliche Aufträge bereit:

- Sanitätsstationen versorgten verletzte, erkrankte oder hilflose Personen bis zur Entlassung oder zum Transport. Gleichzeitig fungierte jede Station als Kindersammelstelle. Die Namen aufgefundener Kinder waren an die Technische Einsatzleitung (TEL) zu melden, die für Suchende als Ansprechpartner zur Verfügung stand.

### Personal (Vergleichszahlen 1996 bis 1999)

	1996	1997	1998	1999
Einsatzkräfte	136	355	551	648
davon Sanitätsdienst	136	315	482	574
davon Ärzte	07	12	23	27
davon Fernmeldedienst, Einsatzleitung	16	22	29	30
davon Wasserrettungsdienst (DLRG)		12	17	17

## Rettungsdienststationen und -fahrzeuge (Vergleichszahlen 1996 bis 1999)

	1996	1997	1998	1999
Zelt-Sanitätsstationen	08	13	21	19
Sanitätsstation Bhf. Zoo			01	01
Rettungswagen	08	10	19	24
Krankswagen	12	18	18	19
Mobile Sanitätsstationen	04	06	06	06
Notarzteinsetzfahrzeuge	03	04	05	07
Rettungsboote (DLRG)		03	03	03

- Sanitätseinsatztrupps mit zwei bis vier Einsatzkräften waren bei Sanitätsstationen oder beim „Tunnelhaus“, dem unterirdischen Zugang zur Siegesssäule, stationiert. Teils alarmierte sie die TEL, teils baten Besucher der Love Parade um Hilfe. Die Sanitäter nahmen Sofortmaßnahmen vor und brachten die Patienten zur nächsten Station.

- Ärzte arbeiteten in den Sanitätsstationen sowie in Notarzteinsetzfahrzeugen (NEF) oder Notarztwagen (NAW). Sie unterstanden der TEL.

- Krankentransportwagen (KTW) hatten ihre Standorte an den Sanitätszelten. Von dort aus führten sie - auch ohne Einzelauftrag der TEL - Krankentransporte in die Kliniken durch. Die umgehende Mitteilung eines Transportes an die TEL war notwendig, um Doppelbelegungen zu vermeiden. Gleichzeitig waren KTW

für die Versorgung von Verletzten, erkrankten und hilflosen Personen zuständig, wenn keine Sanitätsstation in unmittelbarer Nähe zugänglich war. Sie kehrten nach Auftragsausführung wieder an die Station zurück oder die TEL legte einen neuen Standort fest.

- Rettungswagen (RTW), NEF und NAW erhielten Einzelaufträge von der TEL. Kranken- und Notfallrettungstransporte waren ihre Aufgabe. Vor einem Patiententransport in eine Klinik war grundsätzlich zu entscheiden, ob eine Versorgung in einer Station ausreichend sein könnte.

- Arzttruppwagen (ATW) waren als mobile Stationen an bestimmten Standorten eingesetzt.

- Besatzungen der Mannschaftstransportwagen (MTW) unterstützten oder dienten als Sanitätseinsatztrupps für besondere Ereignisse.

- Einsatzkräfte des Fernmeldedienstes stellten die fernmeldetechnischen Verbindungswege sicher und betrieben die Funkleitstelle.

- Die Fahrbereitschaft brachte die Einsatzkräfte der Zelt-Sanitätsstationen und Tragetupps in der Zeit zwischen 08.00 Uhr und 11.30 Uhr zu ihren Einsatzstellen. Eine spätere Anforderung über Funk oder Telefon war möglich.

### Kontakte per Funk

Sanitätsstationen, RTW und NEF/NAW waren über Handfunksprechgeräte mit der TEL verbunden. Alle Fahrzeuge, die mit 4-m-Funk ausgerüstet waren, hielten damit Kontakt zur Leitstelle. Den 2-m-Funk nutzten die Fahrzeuge nur als Verbindung zur Leitstelle, wenn der 4-m-Funk gestört war.

Einige Sanitätseinsatztrupps führten ebenfalls Handfunksprechgeräte mit, über die sie Notrufmeldungen weitergaben. Für die Koordination aller Einsatzaufträge an Sanitätseinsatztrupps war der örtliche Einsatzleiter zuständig.

### Schon Tradition

Die Einsatzleitung des MHD war wieder mit der Gesamteinsatzführung für die Helfer von MHD, JUH sowie DLRG betraut. Die TEL arbeitete in der Leitstelle des MHD, einer ehemaligen Feuerwache in Berlin-Charlottenburg.

Ansgar Köhler lenkte hier die Einsätze der Rettungsdienstfahrzeuge. Die Leitstelle arbeitete dabei mit einer Magnettafel, einer älteren Methode der Einsatzplanung und -abwicklung, die sich bewährt hat.

### Über 4.000 Hilfeleistungen

Die Love Parade war der größte Sanitätsdiensteseinsatz des MHD in Europa. Die Berliner Helfer wurden durch etwa 250 Helfer des MHD und 60 JUH-Angehörige aus anderen Bundesländern unterstützt. Tätig waren 574 Sanitäts-



Zwischen 16.00 und 17.00 Uhr herrscht reges Kommen und Gehen in den Sanitätsstationen.  
(Fotos: Irene Kölbl / Stefan Wagner)

ter und 27 Ärzte, die 4.521 Hilfeleistungen erbrachten – eine Zahl, die die Einsätze des letzten Jahres um mehr als 60 % überstieg. 337 Patienten wurden in eines der 15 im Krankenhausplan vorgehaltenen Krankenhäuser transportiert.

Erschöpfungszustände und Kreislaufprobleme, bedingt durch Hitze, Flüssigkeitsmangel und Drogenkonsum, aber auch plötzlich eintretende Bewusstlosigkeit und Schnittverletzungen waren Hauptursachen der Einsätze.

### Fazit der Berliner Feuerwehr

Großveranstaltungen – wie beispielsweise Love Parade, Berlin-Marathon und andere – nehmen meistens Einfluß auf die Abwicklung des alltäglichen Einsatzgeschehens. Da die Senatsverwaltung für Inneres die medizinische Versorgung bei einem solchen Ereignis rechtlich als Sanitäts- und nicht als Rettungsdienst einstuft, ist die Berliner Feuerwehr als Träger des Notfallrettungsdienstes nicht grundsätzlich in jede Großveranstaltung eingebunden. Der Sanitätsdienst ist keine staatliche Aufgabe, obliegt also nicht der Feuerwehr. Vielmehr handelt es sich um eine freiwillige oder dem Veranstalter übertragene Maßnahme, die er an eine Hilfsorganisation übergibt. Die Feuerwehr bereitet sich jedoch auf die Love Parade vor, um ihrem gesetzlichen Auftrag

zur Sicherstellung des Notfallrettungsdienstes bei einem größeren Schadenereignis nachkommen zu können.

Ein Feuerwehrbeamter war als Verbindungsmann zur Einsatzkoordinierung in den Führungsstab der Polizeidirektion 3 entsandt. Die Feuerwache (FW) Moabit besetzte ab 10.00 Uhr den Abrollbehälter Rettungsmaterial und wurde gemeinsam mit dem Lösch-Hilfeleistungs-Fahrzeug (LHF) Moabit vor allem für Einsätze während der Love Parade vorgehalten. Die Freiwillige Feuerwehr (FF) übernahm den täglichen Einsatzdienst. Zwei Fahrzeuge standen für Einsätze an der Nord- und Südflanke der Paradestrecke zur Verfügung.

Fünf FF verstärkten den Einsatzdienst, acht zusätzliche RTW der Hilfsorganisationen ASB (5) und DRK (3) waren auf verschiedenen FW stationiert. Auch der Notarztwagen des Bundeswehrkrankenhauses war im Dienst. Für die DRK-Schnelleinsatzgruppen Sanitätsdienst und Betreuung bestand erhöhte Alarmbereitschaft. Der MHD entsandte einen Verbindungsmann zur Einsatzkoordinierung in die Leitstelle der Feuerwehr.

Die Auswertung der Einsätze der Feuerwehr brachte folgendes Ergebnis: In der Zeit von 09.00 Uhr bis 17.00 Uhr war die Anzahl der Alarmierungen am 10. Juli dieses Jahres mit einem normalen Werktag vergleichbar. Doch zwischen 17.00 Uhr und Mitter-

nacht stiegen die Einsätze deutlich an.

### Einschätzung der Polizei

Die Direktion 3 der Berliner Polizei – zuständig für die Bezirke Tiergarten und Mitte – betreute die vierte Love Parade in Folge, seit die Veranstaltung vom Kurfürstendamm in die Straße des 17. Juni im Tiergarten verlegt wurde. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ließen sich Vorgehensweise und Verhalten der polizeilichen Einsatzkräfte optimieren.

Besonders auffällig ist, daß die Raver immer früher anreisen. Der Ansturm setzte am Samstagmorgen voll ein, mit Staus und Stop-and-go-Verkehr auf den Autobahnen Richtung Berlin und teilweisen chaotischen Zuständen auf den Bahnhöfen.

Die vom Veranstalter angegebene Zahl von 1,5 Millionen Besuchern bestätigte die Polizei nicht. Nach Einschätzung von Burghard Loest, dem Leiter der Direktion 3, waren es höchstens 600.000 Mitwirkende.

Loest sieht mit wachsender Sorge, dass sich der Personenkreis der Besucher verändert und neue „Strukturen“ entstanden sind, die aggressiver agieren. Körperverletzungen, Auseinandersetzungen, Drogenkriminalität – allein 100 Mitarbeiter „in Zivil“ waren mit diesem Problem beschäftigt – nehmen zu und erfordern polizeiliche Eingriffe.

Dennoch ist die Love Parade eine Veranstaltung, bei der es auch der Polizei Spaß macht, sich zu zeigen. Trotz einer 20-stündigen Dauerbelastung ohne geregelte Ablösung „genießen“ die Mitarbeiter diesen etwas anderen Einsatz, bei dem junge, fröhliche Menschen zu sehen sind und fortlaufend Musik zu hören ist. Ein Einsatz, bei dem die Beamten das Gefühl haben, angenommen zu werden.

### Sanitäts- und Rettungsdienst-Statistik (Vergleichszahlen 1996 bis 1999)

	1996	1997	1998	1999
Hilfeleistungen	1632	2996	2619	4521
internistisch	898	1483	1319	2334
internistisch drogenbedingt	76	185	206	282
chirurgisch	490	1034	1005	1551
sonstige	168	294	89	354
Transporte in die Klinik	145	246	340	337
Stürze von Laternen, Toilettenhäusern, Ampeln, Bäumen	16	28	15	18

# Geburtsprobleme des neuen Jahrtausends?

Computer sind nur ein Teil des Problems

Von Rainer Schramm

Der Jahreswechsel von 1999 zum Jahr 2000 hat für einen Großteil der Menschheit einen ganz besonderen Reiz. Viele haben deshalb auch die Absicht, das einmalige Erlebnis der Jahrtausendwende mit Freunden und Verwandten gebührend zu feiern. Ob sich alle Menschen über den Jahreswechsel freuen können, ist heute jedoch mehr als fraglich.

Besondere Knaller der Sylvesternacht könnten nämlich eine Vielzahl von Computerprogrammen und Mikroprozessoren liefern. Sind diese schon einige Jahre alt, besteht die Gefahr, daß eine korrekte Datumsstellung auf das Jahr 2000 nicht zustande kommt. Dies kann beim Jahreswechsel zu fehlerhaften Informationen und Fehlsteuerungen der Anlagen führen, deren Herzstück eben jene Computer bzw. Mikroprozessoren sind.

Der Grund für das Problem liegt in den Anfangszeiten der elektronischen Datenverarbeitung. Damals war Speicherplatz teuer und vor allem begrenzt. Ein maßgeblicher Einsparfaktor bestand darin, bei der Datumsangabe die Jahreszahl nur zweistellig anzuzeigen. 1985 wurde zu 85 und 1999 zu 99. Aber 00 bedeutet nicht das Jahr 2000, sondern 1900. Geräte die durch einen Computer oder durch Mikroprozessoren gesteuert werden und zum Beispiel einem bestimmten Wartungsrythmus

unterliegen, versagen möglicherweise deshalb ihren Dienst, weil das Steuerungsgerät der Meinung ist, die letzte vorgeschriebene Wartung sei nicht eingehalten worden.

Weltweit wird mit unterschiedlicher Sensibilisierung vom Jahr-2000-Problem gesprochen. Die Menschen in der Bundesrepublik scheinen, zumindest bis jetzt, der eventuellen Problematik ziemlich gelassen gegenüber zu stehen. Das Fatale an der Angelegenheit ist jedoch, dass niemand Störungen vorhersagen kann.

### Mögliches Ausfallszenario

Durch das Versagen von Computern, Großrechnern und Mikroprozessoren kann es in folgenden Bereichen möglicherweise zu Ausfällen kommen:

- Energieversorgung (Strom, Wasser, Gas)
- Kommunikationssysteme
- Automatisierte Produktionsanlagen
- Finanzsysteme (Kontoverwaltung, Geldausgabeautomaten)
- Verwaltungssysteme (Buchhaltung, Personalverwaltung)
- Logistik und Lagerhaltung
- Sicherheits- und Alarmsysteme
- Verkehrsleitsysteme
- Navigationssysteme
- Heizungsanlagen

- Aufzüge
- Anlagen der Gesundheitstechnik - und, und, und...

Es gibt kaum einen Bereich der nicht betroffen sein könnte. Erschreckend ist die Tatsache, wie tiefgreifend eine neue Technik innerhalb weniger Jahrzehnte so maßgeblich unser Leben beeinflusst.

### Industrie zur Aufklärung aufgefordert

Die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Brigitte Zypries, sagte in einer Rede vor dem ersten Deutschen Verwaltungskongress in Bonn, dass der Staat, Betriebe und private Computernutzer eine Suppe auslöffeln müssen, die sie sich nicht selbst eingebrockt haben. Verantwortlich für das Jahr-2000-Problem seien die Hersteller informationstechnischer Systeme. Zur Verantwortung der Hersteller sagte Zypries weiter: „Weil nur sie in der Lage sind, die Fehler in ihren Systemen zu erkennen und zu beseitigen, müssen sie kostenlos und umfassend bei der Aufklärung und Suche nach möglichen Fehlerquellen helfen.“

Laut eines Fortschrittsberichtes der Bundesregierung zum 2000-Problem befaßten sich die EU-Generaldirektoren für den Zivilschutz bereits im Oktober 1998 in Wien mit der Angelegenheit. Hierbei wurde

deutlich, dass es sich nicht nur um ein technisches, sondern auch um ein Problem des Managements handelt. Es wurde der Beschluss gefasst, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten rechtzeitig Pläne zum Schutz ihrer Infrastruktur treffen und die Einsatzbereitschaft zu den kritischen Zeitpunkten sicherstellen mögen.

### Ohne Strom nix los!

Die deutschen Energieversorgungsunternehmen versichern bei Nachfrage, dass man alles im Griff habe. Im Nachsatz kommt dann jedoch immer das große „aber“, was soviel bedeutet, dass man zwar alles Menschenmögliche getan habe, damit in der Sylvesternacht nicht die Lichter ausgingen. Ein Restrisiko sei jedoch nicht auszuschließen. Sollte es wider Erwarten zum großen Stromausfall kommen, wird man die Schuld sicher im europäischen Verbundsystem suchen und auch finden.

Die in Bern erscheinende „Sonntagszeitung“ hat zu Beginn dieses Jahres sehr dezidiert über die Sorglosigkeit der Schweizer Energieversorger berichtet. Laut einer Umfrage hat ein Teil der dortigen E-Werke zu diesem Zeitpunkt die Problematik noch nicht erkannt.

Im Gegensatz dazu nimmt man bei den Fränkischen Überlandwerken dieses Thema sehr ernst. Dort sucht ein Expertenteam seit Juni 1997 alle Bereiche des Unternehmens nach Fehlerquellen ab.

Die Versorgung mit elektrischer Energie nimmt bei der ganzen Problematik eine Schlüsselstellung ein. Ganz abgesehen davon, dass Steuerungssysteme im Detail auch mit Strom ausfallen können, aber ohne Strom geht gar nichts.

Eine Sylvesterparty im Kerzenschein mag ja noch ganz stimmungsvoll sein, ein Krankenhaus ohne Strom wirft die allergrößten Probleme auf. Obwohl anzunehmen ist, dass Krankenhäuser mit Notstromaggregaten ausgestattet sind, sollten alle Einrichtungen, die auf eine Stromversorgung angewiesen sind, ihren möglichen Bedarf den jeweiligen Gebietskörperschaften bald mitteilen. Kreise und kreisfreie Städte werden nicht umhin kommen, eine uneingeschränkte Einsatzbereitschaft in der Sylvesternacht zu gewährleisten. Energieunternehmen, Feuerwehren und Technisches Hilfswerk, alle, die sogenannte Netzersatzanlagen zur Verfügung stellen können, sollten diese in der Millenni-

umsnacht für Notfälle bereithalten.

Ein Stromausfall und seine Folgen sind jedoch nur eine Möglichkeit der Problematik. Tausendfach lauern Gefahren überall dort, wo irgendetwas durch einen Computer oder durch Mikrochips gesteuert wird. Wobei Mikrochips die weitaus größere Gefahr des Versagens darstellen. Mikrochips sind überall - etwa 70 Billionen auf der ganzen Welt.

### Der Teufel steckt im Detail

Bei einer Überprüfung von mittelständischen Fertigungsbetrieben in Nordrhein-Westfalen auf deren 2000-Sicherheit wurden teilweise gravierende Mängel festgestellt. So wäre es bei einem Großteil der überprüften Betriebe ohne Nachbesserung der Steuerungsanlagen zu einem teilweisen oder auch totalen Produktionsausfall beim Jahreswechsel gekommen. Sei es bei den Schließsystemen und der Zeiterfassung, bei den Fertigungsautomaten und den Leit- und Logistiksystemen, aber auch bei der Energieversorgung eines Betriebes, überall können Ausfälle auftreten. Wegen der möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen sollte die Behandlung des Problems zur absoluten Chefsache erklärt werden.

Die Europäische Kommission schätzt, dass 15 Prozent aller Unternehmen die Millenniums-Hürde nicht schaffen und in Konkurs gehen werden.

Mittlerweile gibt es Spezialfirmen, die Betriebe auf eventuelle Computerschwachstellen hin überprüfen. Besonders kritisch sind elektronische Steuerungssysteme in Anlagen und Geräten, deren Vorhandensein und damit mögliches Versagen den Betreibern der Geräte oftmals nicht bekannt ist. Selbst für Menschen, die ausser dem Geldautomaten vermeintlich noch nie einen Computer bedient haben,



01.01.2000

**„Mit Energie ins nächste Jahrtausend!“**

Gerhard Goll,  
Vorsitzender des Vorstandes der EWB  
Energie Baden-Württemberg AG

links: Motiv aus der Anzeigenserie  
der Bundesregierung  
zur Jahr-2000-Problematik.

könnte der 1. Januar 2000 von bleibender Erinnerung sein.

Bei allen Haushaltsgeräten, die mit Mikrochips zur Zeit- und Thermostatsteuerung ausgestattet sind, kann es zu Ausfällen oder schlimmer noch zu Fehlschaltungen kommen. Die Folge davon könnte zum Beispiel ein Küchenbrand sein, nur weil der Toaster auf Dauerbetrieb schaltet. Mikrowellen- und Elektroherde, Videorekorder und -kameras, Fernseher, Radios, Waschmaschinen, Wäschetrockner und natürlich alles, was mit Digitaluhren versehen ist, birgt die Gefahr des Versagens in sich. Heizungsanlagen und Aufzüge könnten wegen des schon erwähnten Wartungsirrtums bevorzugte Opfer des Jahr-2000-Problems werden.

### Leere Supermarkt-Regale?

Die starken Schneefälle des letzten Winters in den Alpen und das Pfingst-Hochwasser im Voralpenland haben eine Schwachstelle in der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln deutlich werden lassen. Supermärkte sind nur kurze Zeit in der Lage, für die Grundversorgung der Menschen in ihrem Einzugsbereich einzustehen. Im Gegensatz zum guten, alten „Tante-Emma-Laden“ besteht bei Einkaufszentren nahezu keine Lagerhaltung. Wenn die tägliche Anlieferung per Lkw nicht erfolgen kann, steht der Kunde sehr schnell vor leeren Regalen.

Obwohl auch Transportfahrzeuge auf Schiene und Straße durch fehlerhafte Chips blockiert sein können, wird das Problem, dass der Einzelhandel nicht oder nur unzureichend versorgt werden könnte, eher im Versagen von Leit- und Logistiksystemen in den Auslieferungslagern liegen.

Bei einer computergesteuerten Lagerhaltung von Lebensmitteln könnte es passieren, dass beim Datumssprung auf „00“ alle Lebensmittel vermeintlich 100 Jahre gelagert

## Das Jahr-2000-Problem im Internet

Seit Monaten tauchen fast täglich neue Internet-Adressen zum Jahr-2000-Problem auf. Die informativsten Websites sind in der nachfolgenden Aufstellung zusammengefasst:

<http://www.info-jahr-2000.de>

*Informationen der Bundesregierung*

<http://bmwi.gmd.de/jahr2000/htdocs/index.html>

*BMWi-Startseite*

<http://bmwi.gmd.de/jahr2000/htdocs/verweise/g570.htm>

*BMWi: Vortrag zum Datumswechsel*

<http://www.bsi.bund.de/>

*Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)*

<http://www.bsi.bund.de/aufgaben/projekte/2000/faqall.htm>

*FAQ des BSI zur Y2K-Problematik*

<http://www.bsi.bund.de/aufgaben/projekte/2000/84.htm>

*Ausführliche Linkliste des BSI*

<http://www.bewag.de/pages/kanal3/index.htm>

*Berliner Städtische Elektrizitätswerke AG (Bewag)*

[http://www.preussenelektra.de/20/21\\_2.pl?id=3.stm](http://www.preussenelektra.de/20/21_2.pl?id=3.stm)

*Das „Jahr 2000-Projekt“ der PreussenElektra*

<http://www.rweenergie.de/jahr2000/y2k/rwehtmls/004.html>

*Das Projekt RWE*

<http://www.bayernwerk.de/bag/pages/rubriken/news/jahr2faq.htm>

*FAQ der Bayernwerk AG*

<http://www.muenchen.de/referat/kvr/millennium/index.html>

*Das Y2K-Problem aus der Sicht der Landeshauptstadt München*

<http://www.berliner-feuerwehr.de/agbf>

*Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren*

[http://www.mi.sachsen-anhalt.de/presse/1999/8/111\\_1999.htm](http://www.mi.sachsen-anhalt.de/presse/1999/8/111_1999.htm)

*Innenminister von Sachsen-Anhalt*

sind und als längst verdorben ausgesondert werden.

Man kann nur empfehlen, sich rechtzeitig einen Notvorrat für mehrere Tage anzulegen. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass auch Nahrungsmittel dabei sein sollten, die kalt verzehrt werden können. Die Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“, die vom Bundesamt für Zivilschutz (BZS, Deutschherrenstraße 93, 53177 Bonn) kostenlos abgegeben wird, informiert hierüber hinreichend.

### Keiner weiß, was passiert

Die Fatalität des Millenniumproblems ist die Frage, ob das Ganze wirklich ein Problem werden wird. Und das kann mit Sicherheit niemand annähernd genau vorhersagen. Wie schon erwähnt, dürfte das

auch der Grund dafür sein, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung den eventuellen Problemen zur Jahreswende wenig Aufmerksamkeit schenkt. Diejenigen, die Vorsorgemaßnahmen für die Zeit des Jahreswechsels fordern, erleiden häufig das Schicksal des „Rufers in der Wüste“ und werden milde belächelt.

Sicherheitsrelevante Einrichtungen lassen sich davon nicht beeindrucken und treffen schon seit geraumer Zeit Vorkehrungen für die „Nacht der Nächte“. Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) weist im Internet der Berliner Feuerwehr darauf hin, dass der Jahreswechsel ohnehin Anlass für viele „besondere“ öffentliche und nichtöffentliche Veranstaltungen aller Art sein wird. Deshalb müssen sich, noch mehr

als zu den letzten Jahreswechseln, Feuerwehr, Polizei, Hilfsorganisationen, Krankenhäuser, Ärzte sowie die diversen Hilfsdienste auf eine besonders hohe Anzahl von Bränden, Verletzungen, Unfällen und sonstigen Zwischenfällen vorbereiten. Diese von der Berliner Feuerwehr aufgeführten Gefahren könnten durch das Jahr-2000-Problem zusätzlich verstärkt werden.

Das Technische Hilfswerk (THW) wird im Rahmen einer erhöhten Einsatzbereitschaft eine unmittelbare Verfügbarkeit ihrer Einheiten zum Jahreswechsel sicherstellen.

Die Berliner Feuerwehr hat für die Sylvesternacht eine eigene Einsatzplanung konzipiert. Diese Planung, die auch für jede andere Organisation des Katastrophenschutzes Gültigkeit hat, sieht folgende Punkte vor:

- Personaleinsatz planen (Sonderdienstplan, zusätzliche Bereitschaftsdienste, Überstunden/Mehrarbeit)
- Information und Schulung des Personals zur Problematik
- Erstellen eines internen Notfallkonzeptes
- Organisieren eines Bereitschaftsdienstes von Spezialisten
- Vorbereitung dezentraler Führungsstellen
- Bei Notrufausfall Postierung von Einsatzfahrzeugen mit laufendem Blaulicht
- Für den Fall sehr vieler Brände: Löschfahrzeuge fahren nach besonderem Plan Streife und setzen sich bei Bedarf selbst ein
- Für den Fall, dass die Wasserversorgung ausfällt, soll die Löschwasserentnahme aus offenen Gewässern und Brunnen sowie die Wasserversorgung über lange Wegstrecken geübt werden
- Der Zugriff auf einen mit Treibstoff gefüllten Tanklastzug soll organisiert werden

### Heisse Tage für die Polizei?

Der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Man-

fred Püchel, äußerte sich in einer Pressemitteilung über die Einsatzvorbereitungen der Polizei seines Landes angesichts der besonderen Problemlage, die durch den Jahrtausendwechsel entstehen kann.

Die polizeiliche Lageprognose gehe bislang von Vorkommnissen und Gefahren aufgrund nicht vorhersehbarer Systemstörungen in privaten, öffentlichen und industriellen Bereichen aus. Hinzu käme eine hohe Zahl an Klein- und Großveranstaltungen mit einem immensen polizeilichen Einsatzaufkommen. Unter Annahme eines „Worst-Case-Szenarios“ erfolgen für den Zeitraum vom 31. Dezember bis zunächst 4. Januar Einsatzvorbereitungen durch:

- besondere Führungsstrukturen in allen Organisationsebenen der Polizei,
- erhöhte Einsatzstärke in allen Polizeidienststellen,
- Einsatz der Bereitschaftspolizei an besonderen Brennpunkten,
- Einrichtung eines Netzes von Notfallmeldepunkten durch Einsatzkräfte, Vorhalten von Kurieren, Schaffung enger Präsenzbereiche,
- abgestimmte Hilfsmaßnahmen mit anderen Behörden der Gefahrenabwehr, Feuerwehren und Hilfsorganisationen.

Ähnliche Überlegungen wie in Sachsen-Anhalt sind auch bei den Polizeien der anderen Bundesländer und des Bundes getroffen worden.

Im Bezug auf das Jahr-2000-Problem warnt das Bundeskriminalamt (BKA) in einem Bericht allerdings vor den Folgen allzu phantastischer Krisenszenarien, wie zum Beispiel völliger Ausfall der Versorgung mit Energie und Treibstoff. Im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung könne so auch eine Krise herbeigeredet werden.

Das Problem der Jahrtausendwende bietet bestimmten Medien natürlich den Stoff für die Darstellung von

übertriebenen Krisenszenarien. Eine vernünftige Suche nach Schwachstellen, die Beseitigung dieser Schwachstellen und eine maßvolle Vorsorge ist sowohl für die öffentliche Verwaltung, für den Wirtschaftsbereich und den privaten Haushalt angebracht.

Am besten ist es, wenn sich alle am 1. Januar 2000 zurücklehnen und sagen können: „Wir sind noch einmal davongekommen.“

### 0180 595 2000 - die InfoLine zum Jahr-2000-Problem

Seit Mai 1999 betreibt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Auftrag der Bundesregierung eine telefonische InfoLine zum Jahr-2000-Problem. Unter der o.g. Rufnummer (DM 0,24 / Minute) sind von Montag bis Freitag zwischen 08.00 Uhr und 18.00 Uhr Experten erreichbar, die mit Rat und Hinweisen bei Fragen zum Thema Jahr 2000 helfen. Dieser Service versteht sich als „Hilfe zur Selbsthilfe“ und wird für alle Bürger, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung angeboten.

Über die InfoLine kann eine kostenlose CD-ROM mit Informationen und Hinweisen auf die Lösung von technischen Jahr-2000-Problemen angefordert werden. Mit der CD-ROM sollen Personen, Unternehmen und Behörden erreicht werden, die über keinen direkten Zugang zum Internet verfügen.

Das inhaltliche Angebot der InfoLine richtet sich nach den Anforderungen der Anrufernden und wird ständig aktualisiert. Mit Annähern an das kritische Datum 1. 1. 2000 wird mit einer steigenden Zahl von Anrufern an die InfoLine gerechnet. Organisation und Technik der InfoLine im BSI sind darauf vorbereitet, kurzfristig und flexibel auf eine erhöhte Nachfrage zu reagieren.

# Gemeinsam gegen die Flut

Im Blickpunkt:

Die Zusammenarbeit bei bereichsüberschreitenden Großschadensereignissen

Von Beate Coellen

Der Sommer 1997 hat gezeigt, dass auch Deutschland von einer Katastrophe heimgesucht werden kann, die in ihrer Dimension alles vorherige in den Schatten stellt. Selbst erfahrene Katastrophenschützer hatten sich nicht vorstellen können, welche Größenordnung das Ereignis erreichen könnte. Die ersten Prognosen ließen nicht erkennen, dass sich derart riesige Wassermassen auf das Land Brandenburg zubewegen würden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit der Republik Polen ein Hilfeleistungsabkommen zur Unterstützung bei besonders schweren Unglücksfällen und Katastrophen geschlossen. Dieses war damals bereits ratifiziert, aber noch nicht rechtskräftig. Zudem gibt es ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern aus 1994, das gewisse Meldepflichten vorsieht.

Unglücklicherweise wurden jedoch in Polen wichtige Pegel durch das Hochwasser zerstört, so dass keine genauen Prognosen möglich waren. Das Hochwasservorhersagezentrum in Polen war ebenfalls betroffen. Somit waren auch keine telefonischen Rückfragen möglich.

Die fehlende Kommunikation führte im späteren Verlauf des Hochwassers zu einer recht gefährlichen Situation für das Land Brandenburg, denn innerhalb kurzer Zeit stiegen die Wasserstände um 50 cm, ohne dass klar wurde,

wie dieser Anstieg zustandekam. Später stellte sich heraus, dass Rückhaltebecken geöffnet worden waren, um eine Entlastung zu erreichen.

Es begann eine verzweifelte Suche, in Polen Entscheidungsträger zu finden, die das Land Brandenburg mit den so dringend erforderlichen Informationen versehen konnten. Letztlich kam es zum Austausch von Experten. Ein polnischer Experte war einige Tage im Stab des Innenministeriums und gab wichtige Hinweise.

Eine Zusammenarbeit mit Polen gab es auch auf örtlicher Ebene, z. B. zwischen der Stadt Frankfurt/Oder und der polnischen Stadt Slubice, die stark von den Auswirkungen betroffen war. Die Stadt musste komplett evakuiert werden. Es wurden Sandsäcke von deutscher Seite zur Verfügung gestellt, und es gab auch das

Angebot, Evakuierte auf deutscher Seite unterzubringen. Zudem gab es eine intensive Zusammenarbeit zwischen der polnischen Grenzpolizei und dem Bundesgrenzschutz (BGS). Hilfstransporte der verschiedensten Organisationen konnten so zügig abgefertigt werden.

Als die Flut das Land Brandenburg erreichte, waren eine Vielzahl von organisierten Helfern, aber auch Freiwillige bereits tagelang im Einsatz. Glaubten wir anfangs noch, die Flut mit eigenen Kräften bewältigen zu können, mussten wir jedoch bald erkennen, dass das langanhaltende Hochwasser dem Begriff Katastrophe eine neue Dimension gab.

Es kamen Einheiten der Hilfsorganisationen, vom Technischen Hilfswerk (THW), BGS und Bundeswehr (Bw) in großer Anzahl an die Oder. Dieser Großeinsatz brachte bisher noch unbekannt Probleme mit sich. Im Land Brandenburg waren vier Landkreise und eine kreisfreie Stadt betroffen. Damit fiel die überörtlich mögliche Hilfe in der betreffenden Region aus. Jedem Landkreis musste durch Zuführen von Personal geholfen werden. Diese Koordinierung übernahm der Katastrophenschutzstab im Innenministerium, der außerdem auch Spezialgeräte beschaffte. Zur Erinnerung: Es wurden 11,5 Mio Sandsäcke gekauft, von denen ca. 9 Mio verbaut wurden.

Der massive Einsatz von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz führte dazu, dass als äußerst kritisch eingeschätzte

*Zur Autorin: Ministerialrätin Beate Coellen ist Referatsleiterin für Brand- und Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Militärangelegenheiten und Konversion im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg. Bei dem Artikel handelt es sich um einen Vortrag, den die Autorin im Rahmen der Jahresfachtagung 1999 (30.5.-2.6.) der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdB) in Saarbrücken gehalten hat.*

Deichabschnitte gehalten werden konnten.

Ich möchte Ihnen nunmehr ein paar Aspekte schildern, die die Zusammenarbeit bei bereichsüberschreitenden Großschadenslagen betreffen.

### 1. Zuständigkeit

Die Verantwortlichkeiten müssen absolut klar sein. Das Innenministerium hatte sich entschlossen, den unteren Katastrophenschutzbehörden ihre Zuständigkeit zu jeder Minute des Einsatzes zu überlassen. Von der im Katastrophenschutzgesetz verankerten Möglichkeit, die Führung an sich zu ziehen oder einen Landkreis bzw. kreisfreie Stadt mit der Federführung zu beauftragen, wurde kein Gebrauch gemacht. Beide Varianten waren im Laufe des Ereignisses ausgiebig diskutiert worden. Die Entscheidung, die Verantwortung jeweils bei den primär Zuständigen zu belassen, hat sich im Nachhinein als richtig erwiesen. Der Katastrophenschutzstab im Innenministerium wäre mit einer solchen Aufgabe sicherlich überfordert gewesen.

### 2. Personal-/ Materialplanung

Es war relativ schnell klar, dass die betroffenen Landkreise bzw. die kreisfreie Stadt

sich nicht gegenseitig mit Personal oder Material helfen konnten. Jeder musste in seinem Bereich sehr gründlich planen, um eine 24-Stunden-Einsatztätigkeit gewährleisten zu können.

Anfangs gab es bei der Personalplanung einige Schwierigkeiten, insbesondere, wenn lokale Einheiten von Bundesgrenzschutz oder Bundeswehr zum Einsatz kommen sollten. So hat der eine Landkreis dem anderen „schon einmal eine Einheit weggeschnappt“, da dies aufgrund besonderer Regelungen der jeweiligen Institutionen durchaus möglich war. Dies konnte durch den Einsatz von Verbindungspersonal auf unterer bzw. oberster Ebene dann aber gut koordiniert werden. Die Lage erforderte außerdem die Zuführung von Personal (Feuerwehr, Sondereinsatzgruppen Verpflegung etc.) aus anderen Landkreisen.

Unsere Planung im Innenministerium ging von einem dreitägigen Einsatz aus, um die Belastungen für den Einzelnen möglichst gering zu halten. Dies hat sich als unglücklich erwiesen. Bei einem Tag An- bzw. Abreise verblieb nur ein Tag im eigentlichen Einsatz. Dies war recht unökonomisch. Somit wird demnächst nur noch das Personal getauscht, das dann das aufgebaute Mate-

rial übernimmt. Das bedeutet auch, dass die jeweilige Einheit für den Austausch eigenverantwortlich sein wird.

Das Fehlen von Meldeköpfen hat das Auffinden von Einsatzstellen bzw. der Einsatzleitungen erschwert. Diesem Umstand muss zukünftig mehr Beachtung geschenkt werden. Außerdem müssen Bereitstellungsräume eingerichtet werden, von denen aus die Einheiten in den Einsatz gerufen werden können. Dies muss jeder Landkreis vorbestimmen. Während des Ereignisses sind einige Einheiten von der Straße weggezogen und in andere Einsatzbereiche umdirigiert worden, ohne dass die einsetzende bzw. anfordernde Stelle davon Kenntnis erhielt. Rein fiktiv sind Einheiten schlicht „verlorengegangen“. Einige Hilfsorganisationen haben ihr Personal durch Zuführung weiterer Einsatzkräfte aus anderen Bundesländern ausgetauscht oder verstärkt, obwohl genügend Hilfskräfte im eigenen Land zur Verfügung standen. Dies sollte auch im Hinblick auf die entstehenden finanziellen Auswirkungen möglichst vermieden werden. Die Hilfsbereitschaft der einzelnen Bundesländer, uns mit Personal, aber auch mit Material zu unterstützen, war überwältigend. Viele Angebote mussten aber auch dankend abgelehnt werden, da durch



„Land unter“  
an der Oder:  
Die Situation  
am 21.7.1997  
nördlich  
von Frankfurt.

(Foto: dpa)

den massiven Einsatz von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz kaum Engpässe entstanden. Es fanden sich auch viele Freiwillige an der Oder ein, die sich spontan entschlossen hatten, ihren Urlaub zur Hochwasserhilfe zu nutzen. Hier ist insbesondere vor Ort darauf zu achten, dass diese Freiwilligen listenmäßig erfasst werden und sie über ihre Rechte aufgeklärt werden. Nach über eineinhalb Jahren ist uns jetzt ein Unfall bekannt geworden, der für diesen Freiwilligen ggf. Nachwirkungen haben kann, weil keine Zeugen mehr gefunden werden konnten.

Die materiellen Ressourcen reichten in den jeweiligen Landkreisen nicht lange, so dass das zentrale Katastrophenschutzlager in Beeskow zu einem riesigen Umschlagplatz wurde, von dem aus zentral beschafftes Material an die jeweiligen Bestimmungsorte verteilt wurde. Obwohl fast alle Bundesländer ihre Sandsackreserven zur Verfügung stellten, machte die Beschaffung der Riesenmengen zwischendurch Probleme. Nach der Flut gab es vorübergehend keine Originalsandsäcke mehr in Deutschland. Während des Hochwassers wurde alles als Sandsack benutzt, was geeignet war, so auch Reis- und Kaffeesäcke.

### 3. Führung

Ein so großer Einsatz erfordert eine straffe Führung. Es wurden Abschnitte an den Deichen eingerichtet, von denen mehrere durch eine Einsatzleitung geführt wurden. In allen Landkreisen waren Stäbe eingerichtet. Die Leitung am Deich wurde meist durch Feuerwehrführungskräfte übernommen, die sich mit einer neuen Situation konfrontiert sahen. Jedem Abschnitt waren ausreichend Einsatzkräfte zugewiesen. Die Anzahl überforderte aber manche Führungskraft, insbesondere wenn freiwillige Führungskräfte mit

professionellen Einheiten zusammenarbeiten mussten. Hier zeigte sich in einigen Fällen, dass Ausbildungsdefizite vorhanden waren. Es muss als Konsequenz ein großer Führungspool gebildet werden, der solche Führungsaufgaben übernehmen kann. Dies gilt auch für das Personal der Einsatzleitung bzw. Stäbe. Es empfiehlt sich, professionellen Einheiten ggf. eigene Einsatzabschnitte zu übertragen, für die sie voll verantwortlich sind. Dieses Prinzip wurde im Oderbruch durch die Bundeswehr praktiziert. Auch hier wurden Defizite deutlich, die durch die unzureichenden Kenntnisse über die Strukturen und Verantwortlichkeiten des jeweilig anderen Bereichs gekennzeichnet waren. Durch gezielte Absprachen konnten Kollisionen vermieden werden.

Zur Führung gehören auch Führungsmittel. Während die BOS-Organisationen untereinander wenig Schwierigkeiten hatten, bereitete auf diesem Sektor die Zusammenarbeit zwischen der zivilen und der militärischen Seite anfangs Probleme. Diese konnten bald u. a. durch Austausch von Geräten beseitigt werden. Als großes Manko hat sich die bundeseinheitlich fehlende Führungsvorschrift bzw. Vorschrift „Taktische Zeichen“ erwiesen. Wenn Einheiten aus dem ganzen Bundesgebiet zusammenarbeiten, muss jeder wissen, worüber gesprochen wird. Und jeder muss die Lagekarte des anderen ohne viel Nachfragen lesen können. Diese Erkenntnis ist eine der essentiellsten des ganzen Einsatzes.

Dies gilt ebenso für die Karten. Während des Hochwassers bereitete die Vielzahl von Kartenwerken große Probleme. Man sprach von Flußkilometern, dann wieder von Deichkilometern. Es ist wichtig, dass jeder über gleichartige Karten verfügt. Dieses Problem konnte noch während

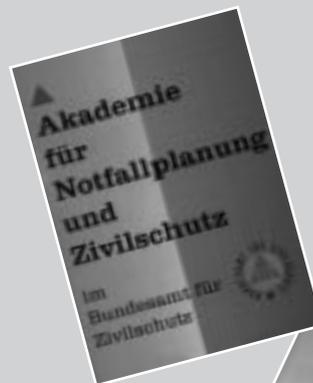
der Katastrophe beseitigt werden.

### 4. Kommunikation

Die Zusammenarbeit vieler verschiedenartiger Institutionen hängt auch von der Möglichkeit ab, untereinander zu kommunizieren. Durch die Nähe zu Polen war die Verfügbarkeit von Frequenzen sehr gering. So mussten neue Funkverkehrskreise aufgebaut werden, zum Teil mit mobilen Relaisstellen. Dies gelang mit Unterstützung der Polizeien der Länder. Ein Zusammenbruch der Funkverbindungen konnte so vermieden werden. Im Nachhinein wurden andere Lösungen gesucht, um z. B. die Deichläufer getrennt zu führen. Für einige Bereiche an der Oder wurde ein Bündelfunksystem aufgebaut. Eine weitere Alternative zur Kommunikation schien auch das Mobilfunknetz zu sein. Aber auch dies hat Tücken. Die Verfügbarkeit von D1 / D2 / E-Netz-Verbindungen wurde erhöht, die Mobilfunkfirmen unterstützten die Arbeit an der Oder durch das Bereitstellen von Geräten. Dies jedoch führte teilweise zur „Handymanie“. Es wurden Gespräche mit Entscheidungsträgern geführt, teilweise gelangten die Absprachen nicht in die Dokumentation, so dass wichtige Führungsentscheidungen nicht mehr nachvollzogen werden konnten bzw. nicht allen bekannt wurden. Hier ist verstärkt auf Selbstdisziplin zu achten.

### Zusammenfassung

An diesen kurzen Beispielen zeigten sich die Schnittstellen der Zusammenarbeit in besonderem Maße. Die Erkenntnisse der Oderflut werden im Land Brandenburg umgesetzt, es ist aber wichtig, dass andere Bundesländer ebenfalls mitziehen. Durch die einheitliche Führungsvorschrift FV DV 100/102 ist ein erster Schritt getan. Es bleibt zu hoffen, dass alle Länder diese Vorschrift einführen.



Neben der bereits seit Jahren bekannten „Schriftenreihe Zivilschutzforschung“ bietet das Bundesamt für Zivilschutz weitere kostenlose Broschüren zur Information über den Zivilschutz an. Neben praktischen Tipps für den Bereich Selbstschutz („Für den Notfall vorgesorgt“) reicht die Palette von Falblättern mit Kurzinformationen bis hin zu umfangreichen Abhandlungen über die Zusatzprotokolle I und II zur Genfer Konvention und den Kulturgutschutz bei bewaffneten Konflikten. Informativ, weil sie einen kompakten Überblick über den Zivilschutz nach Inkrafttreten des Zivilschutzneuordnungsgesetzes (ZSNeuOG) gibt, ist auch die Broschüre „Kompetenz im Zivilschutz“.

Interessiert? Bestellung an: Bundesamt für Zivilschutz, Referat Information - Öffentlichkeitsarbeit, Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn, Telefax 02 28 / 940 29 81

## Digitalfunk der BOS

Betrachtungen zu einem aktuellen Thema - Teil 2

Von Dipl.-Ing. Herbert Saupp

Fortsetzung aus Heft 2-99

### Modulation

Die Funkfrequenz hat die Aufgabe, bei ihrer Ausbreitung im freien Raum eine Information zum Empfänger zu transportieren. Das bedeutet, dass die Information in einer geeigneten Form für die Dauer des Transports mit dem Träger, der Funkfrequenz, verbunden werden muss. In der analogen BOS-Funktechnik wird das Sprachsignal auf die Frequenz des Trägers addiert. Die Additionseinrichtung wird Modulator, das Modulationsverfahren Frequenzmodulation (FM) genannt.

Im Tetrapol-System wird das Modulationsverfahren GMSK (Gaussian Minimum Shift Keying), in TETRA 25  $\pi/4$ -DQPSK, eine mehrstufige differenzielle Phasenmodulation, eingesetzt. Ohne diese Modulationsverfahren im Detail zu erläutern, kann festgehalten werden, dass der Empfänger des einen Systems das vom anderen System modulierte Signal aus mehreren Gründen nicht vom Träger trennen, d.h. demodulieren kann.

### Steuerungsmechanismen

Die Steuerungsfunktionen im analogen BOS-Sprechfunk sind überschaubar: Das Relais wird im Regelfall trägergesteuert, d. h. durch das Drücken der Sendetaste eines Funkgerätes auf diesem Kanal, hochgetastet. In besonderen Fällen erwartet das Relais zusätzlich zur Sprache auch einen Steuertton, z. B. den Ruftton eines Funk-

gerätes. Bei der Fernsteuerung von Kanalschaltung und sonstigen Funktionen der analogen Relaisstellen müssen bereits aufwendigere Verfahren eingesetzt werden.

Der Komfort der automatischen Kanalwahl, des Verbindungsaufbaus und des Haltens der Verbindung über größere räumliche Entfernung sowie eine Vielzahl von Zusatzfunktionen setzen in digitalen Bündelfunksystemen die Verfügbarkeit, eine Fülle von Steuerungsmechanismen - die von allen Systemteilen absolut gleich verstanden werden müssen -, voraus. Das Rufen des anzusprechenden Teilnehmers mit seinem Funkrufnamen wird im Digitalfunk ersetzt durch eine Rufnummer, die, mit anderen Informationen zusammen, am Anfang jeder zu übertragenden Nachricht stehen muss. Dieser organisatorischen Gründen erforderliche Nachrichtenkopf (Header) enthält in einem TETRA-System unter anderem die folgenden Informationen:

- Identität von Gerät und Nutzer;
- Leistungsprofil des Geräts (Sprache, Daten, Sonderfunktionen);

*Zum Verfasser: Dipl.-Ing. Herbert Saupp ist Leiter des Sachgebietes Grundsatzplanung Kommunikationstechnik im Bundeskriminalamt und Mitarbeiter der Projektgruppe BOS-Digitalfunk und deren Arbeitsgruppe „Technik“ sowie Leiter der Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“.*

- Berechtigungsprofil des Nutzers;
- Informationen zur Nachrichtensteuerung (Ziel und Art der Nachricht);
- funktechnische Betriebsparameter;
- Erreichbarkeitsdaten (werden vom Netz zugefügt).

Das zu errichtende bundesweite Digitalfunksystem der BOS wird sich auch aus vielen Netzkomponenten unterschiedlicher Hersteller zusammensetzen. Nur wenn die Steuerinformationen von der Quelle (Funkgerät A) bis zur Senke (Funkgerät B, Leitstelle, Rechner) mit der Nachricht verbunden bleiben und im Bedarfsfall von allen Netzinstanzen einheitlich interpretiert werden, funktioniert das Bündelfunknetz wie vorgesehen. Dieses an den Systemschnittstellen zu lösende Problem ist bereits innerhalb ein und derselben Spezifikation eine technische Herausforderung, da verschiedene Entwickler vorhandene Freiräume unbeabsichtigt unterschiedlich interpretieren können und enge Absprachen erforderlich sind.

Bei der Verwendung unterschiedlicher Spezifikationen, beispielsweise TETRA und Tetrapol, ist es unmöglich, alle Steuerinformationen über die Systemschnittstellen (Interfaces) zu transportieren und sie richtig zu interpretieren.

### Vorgaben der BOS an ein digitales Funksystem

Das Schengener Durchführungsübereinkommen vom 19. Juni 1990 fordert unter Art. 44 (2) die Prüfung der Möglichkeiten zur Koordinie-

zung der Programme der Mitgliedsstaaten für den Erwerb von Kommunikationsgeräten mit dem Ziel der Einführung genormter, kompatibler Kommunikationssysteme.

Das fortgeschriebene Programm „Innere Sicherheit“ der Innenminister des Bundes und der Länder von 1994 konkretisiert in Absatz 7.2 das Ziel dahingehend, dass dazu die Digitalisierung der polizeilichen Sprech- und Datenfunknetze notwendig ist. Das neue Funksystem muss für die europaweite Zusammenarbeit von Polizei und Zoll grenzüberschreitend auf einheitlichen Funkfrequenzen Kommunikation ermöglichen.

Die Schengener Arbeitsgruppe „Telekommunikation“ hat unter deutscher Beteiligung die folgenden Vorgaben erstellt:

- Definition der Anforderungen an das künftige Funksystem;
- taktische und betriebliche Anforderungen an ein digitales Funk-Kommunikationssystem für Sicherheitsbehörden (BOS);
- digitales Funk- und Kommunikationssystem für Sicherheitsbehörden - Sicherheitsanforderungen;
- Anforderungen an die Endgeräte und deren Bedienoberfläche in den zukünftigen digitalen Bündelfunksystemen der Schengener Staaten.

Die Inhalte dieser Dokumente werden nachfolgend auszugsweise beschrieben.

## *Definition der Anforderungen an das künftige Funksystem*

Die BOS benötigen nach diesem 1992 von der Ständigen Schengen-Arbeitsgruppe „Telekommunikation“ erstellten Dokument ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Sprechfunknetz, in dem im Regelfall alle Sprechfunkteilnehmer am Funkverkehr beteiligt werden. Für sie kommt daher ein telefonorientiertes Sy-

stem, welches üblicherweise auf end-to-end-Verbindungen ausgelegt ist, nicht in Betracht. Eine Einbindung in die Netzstrukturen öffentlicher Netze als sogenannte geschlossene Benutzergruppe kann somit nur als überlagernde zusätzliche Kommunikationsmöglichkeit angesehen werden.

Nur unter der Voraussetzung, dass unter allen zu beteiligenden Diensten Bereitschaft zur Schaffung und Nutzung kompatibler Funksysteme besteht, wird es nach Auffassung der Schengen-AG möglich, ein Sprechfunknetz mit bisher nicht realisierbarem Komfort- und Leistungsmerkmalen bei gleichzeitig optimaler Frequenzausnutzung aufzubauen.

Im ersten Teil des Dokumentes werden die Anforderungen an Netzstruktur, die Teilnehmerklassifikation, den Betrieb des Funknetzes, die Netzverwaltung, die Klassifizierung der Nachrichten und an Sicherheit und Schutz des Funknetzes definiert.

Der zweite Teil beschreibt die Anforderungen an die Endgeräte, das sind Festlegungen zur Sprachübertragung und zur Datenübertragung (Ruf- und Gesprächs- bzw. Datenübertragungsarten).

## *Taktische und betriebliche Anforderungen*

In diesem 1995 fertiggestellten Dokument werden

- die Grundforderungen an das Funknetz, z. B. zur Verschlüsselung, Sprach- und Datenkommunikation, Kurzmeldungen, Paging sowie zur Verwaltung der Kommunikationskanäle, den Zeitbedarf für den Aufbau einer Verbindung, die Laufzeit des Signals von Teilnehmer zu Teilnehmer, der Zeitbedarf für den nachträglichen Eintritt in eine aktive Verkehrsbeziehung;

- die Grundfunktionen der Endgeräte;

- die Verkehrsbeziehungen, das sind z. B. Gruppenverbindungen, Einzelverbindungen, netzunabhängige Verbindun-

gen (Direktverkehr) und der Notruf;

- das Netzwerk- und Teilnehmermanagement und

- das Verschlüsselungskonzept

beschrieben. In der Anlage 1 der Taktischen und Betrieblichen Anforderungen wird eine BOS-dienstspezifische Gruppenverbindung in Deutschland beispielhaft beschrieben.

## *Anforderungen an die Endgeräte und deren Bedienoberfläche*

Das dritte Dokument wurde 1997 erstellt. In ihm werden die gemeinsamen Mindestanforderungen der Schengener Staaten an die Endgeräte festgelegt. Die Endgeräte werden in die folgenden Gruppen eingeteilt:

- Handfunkgeräte (HRT, Handheld Radio Terminals)
- Mobile Funkgeräte (MRT, Mobile Radio Terminals)
- Stationäre Funkgeräte (FRT, Fix Radio Terminals)
- Datenfunkgeräte (DRT, Data Radio Terminals)
- Pager (PRT, Paging Radio Terminals)

Die Anforderungen beziehen sich auf die äußere Formgebung und die Beanspruchbarkeit der Geräte, das Display, die Bedienelemente, die Schnittstellen zu Peripheriegeräten, zur Sicherheitskomponente sowie das Zubehör. Außerdem werden Handfunkgeräte für spezielle Anforderungen (für verdeckte Trageweise und für explosionsgefährdeten Einsatz) beschrieben.

## *Nationale Ergänzungen der Kataloge*

Auf nationaler Ebene wurde von der im nachfolgenden Kapitel näher beschriebenen Projektgruppe Digitalfunk und dem in dieser mitarbeitenden Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die folgenden Ergänzungen zu



Geräte der neuen Generation, hier am Beispiel Motorola.

den Schengen-Anforderungen erstellt:

- Kryptokonzept der deutschen Sicherheitsbehörden;
- deutsche Ergänzungen zu den Anforderungen an die Endgeräte für den Bereich Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz; und
- Anforderungen an eine Schnittstelle zur Anbindung der Leitstellen.

## Projektgruppe Digitalfunk

### Aufgabenstellung

Aufgrund der im ersten Abschnitt beschriebenen Mängel der gegenwärtigen Sprechfunknetze wird im Programm für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Fortschreibung 1994, die Einrichtung eines künftigen digi-

talen Sprech- und Datenfunksystems auf der Basis eines europäinheitlichen Standards gefordert.

Die Innenministerkonferenz hat 1996 beschlossen, dass Konzepte zur Abdeckung des Funkkommunikationsbedarfs der polizeilichen und nichtpolizeilichen BOS durch Einführung eines gemeinsamen digitalen Funksystems auf der Basis eines europaweit harmonisierten Standards zu entwickeln sind. Sie hat AK II und AK V um Vorlage einer abschließenden Planungskonzeption mit konkreten Einführungsvorschlägen gebeten.

Nach Verabschiedung der ersten beiden Schengen-Kataloge und Zuteilung einheitlicher Frequenzen durch die nationalen Fernmeldeverwaltungen bestätigte das europäische Normungsgremium für Tele-

kommunikation ETSI auf Anfrage, dass der von ihm spezifizierte digitale Bündelfunkstandard TETRA 25 diese Forderungen erfüllt.

In Umsetzung des IMK-Auftrages richteten der Unterausschuß „Führungs- und Einsatzmittel“ des AK II (damals noch „Technische Kommission“) sowie der Ausschuß „Informations- und Kommunikationswesen“ des AK V auf einer gemeinsamen Sitzung die Projektgruppe Digitalfunk ein.

Der Beschluß lautete (Kurzfassung):

Vor einer endgültigen Systementscheidung für ein digitales Funksystem auf der Basis des ETSI Standards TETRA 25 sind folgende Maßnahmen zu ergreifen: Erprobung eines auf der Basis dieses Standards verfügbaren Systems zur Prüfung der taktisch-betrieblichen Anforderungen und der Sicherheitsanforderungen (Schengen-Kataloge) sowie der Anwenderakzeptanz in der Praxis.

### *Bisher geleistete Arbeit der Projektgruppe (Pilotierung Berlin)*

In Berlin und Brandenburg fand in einem ersten Schritt ein Versuch zur Erprobung der verfügbaren Funktechnik nach dem europäischen Standard TETRA 25 statt. Teilnehmer dieses Versuchs waren Einsatzkräfte sowie Techniker von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst, des Bundesgrenzschutzes, des Bundeskriminalamtes sowie der Zollverwaltung. Die Erprobung, die anhand einer von der Projektgruppe erstellten Leistungsanforderung durchgeführt wurde, umfaßte sowohl technische Prüfungen als auch Beurteilungen der Einsatztauglichkeit durch Anwender. Anstelle der ursprünglich geplanten Ausschreibung für zwei Erprobungsnetze (Raum Berlin/Potsdam sowie Dreiländereck Aachen) mußte aufgrund der fehlenden EU-Förderung auf eine kostenlose Gestellung von Funksystemen zurückgegriffen werden.

Zu finanziellen Aspekten des digitalen Funknetzes bereitete die Projektgruppe eine Entscheidungsgrundlage vor. Um die Kosten eines künftigen digitalen Funknetzes mit den vorhandenen analogen Funknetzen vergleichen zu können, wurden bei der Polizei Brandenburg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen sowie der Feuerwehr Berlin die Kosten der derzeitigen analogen Funknetze betriebswirtschaftlich festgestellt. Die dabei ermittelten Kosten betragen bei den Polizeien 1.550.- bis 1.800.- DM und bei der Feuerwehr Berlin 1.100.- DM pro Endgerät und Jahr. Die Projektgruppe hat ein Netzmodell für die Bundesrepublik Deutschland erstellt und die Kosten eines digitalen Funknetzes auf der Basis von TETRA 25 ermittelt. Für den Aufbau des Netzes (Infrastruktur) ist mit 2 Mrd. DM zu rechnen, die Beschaffung der Endgeräte wird mit 2,3 Mrd. DM veranschlagt. Nächste Schritte sind die Bewertung unterschiedlicher Netzbetreibermodelle im Rahmen einer Nutzen-Kosten-Analyse sowie die Erstellung von Finanzierungsvorschlägen.

Im Ergebnis kommt die Projektgruppe zu dem Schluß, dass der Standard TETRA 25 für den Einsatz bei den BOS grundsätzlich in Frage kommt u.a. weil er

- die taktisch-betrieblichen Anforderungen erfüllt,
- eine hervorragende Sprachqualität bietet,
- frequenzökonomisch ist,
- eine ausreichende Funkabdeckung (Reichweite) gewährleistet und
- als offener Standard durch Marktkonkurrenz technische Entwicklung und niedrige Preise sicherstellt.

*Zukünftige Arbeit  
der Projektgruppe  
(Pilotierung Aachen)*

Beim Pilotversuch in Berlin/Brandenburg wurde die grundsätzliche Funktionsfä-

higkeit des Standards festgestellt. Weitergehende Erprobungen, wie die Akzeptanz der Nutzer im täglichen Dienst, das Verhalten des Systems unter großer Last oder Erfahrungen mit einem großflächigen Funkversorgungsgebiet, erfordern einen größeren Test mit vielen Funkgeräten und Basisstationen. Aufgrund des Investitionsvolumens für ein deutschlandweites Netz ist ein solcher Test vor einer Einführungsentscheidung erforderlich. Wie schon im gemeinsamen Beschluß von A IuK und UA FEM vorgesehen, wird dieser in Aachen stattfinden. Dieser Erprobungsbereich bietet auch die Möglichkeit der gemeinsamen Erprobung der TETRA-25-Technik im grenzüberschreitenden Verkehr mit den Nachbarländern Belgien und den Niederlanden.

Die folgenden Leistungsmerkmale waren zum Zeitpunkt der Durchführung der Pilotierung in Berlin/Brandenburg noch nicht realisiert und müssen deshalb in Aachen erprobt werden:

- Paging (Meldeempfänger)
- Verschlüsselung
- Interoperabilität von Komponenten des ortsfesten Netzes unterschiedlicher Hersteller (ISI, Inter System Interface)
- Datenübertragung
- Funkversorgung für Luftfahrzeuge (Helikopter) im integrierten System TETRA 25

### *Mögliche Paging-Lösungen*

Die Meldeempfänger nehmen eine besondere Bedeutung bei der Einführung des digitalen BOS-Funks ein, da sie bei den deutschen BOS eine unterschiedliche Bedeutung im Dienstbetrieb haben. Prinzipiell können die heute betriebenen Pager durch folgende Lösungen ersetzt werden:

- Ein digitales Handsprechfunkgerät (HRT) kann, in Verbindung mit den Funktionen

„Kurzdatenübertragung“ und „Voice-Mailbox“ den Einsatz eines getrennten Pagers in den Fällen ersetzen, in denen heute ein BOS-Handsprechfunkgerät und ein Meldeempfänger gleichzeitig genutzt werden. Es ist außerdem in den Fällen eine Lösung, in denen die Rückmeldung des Gerufenen mit anschließender Kommunikation wichtig ist.

- Ein Meldeempfänger mit Sender (2-Way-Pager) ist im Prinzip ein HRT ohne Audio-Teil und ohne Tastatur. Er kann im gesamten TETRA-25-Netz genutzt werden, da er dem System seine Position ständig mitteilt und quittiert empfangene Nachrichten. Die Nachteile dieser Lösung sind ein deutlich höherer Energieverbrauch im Vergleich zum reinen Empfangsgerät und die im Netz durch das Übertragen der Positionsmeldungen entstehende Verkehrsbelastung.

- Ein TETRA-25-Meldeempfänger ohne Sender kann in einem fest definierten Bereich durch Aussenden des Rufes über vorher festgelegte Funkstationen ausgelöst werden.

Als Übergangslösung könnten POCSAG-Meldeempfänger gemäß bestehender TR BOS „Digitale Funkalarmierung“ weiter genutzt werden, wenn die POCSAG-Basisstationen als Subsystem in das TETRA-25-Netz integriert würden. In dieser Migrationsphase würden die Meldeempfänger nicht im neuen Frequenzbereich des BOS-Digitalfunks, sondern im alten 2-m-Band betrieben werden müssen.

Den größten Meldeempfängerbedarf innerhalb der BOS haben die Feuerwehren. Hier ist auch gleichzeitig ein geringer Zeitversatz zwischen Alarm- und Meldeempfängerauslösung von lebensrettender Bedeutung. Bisher wurde die Forderung nach TETRA-Meldeempfängern nur in Deutschland konkret gestellt. Es wird daher abzuwägen sein, welche der genannten Lösungen technisch und wirtschaftlich erfolgversprechend ist.

## Einführungsstrategie (Gremienweg, Konzeption)

Auch wenn aufgrund des gegenwärtigen Entwicklungsstands die Systeme noch keine Einsatzreife besitzen, konnten alle grundlegenden Zweifel (z. B. Funkreichweite, Störfestigkeit, Schutzabstände) ausgeräumt werden. Vor einer Einführungsentscheidung ist die Funktion der geschilderten, noch fehlenden unverzichtbaren Leistungsmerkmale von den Herstellern im Rahmen eines Betriebsversuches nachzuweisen. Die Projektgruppe hat daher vorgeschlagen, die Systementscheidung von der Einführungsentscheidung zu trennen.

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren hat sich auf ihrer Sitzung am 19./20. November 1998 in Bonn mit der Standardisierung eines künftigen europaeinheitlichen digitalen Sprech- und Funksystems für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) befaßt und den folgenden Beschluß gefaßt (Auszug):

● Die Innenministerkonferenz ist der Auffassung, dass der Vorversuch in Berlin/Brandenburg die Funktionsfähigkeit des ETSI-Standards TETRA 25, ohne Test von Paging, Datenübertragung, Inter-System Interface und Verschlüsselung, erbracht hat und dass weitere Planungen für ein gemeinsames (integriertes) digitales Sprech- und Datenfunksystem der BOS auf der Grundlage eines europaweiten normierten Standards zu führen sind.

● Das Ergebnis des Vorversuchs Berlin/Brandenburg auf der Basis des ETSI-Standards TETRA 25 erfordert eine abschließende umfangreiche Pilotierung im Raum Aachen (Drei-Länder-Projekt). Hierbei soll das System im praktischen Einsatz, im größeren Umfang und in der länderübergreifenden Kommunikation erprobt werden sowie der Nachweis noch nicht erbrachter Lei-

stungsmerkmale (insbesondere Paging, Datenübertragung, Inter-System Interface und Verschlüsselung der Luftschnittstelle) aufgezeigt werden. Der Nachweis der Leistungsmerkmale Paging und Datenübertragung muss zunächst durch firmenseitige Teststellungen im Rahmen der Ausschreibung von Leistungen nach europäischem Recht vor einer Auftragsvergabe für den Versuch in Aachen erbracht werden. Das Funktionieren der im Vorversuch Berlin/Brandenburg noch nicht erbrachten Leistungsmerkmale Paging, Datenübertragung, Inter-System Interface und Verschlüsselung der Luftschnittstelle ist als Vertragsgegenstand zu vereinbaren.

● Vor einer Einführungsentscheidung muss das Problem der systemübergreifenden Kommunikation geklärt sein. Die Innenministerkonferenz hält deshalb die Prüfung der erforderlichen System-schnittstellen zum Umschalten unterschiedlicher Digitalfunksysteme mit dem Ziel der Einbeziehung dieses Leistungsmerkmals in den Großversuch für erforderlich.

Nächste Schritte auf der Basis dieser Beschlußlage sollten sein:

● Die Festlegung der Sicherheitsbehörden auf den Standard TETRA 25, um

- Erneuerungs- und Erweiterungsbedarf schon in der neuen Technik zu planen,

- die Festlegung eines europaeinheitlichen Funkstandards für die Sicherheitsbehörden in Schengen-Telecom voranzutreiben,

- lokale Speziallösungen (Datenfunk, Verschlüsselung, GSM) wieder in den BOS-Funk zurückzuführen bzw. ein weiteres Auseinanderdriften zu verhindern,

- ein Signal für andere europäische Staaten und kommerzielle Bündelfunkanwender zu setzen,

- die weitere TETRA-25-Entwicklung im deutschen Sinne voranzutreiben.

● Die Festlegung einer bundeseinheitlichen Netzarchitektur mit der Bildung von Losen, um eine Beteiligung mehrerer Hersteller sicherzustellen.

● Die Erstellung eines Netzerrichter- und Netzbetreiberkonzeptes.

Vor Beginn des Netzaufbaus müssen alle Gremien einschließlich der IMK diesen Konzepten vorbehaltlos zustimmen.

## .....SOS..... Kurs Menschen retten!



.....heißt es für unsere Rettungsmänner. Bei jedem Wetter, zu jeder Zeit. Die DGzRS wird nur von freiwilligen - steuerabzugsfähigen - Zuwendungen, ohne jegliche staatlich-öffentliche Zuschüsse, getragen. Auch durch Ihre Spende - beispielsweise ins Sammelschiffchen.

**Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS)**

Postfach 10 63 40, 28063 Bremen

Postbank NI. Hamburg (BLZ 200 100 20) 70 46-200

Wir danken für die  
gespendete Anzeige.

# Großübung „Mollgraben 99“

DRK-Landesverband Sachsen probte Katastrophenfall

Von Ingeborg Köper

Detonationen, schwarze Rauchschwaden und Schreie: Die Chemiefabrik der Kleinstadt Mollgraben ist explodiert und brennt lichterloh.

Dieses Schreckenszenario in der Annaburger Heide am ersten Wochenende im Juni war glücklicherweise nur Fiktion. Auf dem ehemaligen NVA-Truppenübungsplatz, gelegen im Dreiländereck von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg unweit der Stadt Torgau, fand eine Katastrophenschutz-Großübung des DRK-Landesverbandes Sachsen unter dem Namen „Mollgraben 99“ statt. Zu den 1.350 Beteiligten gehörten neben Helfern des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Kräfte der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), des Technischen Hilfswerks (THW), der Feuerwehr sowie der Internationalen Flugambulanz (IFA).

### Überörtliche Hilfe angefordert

Ein Hilfeersuchen aus den Ländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg ergeht an den Freistaat Sachsen: Seit dem 4. Juni brennen große Flächen des Waldes in der Annaburger Heide. Die eigenen Kräfte und Mittel reichen zur Bekämpfung der Katastrophe nicht mehr aus. Umfangreiche Maßnahmen der Evakuierung, Brandbekämpfung sowie Rettung und Bergung sind erforderlich. Das Sächsische Staatsministerium des Innern veranlasst einen sofortigen landesweiten Einsatz von Hilfskräften in der Annaburger Heide. Eine Leitungsgruppe des DRK-Landesverbandes Sachsens, unterstützt durch erfahrene Führungskräfte aus Kreisverbän-

den, wird als zeitweiliger Einsatzstab mit der Alarmierung und Zusammenziehung der Helfer beauftragt. Das ist die fiktive Lage am 5. Juni gegen 6.00 Uhr.

### Vielfältiges Übungsziel

Die Übung diente vor allem der Ermittlung des Einsatzwertes der Formationen des DRK in Sachsen. Dabei ging es in der Zielsetzung aber auch darum,

- in erster Linie zu demonstrieren, dass die ehrenamtlichen Kräfte der Hilfsorganisationen ein wertvolles Potential darstellen, das vorhandene System der Hilfeleistung zu ergänzen oder zu unterstützen,
- Helfer aus nicht festen Strukturen während des Einsatzes in eine Führungs- und Einsatzstruktur operativ einzubinden, um mit anderen Fachdiensten in einer die Zugstruktur übersteigenden Größenordnung zu arbeiten,
- der Öffentlichkeit am Beispiel einer möglichst realitäts-

nahen Übung zu demonstrieren, dass man gemeinsam bereit und in der Lage ist, dort Hilfe zu leisten, wo sie gebraucht wird.

- den Ausbau von Teamgeist und Kameradschaftssinn innerhalb der Formationen und zwischen den Fachdiensten zu fördern.

### 35 DRK-Kreisverbände alarmiert

5. Juni, 6.00 Uhr: Alarmierung der DRK-Kreisverbände Bautzen, Delitzsch, Dresden, Dresden-Land, Freital, Grimma, Leipzig-Stadt, Leipzig-Land, Plauen, Reichenbach, Weißwasser und Zittau, bis 11.00 Uhr von weiteren 23 Kreisverbänden. Über vier Marschrouten gelangen die einzelnen Fachdienste zum Bereitstellungsraum bei Torgau. Die vier unterwegs durch Kreisauskunftsbüros des DRK eingerichteten Meldeköpfe übermittelten per Fax wichtige Informationen über die herandrückenden Einsatzkräfte an die Einsatzleitung.



Vor Beginn der Übung gibt Landesbereitschaftsführer Reinhardt Bornemann den Gästen Erläuterungen zum Ablauf.

Zwischenzeitlich treffen die Übungspartner, die Feuerwehren, THW, DLRG und IFA, im Bereitstellungsraum ein. Bis 13.00 Uhr sind alle Einsatzkräfte vor Ort. Währenddessen kommt die Meldung, dass die Waldbrände auf Sachsens Territorium übergreifen und die fiktive Kleinstadt Mollgraben in großer Gefahr ist. Hier beginnt das anfangs bereits geschilderte Schreckenszenario, und damit ist der Startschuss für die eigentliche Übung gegeben.

## Es geht los

13.17 Uhr. Die Geräusche der Explosion in der Chemiefabrik erschüttern die Region, Flammen schlagen aus den Gebäuden. Wenige Minuten später rücken die ersten alarmierten Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr und des Rettungsdienstes an. Schnell wird erkannt, dass die vorhandenen Kräfte und Mittel nicht ausreichen. Über die Einsatzleitung wird Verstärkung zur Bekämpfung des Brandes und zur Rettung und Versorgung der betroffenen Menschen angefordert.

Im Zusammenwirken mit dem zuständigen Landrat des Kreises Torgau-Oschatz, Robert Schöpp, wird der Katastrophenfall festgestellt und eine Technische Einsatzleitung (TEL) mit der Führung und Koordinierung aller Kräfte und Mittel beauftragt.

Nacheinander treffen Einheiten der Feuerwehr, des THW und DRK-Sanitäts- und Betreuungsdienste an der Schadensstelle ein. Es werden Abschnittsführungsstellen, so auch eine Abschnittsführungsstelle Sanitäts- und Rettungsdienst sowie Betreuungsdienst, eingerichtet.

Ruhe bewahren und blitzschnell handeln, heißt es nun. Während die Feuerwehren die Brände bekämpfen und die Eingeschlossenen aus den brennenden Gebäuden befreien, bemühen sich anderen Fachdienste um das Einrichten der erforderlichen Plätze, wie Sichtsungsstelle, Verletztenablagen, Verbandplatz mit Krankenwagenhalte- und Rettungshubschrauberlandeplatz sowie um die erforderlichen Hilfeleistungen. Der Betreuungsdienst führt die vorsorgliche Evakuierung Unverletzter aus der gefährdeten Siedlung durch. Das ebenfalls im Einsatz befindliche Kreisaukunftsbüro erfasst die Daten der registrierten verletzten und unverletzten Personen.

Eine zusätzliche Erschwerung tritt laut Ablaufplan gegen 14.00 Uhr ein: Von der Polizei kommt die Meldung, dass der Abtransport der Verletzten in das Torgauer Hilfskrankenhaus durch einen schweren Unfall auf der Elbbrücke blockiert wird.

Die TEL entscheidet in Abstimmung mit der Abschnitts-

führungsstelle Sanitäts- und Rettungsdienst, dass der Abtransport von Verletzten durch Boote über die Elbe sowie durch den Rettungshubschrauber erfolgen muss. Dazu sind im Bereich der Bootsanlegestellen Elbe 1 und Elbe 2 zusätzliche Verbandplätze einzurichten, damit eine zwischenzeitliche Betreuung der Verletzten sichergestellt werden kann.

Den Transport der Verletzten auf der Elbe übernehmen zwölf Motorboote der DRK-Wasserwacht, der DLRG und des THW. Auf dem Gelände des Torgauer Krankenhauses hat die Hilfszugabteilung des DRK-Landesverbandes Sachsen zur Entlastung ein Hilfskrankenhaus errichtet. Während das Krankenhaus das erforderliche medizinische Personal für die Übung stellt, kommt das Hilfspersonal von der Hilfszugabteilung Sachsen, Einheit Bautzen, sowie vom Sanitätszug Torgau. Schwerverletzte werden unmittelbar von der Schadensstelle in Spezialkliniken ausgeflogen.

Zur zeitweiligen Unterbringung und Betreuung unverletzter Betroffener hat inzwischen der Betreuungsdienst Notquartiere in Räumen des Schulzentrums Beilrode sowie in Zelten in der Annaburger Heide errichtet.

14.25 Uhr. Erneute Verschärfung der Situation: Auf der fiktiven Hauptstraße von Mollgraben verursachen schaulustige Autofahrer einen schweren Verkehrsunfall, an dem mehrere Fahrzeuge beteiligt sind. Der Brand eines Fahrzeuges greift auf die anderen über. Die Rettungswege für die Helfer sind blockiert. Wiederum ist Brandbekämpfung, Menschenrettung und qualifizierte Versorgung durch koordiniertes, gemeinsames Handeln gefordert.

In Mollgraben wird inzwischen durch eine Personenkontrolle festgestellt, dass es Vermisste gibt. Parallel dazu trifft über die Polizei eine Meldung von Bürgern ein, die hilflos Herumirrende in verseng-

Feuerwehrleute führen die „Verletzten“ aus den gefährdeten Gebäuden.



Die Helfer kümmern sich intensiv um die „Verletzten“.

(Fotos: Köper)



ter Kleidung gesichtet hätten. Durch die TEL werden sofort Rettungshundestaffeln alarmiert. Als bei der Durchsuchung des Waldstückes die Rettungshundestaffeln auf einen See stoßen, entscheidet sich die TEL auch noch für den Einsatz von Rettungstauchern der DRK-Wasserwacht. Nachdem die Vermissten mit Hilfe der Hunde aufgefunden werden, bringen Krankenwagen die Betroffenen zum Verbandplatz an die Elbe.

Nach fast drei Stunden ist der Brand in Mollgraben unter Kontrolle. Die Verletzensammelstelle beendet ihre Tätigkeit und die ersten Fachkräfte können aus dem Einsatz herausgelöst werden.

Wie schnell aus einer Übung Ernst werden kann, bekamen die Rettungshundestaffeln zu spüren. Noch vor Beendigung ihres Einsatzes in der Annaburger Heide erreichte sie ein Hilferuf aus Frankfurt (Oder) mit der Bitte, die Suche nach einer vermissten Frau aufzunehmen.

In einer ersten Auswertung am Abend zeigten sich die Veranstalter zufrieden mit den gezeigten Leistungen. Trotz verschiedener Schwachstellen wurde das Übungsziel erreicht. Die sechsmonatige intensive Vorbereitung durch die Vorbereitungsgruppe unter Führung der DRK-Landesbereitschaftsleitung hat sich ausgezahlt. Die Vielzahl der gewonnenen

Erkenntnisse rechtfertigt den hohen Aufwand.

Zahlreiche Beobachter vor Ort, unter ihnen Staatssekretär Hartmut Ulbricht und Referatsleiter Malte Bardt vom Sächsischen Staatsministerium des Innern sowie Landrat Schöpp, waren beeindruckt vom hohen Stand der Einsatzbereitschaft der Fachdienste.

## Erste Schlussfolgerungen

Im Rahmen der zukünftigen Ausbildung sollen aus den Erkenntnissen der Übung folgende Punkte besonders berücksichtigt werden:

- Bei der Zusammenarbeit zwischen TEL und Abschnittsführungsstelle (ASL) Sanitäts- und Rettungsdienst sind doppelte Einweisungen, welche zur Verzögerung des Fachdiensteinsatzes führen, zu vermeiden.

- In der ASL Sanitäts- und Rettungsdienst sind eindeutige Strukturen zu schaffen und eine klare Aufgabenzuordnung sicherzustellen. Es ist mit unmissverständlichen Begriffen zu arbeiten, da Verwechslungen durch unklare Abkürzungen zu folgenschweren Fehlentscheidungen führen können.

- Die Organisation des Heranführens der Einsatzkräfte darf nicht einseitig rettungsdienstlich ausgerichtet sein. Gerade für die Betreuung von

Verletztenablagen oder die Errichtung und den Betrieb von Verbandplätzen und Sichtsicherungsstellen kommt dem rechtzeitigen Einsatz des Sanitätsdienstes große Bedeutung zu.

- Im Rahmen der nachrichtentechnischen Sicherstellung ist zu prüfen, inwieweit ständige Struktureinheiten bei den Fachdiensten Sanität und Betreuung zur Unterstützung der ASL Sanitäts- und Rettungsdienst oder Betreuungsdienst geschaffen werden können.

- In Zusammenarbeit mit der TEL sind im Schadensgebiet Bereitstellungsräume so zu schaffen, dass sich die heranrückenden Fachdienste nicht gegenseitig behindern. Dazu sind auch Melde- und Lotsendienste einzusetzen.

- Der selbständige Einsatz einzelner Fachdienstmodule muss stärker trainiert werden, da die Gruppen und Trupps noch zu sehr auf die Führung durch die Zugleitung ausgerichtet sind. Gleichermassen ist dem Ausbau der Eigeninitiative der Führungskräfte bei der Anforderung notwendiger Versorgungsgüter und Ausrüstung zur Sicherstellung des Einsatzes mehr Beachtung zu schenken.

- Im Bereich des Betreuungsdienstes gilt es, sich noch intensiver mit der Problematik der Errichtung von Notquartieren auseinanderzusetzen. Für die Versorgungsdienste des Betreuungsdienstes muss das Lösen von Aufgaben der Kalkulation und Bereitstellung von Einsatzverpflegung entsprechend der jeweiligen Vorgaben der Führungsorganisation künftig ein Schwerpunkt sein.

Insgesamt war man sich einig, dass im Weiteren in den Teams der beteiligten Formationen als auch seitens der Landesleitung der Bereitschaften eine noch tiefgründigere Analyse erfolgt, um bei künftigen Einsätzen vorhandene Schwachstellen abzubauen und aufgetretene Fehler im Ernstfall zu vermeiden.

# Notfallvorsorge in Tunnels kritisiert

### 8. Allgäuer Notfallsymposium in Memmingen

Von Paul Claes

Die Stadthalle in schwäbischen Memmingen bot am 19. und 20. Juni den Rahmen für das 8. Allgäuer Notfallsymposium. Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) hatte das im 2-Jahres-Rhythmus stattfindende Symposium in Verbindung mit dem Bayerischen Landesfeuerwehrverband zu seiner zentralen Fortbildungsveranstaltung für den Rettungsdienst gemacht. Unterstützt wurde der DFV dabei von der Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte e.V. (agbn).

Für das Symposium konnte eine Reihe von ausgewählten Spezialisten und qualifizierten Referenten gewonnen werden, die alle Aspekte des Themas praxisorientiert abhandelten. Ergänzt wurden die wissenschaftlichen Sitzungen durch Seminare und praktische Übungen sowie eine begleitende Industrie- und Fahrzeugausstellung.

#### Vielzahl neuer Wege

Durch die Fortentwicklungen in den vergangenen Jahren haben sich im Bereich des Rettungsdienstes eine Vielzahl neuer Wege eröffnet. Wege, die allerdings auch einer spezifischen Ausstattung und Schulung bedürfen. Aus diesem Grund wurden die verschiedenen Rettungskonzepte und Hilfssysteme, die heute verfügbar sind, vorgestellt. Damit konnte Notärzten und Rettungsdienstpersonal vor Augen geführt werden, wie weitreichend und wirkungsvoll Rettungskonzepte heute sind.

Die Thematik baute auf dem letzten Symposium auf,

nachdem gerade bei Großschadensereignissen stets mit dem kombinierten Einsatz von Medizin und Technik gerechnet werden muß.

#### Unzureichende Rettungskonzepte

Die Rettungskonzepte der Deutschen Bahn in den Tunnels der Neubaustrecken sind nach Ansicht des DFV-Bundesarztes, Prof. Dr. med. Peter Sefrin, unzureichend. Im Gegensatz zu den Planungen zur Brandbekämpfung sei die Personenrettung bei Unfällen nicht adäquat vorbereitet. Bei der Eröffnung des Symposiums forderte Prof. Sefrin auch

als Vorsitzender der agbn Sicherheitsverbesserungen für Bahnreisende.

Bei einer modernen Notfallrettung müsse heute die Kooperation von Medizin und Technik die Basis eines Rettungskonzeptes bilden. An der traditionell strengen Trennung dieser Bereiche könne nicht mehr festgehalten werden, sondern hier sei eine Verzahnung der verschiedenen Hilfssysteme - das Hauptthema der Veranstaltung - dringend erforderlich.

Prof. Sefrin verwies darauf, dass nicht nur Notärzte, sondern auch der Deutsche

Vor der Stadthalle präsentiert sich moderne Fahrzeugtechnik.



Im Innern der Tagungsstätte informieren Industrie, Verbände und Institutionen - hier der Stand des Bundesamtes für Zivilschutz.



(Fotos: Claes)

Verkehrssicherheitsrat (DVR) ebenso wie Techniker des Rettungswesens der Bahn Versäumnisse vorwerfen würden. „Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, sind Unfälle in Tunnels zu einer realen Bedrohung geworden, auf die auch eine rettungsdienstliche Vorbereitung unbedingt notwendig ist. Hierbei sind verschiedene Schädigungsszenarien zu berücksichtigen, wobei keineswegs nur Brände in Betracht kommen“, so der Mediziner.

### **Rettungsdienst braucht Vorkehrungen**

Sefrin stellte weiter fest, dass bei Unfällen mit Personenschäden ein koordiniertes gemeinsames Vorgehen das optimale Rettungskonzept darstelle. Das vorgesehene DB-Konzept der Selbstrettung aus Tunnels gehe von der Annahme aus, dass die Betroffenen auch dazu in der Lage seien.

Doch bei nicht-gehfähigen Verletzten müsse der Rettungsdienst mit Unterstützung der Feuerwehr die Versorgung vor Ort durchzuführen in der Lage sein. Ohne gesonderte Vorkehrungen könne der Rettungsdienst jedoch in einem verrauchten Tunnel nicht tätig werden. Leider seien die hierfür geeigneten Rettungszüge der Bahn aus Kostengründen auf den Neubaustrecken nicht mehr vorgesehen. Die bei den Hilfsorganisationen und Feuerwehren vorgehaltenen Rettungskräfte könnten aber nur so gut sein, wie die ihnen vorgegebenen Rahmenbedingungen es erlaubten.

Aus diesem Grunde appellierte Sefrin eindringlich an die Verantwortlichen in Bund und Ländern, im Hinblick eines möglichen Schadensereignisses ihre Verantwortung zum Schutz der Bürger ernst zu nehmen.

### **Vorgestellt: Die Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte e.V. (agbn)**

Nach der Etablierung des Notarzdienstes in Bayern haben sich im Jahre 1981 eine Reihe von Ärzten aus dem Norden und Süden des Freistaates zusammengefunden, um mit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft eine Plattform für die Interessen dieser Mediziner zu schaffen. Damals befand sich die Notfallmedizin im Aufbau und die Kenntnisse in diesem Bereich waren noch lückenhaft. Aus diesem Grunde waren Anstrengungen zur Intensivierung einer speziellen Fortbildung notwendig. Aus einem Mitgliederstamm von wenigen hundert hat sich die agbn, die erste Notarzarbeitsgemeinschaft der derzeit elf regionalen Arbeitsgemeinschaften Deutschlands, zu einem Verband mit 3.000 Mitgliedern entwickelt.

Die agbn hat sich in ihrer Satzung zum Ziel gesetzt, sowohl die berufsständischen wie auch die fachlichen Interessen der Notärzte zu vertreten. Mitglied kann jeder approbierte Arzt werden, der für den Bereich Notfallmedizin Interesse zeigt und deren Belange ideell oder aktiv unterstützt. Für Personen oder Institutionen, die die Notfallversorgung und Fortbildung im Bereich Notfallmedizin unterstützen, besteht die Möglichkeit einer außerordentlichen Mitgliedschaft.

Die Schaffung einer Interessenvertretung der Notärzte soll zu einer Optimierung der Kontakte zu verschiedenen Institutionen, Einrichtungen und Verbände, die mit dem Notarzt- und Rettungsdienst befaßt sind, beitragen. Durch Verbindungen zu wissenschaftlichen Gesellschaften kann die Fortbildung intensiviert und verbessert werden. Die Möglichkeit einer Steigerung der notfallmedizinischen Aktivität wird durch regionale sowie überregionale Fortbildungen erreicht.

Die agbn versteht sich auch als Anlaufstelle für alle im Notarzt- und Notfalldienst anfallenden medizinischen und zum Teil auch organisatorischen Fragen, die zusammen mit erfahrenen Fachvertretern, Juristen oder Institutionen wie Landesärztekammer, Ministerien, Durchführende des Rettungsdienstes, Kostenträgern und anderen einer Beantwortung zugeführt werden.

#### *Vorstand:*

Prof. Dr. med. Peter Sefrin, Universitätsklinik Würzburg  
Dr. med. Rolando Rossi, Klinikum Ansbach  
Dr. med. Roland Huf, Klinikum Großhadern München  
Dr. med. Thomas Fleischmann-Sperber, Nürnberg  
Dr. med. Jöns Ehgartner, Neufahrn

#### *Fortbildungsbeauftragter:*

Dr. med. Peter Rupp, Städt. Krankenhaus München-Schwabing

#### *Anschrift:*

Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte e.V. (agbn)  
Frau U. Götz  
Josef-Schneider-Straße 2, 97080 Würzburg  
Telefon 09 31 / 201 - 51 28 \* Telefax 09 31 / 201 - 33 54  
eMail: Sefrsekr@anaesthesie.Uni-wuerzburg.de

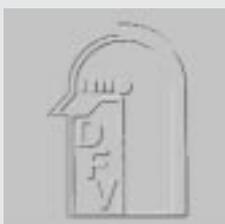
# AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



DEUTSCHE LEBENS-RETTUNGS-GESELLSCHAFT



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



MALTESER-HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-GEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDES-REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK





# Wiederaufbau und Überlebenshilfe sind oberstes Gebot

ASB startete mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes Hilfsprojekte im Kosovo

In Rogova blühen die Wiesen, es ist heiß: Alida Moriqi, 29, sitzt vor dem Zelt im Garten neben den rußgeschwärzten Ruinen ihres Hauses und wäscht die Kleider ihrer Familie in einer rostigen Zinkwanne. Das Zelt ist das provisorische Zuhause für acht Menschen: Neben Alida wohnen hier ihre fünf Kinder im Alter von vier, sechs, sieben, neun und zehn Jahren, ihr Schwiegervater Selim, 52, und eine Schwester ihres Mannes, Vjolla, 21.

Sie sind Ende Juni aus Albanien zurückgekehrt und stehen vor dem Nichts. Alida erzählt: „Meinem Schwiegervater ließ die Frage, wie es in der Heimat aussieht, und die Hoffnung, vielleicht noch einen Teil der Ernte einbringen zu können, keine Ruhe. Und weil wir unbedingt zusammenbleiben wollten, sind wir dann gemeinsam hierhin zurückgekehrt.“ Nach mehrtägiger Reise erreichte die Familie völlig erschöpft Rogova. Sie fand ihr Haus zerstört vor, und auch von Alidas Mann gibt es keine Nachricht. Er wurde von der serbischen Polizei, die die ganze Familie im März aus dem Haus getrieben hatte, mitgenommen. Seitdem hat niemand mehr etwas von ihm gehört.

### **Priorität: Pro Haus ein winterfester Raum**

Doch Ende Juni keimte etwas Hoffnung auf, nicht nur bei der Familie Moriqi, sondern bei allen Bewohnern Rogovas. Eine Delegation des Arbeiter-Samariter-Bundes hatte das Dorf besucht. Sie sprach mit den Bewohnern und kündigte Hilfe beim Wiederaufbau an. Jetzt, Mitte August, wird das erste Baumaterial von ASB-Lastwagen gebracht. Vorher kamen jeden Tag zwei Männer, ein Architekt und ein Handwerker, die im Auftrag des ASB Haus für Haus begutachteten, den Zer-



**Wiederaufbau im Kosovo: Überall wird Schutt beiseite geräumt.**

störungsgrad feststellten und den Bedarf für den provisorischen Wiederaufbau ermittelten. Außerdem läuft in Rogova seit Ende Juli eine große Säge, die Stammholz in Bretter schneidet, die für den Wiederaufbau verwendet werden können.

Eginhard Meijering, Projektleiter des ASB im Kosovo, erläutert das Ziel des Projektes: „So schnell es geht, sollen möglichst viele Menschen einen Teil ihres Hauses winterfest machen können. Je nach Größe der Familie werden ein bis zwei Räume repariert und wieder bewohnbar gemacht. Dafür liefert der ASB Fenster, Türen, Zement und Farbe.“ Besonderen Wert legt Meijering auf die Art der Dachstuhlrekonstruktion: „Wenn der Dachstuhl repariert ist, wird er mit einer Plastikplane verschlossen. Die Dach-

stühle werden aber so konstruiert, dass das Holzgerüst später die schweren Dachpfannen ohne Nachrüstung tragen kann. Denn“, so Meijering, „die Dachstühle sollen nicht zweimal wieder aufgebaut werden.“

### **Selbsthilfe wird gefördert**

Die Menschen in Rogova werden mit der Hilfe des ASB ihre Häuser selbst winterfest machen. Für jeweils fünf Häuser wird gleichzeitig Material gebracht, die die Dorfgemeinschaft dann zusammen reparieren kann. Sind die fünf Häuser soweit winterfest gemacht, folgt die nächste Lieferung. In der Zwischenzeit werden die anderen Dörfer mit Baumaterialien versorgt.

Neben Bauholz verteilt der ASB pro Familie auch einen Kochherd

oder Heizofen, einen Tisch und Stühle. Außerdem werden in den Dörfern, die über Strom verfügen, Stromkabel in die Häuser verlegt. Die Erfahrungen des ASB aus den Anfang des Jahres durchgeführten Notreparaturprojekten haben gezeigt, wie groß die Solidarität unter den Dorfbewohnern ist. Der Arbeiter-Samariter-Bund ist zusammen mit der dänischen Samariterorganisation ASF Dansk Folkehjælp auf diese Weise in neun Dörfern der Bezirke Djakovar und Prizren tätig. Finanziell unterstützt wird der ASB dabei vom Auswärtigen Amt, das die Wiederaufbauprojekte des ASB ausdrücklich begrüßt.

## Eine Zukunft für die Kinder

Als die ASB-Delegation auf ihrer Reise durch den Kosovo Ende Juni nach Korisa, das etwa 10 km nördlich von Prizren liegt, kam, spielten die Kinder des Dorfes im hohen Gras neben ausgebrannten Auto- und Traktorenwracks. Ein süßlicher Geruch lag in der Luft, denn nicht weit entfernt nagte ein Hund an einem Kuhkadaver. Auf die Minengefahr angesprochen, reagierten die Erwachsenen nur mit besorgtem Gesichtsausdruck und ratlosem Achselzucken.

„Für uns war klar: Die Schule muss schnell wieder aufgebaut werden“, berichtete Astrid Jansen, die mitgereiste Projektkoordinatorin für den Kosovo beim ASB-Bundesverband. „Mehr als 60 Prozent der etwa 4000 Einwohner Korisas sind Kinder und Jugendliche“, stellte Astrid Jansen fest, „sie brauchen eine Zukunft. Deshalb ist der Wiederaufbau der Schule in Korisa für uns ein wichtiges Projekt. Wir sehen es außerdem als Fortsetzung unserer Arbeit für Kindern und Jugendliche in den Flüchtlingscamps.“

Am 12. Juli hat eine Delegation der SPD-Fraktion unter der Leitung der Parlamentarischen Geschäftsführerin Susanne Kastner dem ASB in Korisa einen Scheck über 125.000 Mark übergeben. Ende Juli begannen dann die Arbeiten an der Schule von Korisa. Mitte August waren die fünf Klassenräume des Erdgeschosses bis auf den Außenputz schon fertig.



Ein Zelt im Garten neben den Ruinen ihres Hauses ist jetzt das Zuhause vieler Menschen im Kosovo.



Zeigen überall im Kosovo Präsenz: die Kfor-Truppen. (Fotos: Wolfgang Gressmann)

Shejide Latifaj, 36, Mutter von sieben Kindern im Alter von drei bis 16 Jahren, diskutiert mit ihrer Nachbarin. „Es ist gut, dass die Schule schnell wieder aufgebaut wird. Unsere Kinder haben durch den Krieg ohnehin viel Zeit zum Lernen verloren.“ Die Nachbarin nickt zustimmend und ergänzt: „Und die Mütter können sich auch nicht den ganzen Tag um sie kümmern, das Leben ist sowieso schon schwer genug.“

Shejide Latifaj und ihre Familie haben viel durchgemacht in den letzten Monaten. Vertrieben aus Korisa floh sie mit ihren Kindern nach Mazedonien. Ihr Mann ging zur UCK. Die Familie kam bei Albanern in Mazedonien in der Nähe von Skopje unter. Hier konnten sie überleben, weil die Gastgeber zusammenrückten und das wenige, was sie hatten, mit

ihnen teilten. Außerdem hat der ASB die Flüchtlingsfamilien mit Lebensmittellieferungen, Hygieneartikeln und anderen Dingen des täglichen Bedarfs unterstützt.

## Hoffnung auf eine bewohnbare Heimat

Nun hoffen sie alle, dass es wieder aufwärts geht. Bei dem Ausmaß der Zerstörung, das allein im dem von deutschen Kfor-Truppen verwalteten Sektor zu konstatieren ist, steht fest, dass der Wiederaufbau im Kosovo nur mit der Bündelung aller Kräfte in Europa gelingen kann. Die Menschen im Kosovo glauben jedenfalls fest daran, dass ihnen nach den langen Monaten des Krieges geholfen wird, ihr Land wieder bewohnbar zu machen.

*Dorothee Mennicken*



## Bilanz 1998: 377 Menschen gerettet

Über zwei Millionen Wachstunden geleistet - Rückgang der Schwimmausbildung

Wie der DLRG-Geschäftsbericht 1998 ausweist, machten die ehrenamtlichen Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer auch 1998 wieder die Wasserfreizeit an Deutschlands Küsten, Seen, Flüssen und in Badeanstalten sicherer. 40.000 überwiegend junge Männer und Frauen sorgten an 5.160 Badestellen, an Freigewässern und in Schwimmbädern für die Sicherheit vieler Millionen Badegäste und Wassersportler. Sie absolvierten im Sommer- und Winterrettungsdienst 2.015.481 Wachstunden auf freiwilliger Basis, ehrenamtlich und ohne Bezahlung. Infolge des verregneten Sommers 1998 ging die Anzahl der Wachstunden gegenüber 1997 um 9,5 % zurück.

Das schlechte Wetter spiegelt sich auch in anderen Zahlen der Einsatzstatistik wieder. Zwar konnten DLRG-Mitglieder 377 Menschen vor dem Ertrinken bewahren, doch ging die Zahl um 122 oder 16 % gegenüber dem Vorjahr zurück. In 60 Einsätzen, also bei jeder sechsten Rettungsaktion, mussten die Einsatzkräfte ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen, um andere Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren.

Auch die Zahl der Hilfeleistungen für Wassersportler ging um 17 % auf 6.759 zurück. Die Wachgänger im Rettungsdienst leisteten in der Saison 1998 34.858 mal erste Hilfe für Personen, die sich beim Baden, Segeln oder Surfen verletzt hatten oder wegen Herz- und Kreislaufbeschwerden erstversorgt werden mußten. Das ist ein erfreulicher Rückgang um 31 % gegenüber dem Vorjahr.

### Problemgruppe Kleinkinder

Nachdem die DLRG im Jahr 1996 mit 509 Ertrinkungsfällen die niedrigste Zahl seit der Wiedervereinigung Deutschlands verzeichnete, stieg die Quote 1997 wieder deutlich an:

602 Todesfälle im Jahr 1997 registrierte das Statistische Bundesamt

Wiesbaden, das sind 93 oder 18 % Ertrinkungstote mehr als 1996. Die Zahlen für 1998 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Bei näherer Betrachtung der Statistik kristallisieren sich zwei Problemfelder heraus:

- Erstens: Mit 117 Ertrinkungstoten ist die Altersgruppe der Kinder bis zu zehn Jahren besonders gefährdet. Jedes fünfte Opfer gehört zur Gruppe der Vorschulkinder und Grundschüler. Allein 66 Todesfälle weist die Wiesbadener Statistik bei Kindern bis zu fünf Jahren aus. Vor diesem Hintergrund plant die DLRG eine bundesweite Aufklärungskampagne, die gemeinsam mit Kindergärten, Schulen und Elternverbänden durchgeführt werden soll. Nur durch frühzeitige Prophylaxe und Ausbildung in einer konzertierten Aktion aller Beteiligten läßt sich die hohe Ertrinkungsquote mittelfristig senken.

- Das zweite Problemfeld ist die hohe Ertrinkungsquote in Ostdeutschland. 1997 ertranken allein 168 Menschen in den neuen Bundesländern, das sind fast 30 % aller Opfer. Die Ursachen sind bekannt. Insbesondere das unzureichend entwickelte Wasserrettungsdienstsystem ist bei stetig steigender Nutzung der Wasserflächen für Freizeit und Sport als höchst bedauerlich zu bewerten.

Die DLRG fordert deshalb Länder, Kreise und Kommunen auf, schnellstens die lange überfälligen gesetzlichen und infrastrukturellen Sicherheitsmaßnahmen einzuleiten und den realen Gegebenheiten anzupassen. Die Wasserfreizeit und der Wassersport haben in den vergangenen Jahren einen gewaltigen Aufschwung erlebt, dagegen haben sich die öffentlichen Strukturmaßnahmen nach dem Zusammenbruch des Rettungsdienstsystems 1990 nicht ausreichend weiterentwickelt. Die Sicherungssysteme sind neben der katastrophalen Bädersituation die zweite Ursache für die hohe Ertrinkungsquote im Osten Deutschlands.

### Die DLRG wächst weiter

Die DLRG ist weiter auf Wachstumskurs. Entgegen den Erwartungen und allgemeinen Prognosen verzeichnete man am 31.12.1998 einen neuen Mitgliederrekord: Die DLRG wuchs um über 4.000 Mitglieder auf 555.979 Personen und damit deutlich stärker als erwartet.

Von den Mitgliedern sind 56 % männlich und 44 % weiblich - im Vergleich mit anderen Organisationen ein durchaus positives Verhältnis. Die Verteilung nach Altersklassen bestätigt dem Verband ein jugendliches Profil: 40 % der Mitglieder sind Kinder bis 14 Jahre und knapp 22 % sind Jugendliche zwischen 15 und 26 Jahren, 38 % der Mitglieder sind Erwachsene. Insgesamt bestätigt die Statistik das Bild der DLRG als stark familienorientierten Verband, in dem alle Altersgruppen eine Heimat finden.

### Ausbildungszahlen weiter rückläufig

Der Abwärtstrend in der Schwimm- und Rettungsschwimmausbildung setzt sich ungebremst fort. Die Anzahl der Schwimmprüfungen sank deutlich um 10 % auf 209.663. Bei den Prüfungen für die Rettungsschwimmabzeichen verzeichneten die Ausbilder der DLRG ein Minus von 7,6 %. Insgesamt erwarben 50.199 Personen ein Rettungsschwimmabzeichen in Bronze, Silber oder Gold oder wiederholten eine Prüfung (6.716). Mit 259.862 abgelegten Prüfungen im Schwimmen und Rettungsschwimmen ist die DLRG nach den Schulen zwar mit Abstand der größte private Anbieter von Schwimmausbildungen in Deutschland, aber der anhaltende Rückgang bereitet dem Verband erhebliche Sorge.

Insbesondere die Höhe der Einbußen bei den Ausbildungszahlen im zweistelligen Bereich macht deutlich, daß sich die Rahmenbe-

# Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

dingungen verschlechtert haben, und sich mittlerweile direkte negative Auswirkungen auf die Ausbildungsarbeit zeigen.

Der Mangel an Badkapazitäten, Bäderschließungen und die Umwandlung von Sportbädern in

Spaßbäder ohne Ausbildungseignung haben erheblichen Einfluß auf die Schwimmbildung. Nicht selten müssen sich 20 bis 30 Kinder mit einer Schwimmbahn begnügen, um das Schwimmen zu erlernen oder ihre Fähigkeiten zu verbessern. Wartezeiten, insbesondere in der Ausbildung von Schwimmanfängern, von ein bis zwei Jahren sind in zahlreichen Ortsgruppen die Folge. Ein Zustand, der für viele Eltern nicht mehr akzeptabel ist. Ein Ende dieser Entwicklung ist aus Sicht der DLRG nicht erkennbar, so dass in der Perspektive der Stau vor den Schwimmhallen immer länger wird. Setzt sich diese Entwicklung ungebremst fort, wird Deutschland seine führende Rolle in der Welt verlieren. Mit der Folge, daß wir in der Zukunft wieder mit noch höheren Ertrinkungszahlen rechnen müssen.

Positiv entwickelte sich die Erste-Hilfe-Ausbildung. Die Zahl der Ausbildungsteilnehmer erhöhte sich wie schon 1997 auch im vergangenen Jahr wieder beträchtlich.

## Der Sport steht hoch im Kurs

Die Breitensportangebote der DLRG erfreuen sich großer Beliebtheit. Mehr als 400.000 Menschen nutzten 1998 die Gelegenheit, um sich bei den zahlreichen wasserbezogenen Freizeitangeboten der 2.000 Gliederungen fitzuhalten. Zwar ging die Beteiligung gegenüber 1997 geringfügig zurück, aber offenbar trefen Badeparties, Schwimm mit - bleib fit, 24-Stunden-Schwimmen, Wassergymnastikkurse, Mutter- und Kind-Angebote und das Seniorenschwimmen den Geschmack des Publikums.

Das Rettungsschwimmen als Leistungssport steht nach wie vor hoch im Kurs. 30.000 junge Menschen betreiben mittlerweile diesen Trendsport unter Leistungsaspekten. So manche olympische Sportart würde sich über einen derartigen Zulauf glücklich schätzen. Die Deutschen Meisterschaften erreichen mit einem Teilnehmerfeld von 1.500 Startern internationale Dimensionen. Die Nationalkader der DLRG zählen weltweit zur Spitzengruppe der Rettungsschwimmer. Die A-Kader-Athleten gewannen im November 1998 zum vierten Mal in Folge den Inter-

nationalen Deutschlandpokal. Männer- und Frauenteam siegten in der Gesamtwertung mit großem Vorsprung vor Italien. Insgesamt beteiligten sich 15 Nationen.

## Große ehrenamtliche Leistung

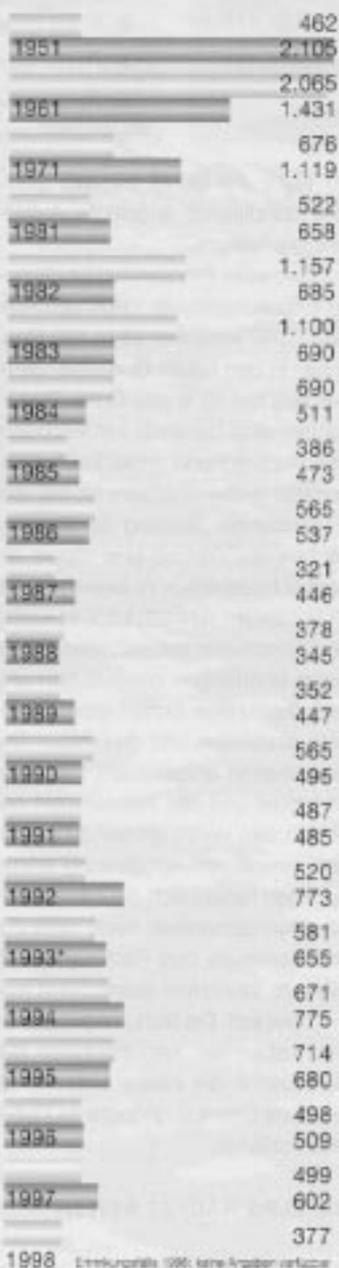
70.000 ehrenamtliche Mitglieder der DLRG erbrachten im vergangenen Jahr 5,3 Millionen freiwillige, unbezahlte Stunden für die Menschen in Deutschland. 40.000 Mitglieder sorgten für mehr Sicherheit an Gewässern und in Bädern. Viele hundert Spezialisten im Katastrophenschutz, Bootsführer, Taucher, Rettungstaucher, Sanitäter und Notärzte, halfen im Herbst vergangenen Jahres, daß den Menschen in den zahlreichen Überschwemmungsgebieten schnell und kompetent geholfen werden konnte.

Knapp 19.000 Ausbilder erbrachten 1.656.671 Stunden (31,5 %) in der Schwimm- und Rettungsschwimmbildung und den zahlreichen Weiterbildungs- und Lehrgangsangeboten. Die Ausbildungsarbeit ist neben dem Wasserrettungsdienst die zweite Hauptaufgabe, der sich die DLRG seit ihrer Gründung im Jahr 1913 verschrieben hat.

11.563 Mitarbeiter leisteten 1998 1.161.726 freiwillige Stunden in der Vereinsverwaltung. Das sind 22,1 % des gesamten ehrenamtlich geleisteten Arbeitsvolumens, um z. B. die Vorgaben von Politik, Steuer- und Finanzgesetzgebung zu erfüllen. Damit entfällt fast jede vierte Stunde auf die ordnungsgemäße Führung und Verwaltung des Verbandes. Diese Entwicklung behindert die eigentlichen Aufgaben und die Arbeit erheblich und führt die gesamte Struktur an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.

Die Hauptaufgabe der DLRG besteht darin, Menschenleben zu retten und Menschen zu Schwimmern und Rettern auszubilden, nicht darin, immer kompliziertere Gesetzesvorgaben zu erfüllen. Deshalb fordert die DLRG, die freiwillige Arbeit zu entlasten und ehrenamtliche Tätigkeit als unverzichtbare Grundlage unseres Gemeinwesens wieder attraktiv zu machen.

## Lebensrettungen durch die DLRG - Ertrinkungsfälle 1951 bis 1998





## „Notwendigkeit zu Veränderungen erkannt“

Pressegespräch zur Zukunft des Deutschen Feuerwehrverbands

Die zukünftigen Aufgaben und Ziele des Deutschen Feuerwehrverbands bildeten einen Schwerpunkt des Pressegesprächs, zu dem der DFV Vertreter der Feuerwehrfachpresse nach Bonn eingeladen hatte.

Präsident Gerald Schäuble betonte in seiner Begrüßungsrede die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Informationsaustausches zwischen DFV und Fachpresse.

DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann erläuterte die Überlegungen des Feuerwehrverbandes im Hinblick auf künftige Ziele und Aufgaben. „Anstehende Fragen im Bereich des Feuerwehrwesens lassen sich leichter beantworten, wenn ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch stattfindet und eine Interessenvertretung vorhanden ist. Die Wahrung von Traditionen muss heute mit einem zeitgemäßen Management eines modernen Feuerwehrverbands verbunden werden. Denn die Feuerwehren in Deutschland stehen vielfältigen Veränderungen gegenüber: einem veränderten Aufgabenspektrum im Einsatzdienst und wirtschaftlichen Problemen mit ihren finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Auch hat die Wahrung der sozialen Absicherung der Einsatzkräfte und deren Familien eine besondere Bedeutung.“ Diese Entwicklungen hätten natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeit des Deutschen Feuerwehrverbands.

16 Landesfeuerwehrverbände und die Bundesgruppen der Werkfeuerwehren und Berufsfeuerwehren sowie die Deutsche Jugendfeuerwehr bilden den Deutschen Feuerwehrverband. Der DFV vertritt somit die Interessen von 1,3 Millionen Mitgliedern. Die Organisationsstruktur des Verbandes hat sich seit Gründung weitgehend in seinem Aufbau mit unterschiedlichen Gremien -

Mitgliederversammlung, Präsidium, Verbandsausschuss und Vorstand - erhalten. Diese bedienen sich verschiedener Fachausschüsse zur Facharbeit.

Der DFV-Vizepräsident: „Der DFV hat die Notwendigkeit zu Veränderungen erkannt und begonnen, erste Schritte zu gehen.“ Die Kernaussagen zur Zukunft des Verbandes lauten:

Der Deutsche Feuerwehrverband

- wird zum Spitzenverband des gesamten deutschen Feuerwehrwesens ausgebaut,
- vertritt die Interessen des deutschen Feuerwehrwesens auf Bundes- und internationaler Ebene,
- ist das Kompetenzzentrum des deutschen Feuerwehrwesens,

- ist die PR- und Informationszentrale des deutschen Feuerwehrwesens,

- kontrolliert die Management-Aktivitäten seiner Mitglieder und organisiert zentrale Veranstaltungen,

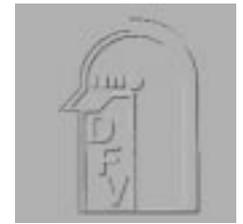
- strebt alternative Finanzierungsmodelle, wie Sponsoring oder Einnahmen aus Fortbildungsveranstaltungen, an.

Voraussetzungen für diese Ziele seien die Schaffung von Verwaltungsfreiräumen, um Finanzverhandlungen professionell angehen zu können sowie eine Image-Ermittlung und Wertbeschreibung des DFV für potentielle Partner. Der Deutsche Feuerwehrverband müsse sich als Spitzenverband positionieren und als Dienstleister für seine Mitglieder auftreten.

### Kennzeichnung von Führungskräften

Spätestens bei Großschadenslagen ist eine durchgängige und einheitliche Kennzeichnung von Führungsstrukturen/Führungskräften wesentlicher Bestandteil für den Einsatzserfolg. Der Deutsche Feuerwehrverband hat durch eine bundesweite Abfrage in den Bundesländern nochmals festgestellt, dass die Regelungen unterschiedlich sind; eine Helm Kennzeichnung hat sich als wenig praktikabel erwiesen. Auf der Grundlage einer Empfehlung des DFV-Fachausschusses „Einsatz, Löschmittel, Umweltschutz“ hat der Vorstand einen bundesweiten Handlungs- und Regelungsbedarf erkannt und unterstützt die folgende einheitliche Kennzeichnung. Die Kennzeichnung kann z. B. durch leicht und schnell wechselbare Koller auf die Einsatzjacke aufgebracht werden.

<i>Kennzeichnung</i>	<i>Funktion</i>
<b>GELB</b>	<b>Leiter der Feuerwehr</b>
<b>WEISS</b>	<b>Abschnitts- oder Technischer Leiter</b>
<b>ROT</b>	<b>jeweiliger Zugführer</b>



## Aktuelle DFV-Information

INFODIENST heißt das neue Mitteilungsblatt des Deutschen Feuerwehrverbandes. Mit dem vierseitigen Medium, das viermal jährlich erscheinen soll, möchte der Verband seine Arbeit transparenter gestalten und so die Grundlage für einen fachlichen und verbandlichen Dialog auf allen Ebenen schaffen. Der Infodienst wird kostenlos an die Vorsitzenden der Feuerwehrverbände, die feuerwehrtechnischen Aufsichtsbeamten und die Leiter der Berufsfeuerwehren verschickt.

Die erste Ausgabe berichtet u.a. über den Stand der Vorbereitungen zum 27. Deutschen Feuerwehrtag 2000 in Augsburg und zum Jubiläum 25 Jahre DFV-Versandhaus sowie die Feuerwehr-Aktionswoche 1999.

## Feuerwehrtag 2000 rückt näher

„Feuerwehr - ohne uns wird's brenzlich“ lautet das Motto des 27. Deutschen Feuerwehrtages 2000 in Augsburg. Vom 20. bis 25. Juni wird die Stadt am Lech zum Zentrum aller Freunde der Feuerwehr. Parallel

zu diesem Großfest, das der Deutsche Feuerwehrverband alle zehn Jahre veranstaltet, findet auf dem Augsburger Messegelände die internationale Messe für Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungs-

dienst „Interschutz“ statt. DFV und die Messe AG erwarten an den fünf Tagen im Juni über 200.000 Besucher.

Der DFV wird sich im ideellen Teil der „Interschutz“ in einem Gemeinschaftsstand mit allen seinen Mitgliedern präsentieren. Die 3360 m<sup>2</sup> große Messehalle wird hierfür in Themeninseln aufgeteilt. Schwerpunkte sind u. a. Technische Hilfe, Vorbeugender Brandschutz, Rettungsdienst, Brandschutzerziehung, Jugend in der Feuerwehr und Ehrenamt.

Zeitgleich zum Feuerwehrtag feiert das CTIF (Internationales Komitee für vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz) sein 100jähriges Bestehen. Auf dem Programm des CTIF, in dem weltweit mehr als 80 Staaten mit ihren Feuerwehren vertreten sind, stehen neben einem Jubiläumsfestakt auch ein Fachsymposium mit 300 Teilnehmern.

Die Vorbereitungen für den Deutschen Feuerwehrtag laufen auf Hochtouren. Radweltmeisterschaften der Feuerwehren, Wettkämpfe und Bundeswertungsspielen, Fach- und Organtagungen, Wettbewerbe der Jugendfeuerwehr, Festumzug und Stadtfest - in Augsburg kommt jeder auf seine Kosten.

Und der Eintritt für das Feuerwehr-Großereignis 2000 ist erschwinglich: 7 Mark kostet das Tagungsabzeichen, dafür dürfen zusätzlich die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benutzt werden. Karten für die „Interschutz“ gibt es für 18 Mark (Tageskarte) bzw. 35 Mark (Dauerkarte).

Für die Teilnahme am 27. Deutschen Feuerwehrtag ist eine Anmeldung erforderlich. Die entsprechenden Vordrucke können beim Organisationsbüro in Augsburg angefordert werden. Anmeldeschluss ist der 31. März 2000.

### Bundespräsident Rau übernimmt Schirmherrschaft

Der Deutsche Feuerwehrverband darf sich auf einen weiteren prominenten Gast beim Deutschen Feuerwehrtag freuen. Bundespräsident Jo-



hannes Rau teilte in einem Schreiben an den DFV mit, dass er gerne bereit sei, die Schirmherrschaft über das Feuerwehrfest zu übernehmen. Bereits Anfang des Jahres hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Brief an DFV-Präsident Gerald Schäuble seine Teilnahme für Augsburg angekündigt.

## Faltblatt zum Feuerwehrtag erschienen

Zwar sind es noch gut zehn Monate, bis der Feuerwehrtag 2000 eröffnet wird, doch die Vorbereitungen zu diesem Großereignis laufen bereits auf Hochtouren. Der Deutsche Feuerwehrverband hat jetzt ein Faltblatt mit allen wichtigen Informationen zum Stand der Vorbereitungen herausgegeben. „Themen, Tipps und Termine“ informiert über die Fach- und Publikumsveranstaltungen, Wettkämpfe und Bundeswertungsspielen, das touristische Rahmenprogramm und gibt nützliche Hinweise zu Preisen, Unterkünften und Ansprechpartnern. Das Faltblatt kann kostenlos in der DFV-Bundesgeschäftsstelle, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn, Tel. (0228) 95 29 00, angefordert werden.



Informationen können beim Organisationsbüro angefordert werden. Hier gibt es darüber hinaus Auskünfte zu allen Fragen rund um den Feuerwehrtag.

**27. Deutscher Feuerwehrtag  
Organisationsbüro  
Berliner Allee 30  
86153 Augsburg  
Telefon: (08 21) 324 - 37 86 / 88  
Telefax: (08 21) 324 - 37 89  
E-Mail: [BFAugsburg@aol.com](mailto:BFAugsburg@aol.com)  
Internet:  
<http://www.feuerwehraugsburg.de>**

Ansprechpartner für Reservierungen in Hotels, Pensionen und Gasthöfen:

**Regio Augsburg Tourismus GmbH  
Bahnhofstraße 7  
86150 Augsburg  
Telefon: (08 21) 50 20 70  
Telefax: (08 21) 50 20 745  
E-Mail: [tourismus@augzburg.btl.de](mailto:tourismus@augzburg.btl.de)  
Internet: <http://www.btl.de>**

Informationen zur „Interschutz“ gibt es beim Veranstalter:

**Deutsche Messe AG  
Abt. 212, Messegelände  
30521 Hannover  
E-Mail: [interschutz@messe.de](mailto:interschutz@messe.de)  
Internet:  
<http://www.interschutz.de>**

## DRK: Ehrenamt stärken!

### Initiativen zur Förderung des freiwilligen Engagements

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) begrüßt die verschiedenen Initiativen zur Förderung des Ehrenamtes. Es setzt sich für die Erhöhung des Steuerfreibetrages für ehrenamtlich Tätige sowie für eine Verbesserung der Vereinsbesteuerung ein.

In einem Schreiben an die Beauftragten für Ehrenamt der Fraktionen im Deutschen Bundestag verweist DRK-Generalsekretär Johann Wilhelm Römer auf die Bedeutung des freiwilligen Engagements. „Unsere 300.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter in mehr als 5.000 Ortsvereinen sind eine große Stütze des sozialen Klimas in unserem Land und eine unübersehbare Kraft für die humanitäre Hilfe bei internationalen Katastrophen und Konflikten.“

Das DRK unterstützt einen Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg, in dem vorgeschlagen wird, den Steuerfreibetrag für ehrenamtlich Tätige von derzeit 2.400 DM auf 4.800 DM zu erhöhen. Eine neue Form des Anreizes für die Förderung von Jugendlichen ist auch die von Baden-Württemberg vorgeschlagene Änderung der Vereinsbesteuerung. Erstmals soll die Anhebung der Steuerfreigrenze und die Möglichkeit des Ansatzes zusätzlicher Betriebsausgaben unmittelbar von der Anzahl der jugendlichen ehrenamtlichen Mitglieder abhängig gemacht werden.

Dies „wäre ein deutliches Zeichen an die vielen ehrenamtlich Tätigen, die ihre Freizeit, Kraft und ihr Kön-

nen in den Dienst unserer Gesellschaft stellen und ohne deren Engagement humanitäre Hilfsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz nicht existieren würden“, schreibt Römer.

Auch die Vorstellungen von Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, Hilfsorganisationen beim Einsatz von Ehrenamtlichen in Form der Übernahme von Unfallschutz, Versicherungen und Reisegelder stärker finanziell zu unterstützen, begrüßt das DRK.

## Zivildienst am Ende?

Das DRK fordert, geplante Veränderungen im Zivildienst nicht ausschließlich unter finanziellen Gesichtspunkten vorzunehmen. In diesem sensiblen Bereich müssen das Gebot der Menschlichkeit und der tatsächlichen Hilfebedürftigkeit berücksichtigt werden. Durch die Verringerung der Dienstzeit auf elf Monate wird es zu Engpässen und Ausfallzeiten kommen. Darüber hinaus entstehen den Beschäftigungsstellen höhere Kosten, die die Allgemeinheit zu zahlen hat.

Sollten die aus dem Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bekannt gewordenen Informationen über Kürzungen im Etat des Zivildienstes von 662 Mio. Mark und der Verringerung der Dienstzeiten von Zivildienstleistenden von 13 auf elf Monate umgesetzt werden, kann das DRK viele Dienste nicht mehr im jetzigen Umfang wahrnehmen.

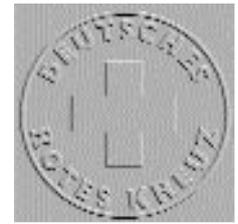
Das DRK beschäftigt zur Zeit 14.200 Zivildienstleistende in 2.200 Einrichtungen der Alten-, Behinderten- und Krankenhilfe sowie des Rettungsdienstes und der Verwaltung. Eine Kürzung von 20 Prozent

## Ein historisches Datum für die Menschlichkeit

Am 12. August 1999 feierte die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung das 50jährige Bestehen der Genfer Konventionen, auch als Genfer Rotkreuzabkommen bezeichnet. Das Credo des Roten Kreuzes, dass selbst im Krieg gewisse Vorschriften der Menschlichkeit beachtet werden müssen, hat angesichts zahlreicher bewaffneter Konflikte in vielen Teilen der Welt besondere Aktualität. Den Schutz der wehrlosen Zivilbevölkerung, der verletzten Soldaten und der Kriegsgefangenen zu verbessern, war und ist Ziel des Roten Kreuzes.

Kein anderer Vertrag bzw. kein anderes rechtliches Dokument wurde von so vielen Staaten unterzeichnet wie die Genfer Konventionen (Abkommen von 1949 und die beiden Zusatzprotokolle von 1977). Sie sind bestrebt, die Leiden der Opfer bewaffneter Konflikte zu lindern, ganz gleich ob es sich um Verwundete, Kranke, Schiffbrüchige, Kriegsgefangene oder Zivilisten handelt. 188 Staaten haben die Genfer Konventionen bisher unterzeichnet.

Gerade, weil die Genfer Rotkreuzabkommen in jüngster Zeit durch die Konflikte im Kosovo traurige Aktualität erhalten haben, bleibt der 12. August 1949 ein historisches Datum für die Menschlichkeit. Daran 50 Jahre später zu erinnern, haben sich bundesweit zahlreiche DRK-Landes- und Kreisverbände vorgenommen. Das DRK weist damit darauf hin, dass die Genfer Konventionen auch 50 Jahre nach der Verabschiedung an Aktualität nichts verloren haben.





bedeutet einen Rückgang von rund 3.000 Zivildienstleistenden. Durch die Verkürzung der Dienstzeit auf nunmehr noch elf Monate wird es zu Engpässen und Ausfallzeiten kommen, die nicht zu überbrücken sind, da der Großteil der Zivildienstleistenden seinen Dienst nach Schulabschluss im Sommer antritt und eine Überlappung zum Nachfolger wegen der Dienstzeitverkürzung nicht mehr möglich sein wird.

Unter Berücksichtigung dieser Veränderungen lässt sich vorhersagen, dass es insbesondere im Rettungsdienst mit derzeit 4.300 Zivildienstleistenden sowie in den Bereichen der mobilen sozialen Hilfsdienste und der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung (1.500 Zivildienstleistende) sowie in weiten Teilen des Pflegeeinsatzes (6.400 Zivildienstleistende) zu Einbrüchen kommt, die eine kontinuierliche und umfassende Ansprache, Betreuung und Begleitung von Alten, Kranken und sonstigen Hilfebedürftigen unmöglich machen. In der Folge bahnt sich für viele bislang Betreute eine stille menschliche Katastrophe an, die zu stärkerer Isolation und Vereinsamung bis hin zur Überweisung in kostenintensive Pflegeeinrichtungen, beispielsweise für Behinderte im Rahmen der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung, führen wird.

Im Rettungsdienst drohen zusätzlich verstärkt Qualitätseinbußen und in der Folge Leistungseinschränkungen, da sich die aufwendige vom Gesetzgeber geforderte Qualifizierung aus zeitlichen und finanziellen Gründen nicht mehr rechnet. In Rheinland-Pfalz müssten beispielsweise 80 zusätzliche Stellen im Rettungsdienst geschaffen werden.

Das Rote Kreuz hofft, dass die Bundesregierung bei Änderungen im Zivildienst die Menschlichkeit in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellt.

## Kinder als Opfer

Als einen Schritt in die richtige Richtung wertet das Jugendrotkreuz (JRK), der Kinder- und Jugendver-

band des Deutschen Roten Kreuzes, die Resolution 1261 der Vereinten Nationen zum Schutz von Kindern. Darin verurteilt der UN-Sicherheitsrat den Einsatz von Kindern als Soldaten, ihre Ermordung, Verstümmelung oder Vergewaltigung in bewaffneten Konflikten.

Insbesondere die Forderung des Kinder-Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen, Olara Otunnu, nach einem Verbot der Teilnahme von Kindern in bewaffneten Konflikten und der Heraufsetzung des Mindestalters von 15 auf 18 Jahre für die Rekrutierung von Soldaten, ist nach Auffassung des Jugendrotkreuzes nachdrücklich zu unterstützen.

Die Rotkreuzbewegung beschäftigt sich seit langem mit dem Problemfeld Kindersoldaten, bzw. der generellen Situation von Kindern im Krieg. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Internationale Föderation setzen sich

bei den Vereinten Nationen für ein Verbot der direkten oder indirekten Teilnahme von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren an bewaffneten Konflikten ein. Mindestalter für die Rekrutierung soll 18 Jahre sein, unabhängig davon, ob die Rekrutierung freiwillig oder verpflichtend erfolgt.

Das Jugendrotkreuz unterstützt diese Forderung mit seiner Kampagne „Kindersoldaten: Youth must act“ aktiv. Das JRK fordert die Bundesregierung auf, sich für ein international verbindliches Rekrutierungsverbot im Rahmen eines Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention einzusetzen. Als konkrete Hilfsmaßnahmen sammeln Jugendrotkreuzmitglieder Spenden für ein Betreuungszentrum für betroffene Kinder und Jugendliche in Ruanda.

Weitere Informationen zur JRK-Kampagne sind im Internet unter [www.rotkreuz.de](http://www.rotkreuz.de) zu finden.

## Ein Notfall



kommt  
immer  
unpassend ...

...deshalb "fit sein"  
in Erste Hilfe



Das Rote Kreuz dankt für den kostenlosen Abdruck

# Durch Menschlichkeit zum Frieden

Feierstunde zur Annahme der Genfer Konventionen vor 50 Jahren



Unter dem Motto „Durch Menschlichkeit zum Frieden“ beging die Johanniter-Unfall-Hilfe nach 50 Jahren in Potsdam das Jubiläum der Annahme der Genfer Konventionen vom 12. August 1949. Mit einer Feierstunde unter Teilnahme des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, in der Landeszentrale für politische Bildung in Potsdam erinnerten Vertreter der Bundesleitung und des Bundesvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe an die Annahme der vier Genfer Abkommen vor 50 Jahren.

Rechtzeitig zum Jubiläum veröffentlichte Dr. Andreas von Block-Schlesier, Mitglied des Bundesvorstandes der JUH, ein Fachbuch, das sich mit der Akzeptanz des humanitären Völkerrechts am Ende des 20. Jahrhunderts auseinandersetzt. Die Schrift ist die Dissertation des Völkerrechtlers, dem das Humanitäre Völkerrecht in seiner Berufslaufbahn stets zentrales Anliegen war und der nun mit 55 Jahren nach fünf Jahren seine berufsbegleitende Promotion abschloss.

### Begrüßung durch die Vizepräsidentin der JUH

Die Vizepräsidentin der JUH, Asta-Sybille Schröder aus Weimar, begrüßte die Gäste, an ihrer Spitze den Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe. Sie verwies auf die 900-jäh-



Asta-Sybille Schröder, die Vizepräsidentin der JUH, begrüßt die Gäste.

rige Geschichte der Johanniter, aus der man an diesem Tage bewußt die letzten 50 Jahre herausgreifen wolle. Erste und vornehmliche Aufgabe des Johanniterordens war es seit seiner Gründung – und ist es noch heute – Kranken zu helfen, Not zu lindern, ohne Ansehen der Person.

### Johanniter helfen den Menschen in Jugoslawien

Die JUH als Werk des Johanniterordens engagiert sich in humanitären Hilfsprogrammen. Sie hat sich aktiv bei der Ächtung der Landminen eingebracht und hilft den Opfern durch Hilfsprojekte. Projekte, die leider erneut Aktualität erhalten haben. Die JUH hat sich im Kampf gegen das Flüchtlingselend im Kosovo von Beginn des Krieges an eingesetzt durch Aktionen zur Hilfe vor Ort wie Errichtung eines Medical Point im Lager Neprosteno, Versorgung von Flüchtlingen und der Bevölkerung in Skopje, Flüchtlingshilfe in Tetovo und Versorgung der Flüchtlinge in Montenegro.

### Grußwort des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe zog eine Linie von der Annahme der Genfer Konventionen am 12. August 1949 über die beiden Zusatzprotokolle von 1977 bis hin zum ebenfalls im Jahre 1999 gefeierten 50. Jahrestag des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Er erinnerte daran, dass die beiden Zusatzprotokolle zu den vier Genfer Abkommen von 1977 zu einer wesentlichen Verstärkung des menschenrechtlichen Schutzes der Opfer von internationalen und nicht internationalen bewaffneten Konflikten, also Bürgerkriegen, beitragen. Das große menschenrechtliche Anliegen des Schutzes der Opfer von Kriegen und der bisherige Verlauf der Entwicklung des



Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe bei seinem Grußwort.

humanitären Völkerrechts im Rahmen der Vereinten Nationen sprechen dafür, den Bereich des humanitären Völkerrechts als einen wesentlichen Bestandteil des universellen Menschenrechtsschutzes zu betrachten.

### Untrennbarer Zusammenhang: Humanitäres Völkerrecht und Grundgesetz

Beide Regelwerke, die Genfer Konventionen und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, stehen in einem untrennbaren Zusammenhang. Sie sind Reaktionen auf eine der größten Katastrophen des 20. Jahrhunderts, den 2. Weltkrieg. Beide sind Versuche, mit Mitteln des Rechts darauf hinzuwirken, dass sich eine solche humanitäre Katastrophe niemals wiederholt. Der Schutz der Würde des Menschen ist der zentrale geschützte Wert des Grundgesetzes. Im Grundgesetz bekennt sich das deutsche Volk zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Auch die Genfer Konventionen erklären den Schutz des Menschen, das heißt konkret der Verwundeten, Kranken, Schiffbrüchigen, Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung zu ihrem Hauptanliegen.



## Negative Bilanz im Humanitären Völkerrecht

Stolpe fuhr fort mit einer negativen Bilanz seit 50 Jahren. Unsäglich sind die Leiden der Opfer von Kriegen und die Not von Vertriebenen und Flüchtlingen der Konflikte, die seit 1945 rund um den Globus gewütet haben und immer noch wüten. Der Kosovo-Konflikt hat einmal mehr gezeigt, dass allgemein anerkannte Regeln des Völkerrechts für die Erhaltung der Menschlichkeit in Kriegen und bewaffneten Konflikten unerlässlich sind.

## Lebensgefahr für zivile Helfer

Sorge bereitet ein weltweiter Trend von neuer Qualität. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, musste im Jahresbericht an die Generalversammlung feststellen, dass in den Jahren 1997/98 „erstmalig mehr Mitarbeiter des Zivilpersonals als des Militärpersonals der Vereinten Nationen getötet“ wurden. Bewaffnete Gruppen ermorden brutal Mitarbeiter von humanitären Organisationen. Sie stehlen Hilfsgüter, greifen Flüchtlingslager an oder nutzen sie als Rückzugs- und Rekrutierungsbasis. Das Dilemma, auf das der Ministerpräsident noch näher einging, scheint unlösbar, denn wie soll man Gewalt Einhalt bieten in einer Situation, die bereits von Mord, Chaos und Vertreibung beherrscht wird? Selbst internationale Institutionen wie Strafgerichte werden überfordert sein, effektiv und flächendeckend den Schutz von Opfern zu sichern.

## 50 Jahre Genfer Abkommen

Professor Dr. Armin A. Steinkamm von der Universität der Bundeswehr München würdigte in der zentralen Festrede der Veranstaltung zunächst – wie auch die Vorredner – den bereits dargestellten Anlass des Jubiläums wie auch die Vorstellung der Dissertation.

## Nach 54 Jahren erstmals wieder im Kriegszustand

Deutschland war mit dem Ablauf des 8. Mai 1945 letztmals im Kriegs-



Dr. Andreas von Block-Schlesinger (Mitte) bei der Begrüßung von Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe und Professor Dr. Armin A. Steinkamm (rechts).

zustand. Damit endete auch die eigene Betroffenheit von kriegsvölkerrechtlichen Verträgen und von dem bis dahin geltenden einschlägigen Völkergewohnheitsrecht. Dies änderte sich am 24. März 1999 mit der Aufnahme der Luftoperation der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.

Die Fachwelt, die Medien, die Leserbriefe u. a. zeigen, dass das Thema „Kosovo-Krieg“ in verschiedenen Facetten trotz langen Vorlaufs der politischen Diskussion in mannigfacher Hinsicht thematisch unvorberichtet auf die NATO-Staaten „herabgestürzt“ ist.

Das gilt vor allem im Hinblick auf rechtliche Aspekte des Konflikts, aber partiell auch auf politische und insbesondere militärische Aspekte. Im Hinblick auf die rechtlichen Aspekte blieben offizielle regierungsamtliche Verlautbarungen aus den NATO-Staaten, insbesondere aber auch aus der deutschen Bundesregierung, fast vollends aus.

Als der bewaffnete Konflikt seinen Anfang nahm, d. h. die Luftangriffe auf Serbien begannen, diskutierten die Öffentlichkeit, die Politik und das Militär, ob wir uns „im Krieg“ befinden. Zahlreiche Journalisten, selbst hohe Offiziere, fragten nach, ob sich Deutschland tatsächlich völkerrechtlich im Krieg sehen müsse – mit allen rechtlichen Konsequenzen. Die Antwort war indessen einfach. Es war evident, dass die Luftangriffe der

NATO-Staaten auf Jugoslawien einen „bewaffneten Konflikt internationalen Charakters“ ausgelöst haben.

## Mangelhafte Rechtsinformation für deutsche Soldaten

Die deutschen Soldaten waren bis Ende des Krieges nicht offiziell über die regierungsamtliche Auffassung hinsichtlich der völkerrechtlichen und Fragen des Einsatzes der Bundeswehr informiert. Dies war umso erstaunlicher, als der NATO-Rat in Brüssel bereits im August/September 1998 über militärische Luftschläge gegen die Bundesrepublik Jugoslawien diskutiert hat – allerdings auch schon damals ohne konkrete Diskussion darüber, wie denn ein derartiges Vorgehen völkerrechtlich zu beurteilen wäre.

Anfang Juni 1999 hat Steinkamm – wie er berichtete – die offizielle Rechtsauffassung des Bundesministeriums der Verteidigung erhalten. Sie ist rechtlich überzeugend. Eine Frage ging allerdings auch dahin, warum diese offizielle Stellungnahme so spät erfolgte.

Die Antwort fiel erwartungsgemäß aus. Die zuständigen Ressorts der Regierung haben sich auf einen gemeinsamen Standpunkt nicht einigen können. Steinkamm schließt allerdings nicht aus, dass auch eine internationale Ab-

# Johanniter-Unfall-Hilfe

stimmung innerhalb der NATO im Detail keine klare Konturen gebracht hat.

So bleibt die Bevölkerung und die Truppe weitestgehend uninformiert über die rechtlichen Voraussetzungen des Einsatzes der Bundeswehr. Eine Situation, die man Soldaten wie Bürgern besser erspart hätte.

## Keine Akzeptanz in dieser Republik

Der kritische Befund ist freilich auch das Ergebnis der mangelhaften Vermittlung des Völkerrechts in unseren Bildungseinrichtungen, ja selbst an unseren Universitäten, wo Kriegsrecht, Humanitäres Völkerrecht und verwandte Rechtsgebiete weitgehend aus den Lehrplänen verschwunden sind. Um die Akzeptanz des Humanitären Völkerrechts in dieser Republik ist es schlecht bestellt.

Uns ist bei der Unzahl von Kriegen, die seit 1945 bzw. seit Inkrafttreten der vier Genfer Konventionen von 1949 geführt worden sind, der Blick für die Realitäten des Krieges und die Bemühungen, seine Vorgänge humanitär zu hegen, verloren gegangen. Das erscheint im Hinblick auf die jahrzehntelange Konfrontation mit dem Warschauer Pakt eigentlich eher unverständlich.

50 Jahre Genfer Konventionen: Das bedeutet auch für Deutschland im Hinblick auf friedenssichernde und friedensschaffende Maßnahmen ein Umdenken. Schon die Vorgänge in Bosnien-Herzegowina und nun verstärkt im Kosovo zwingen dazu, sich mit dem Humanitären Völkerrecht zu befassen. Vor allem bei unseren Soldaten ist dies notwendig, wie bereits die Bemühungen innerhalb der Bundeswehr und insbesondere im Zentrum für Innere Führung zeigen.

Es gilt aber auch, der Bevölkerung, insbesondere unserer Jugend, zu vermitteln, dass das Friedensvölkerrecht ein unangenehmes, aber unendlich notwendiges „Pendant“ hat, nämlich das „ius in bello“, sanft ausgedrückt das Humanitäre Völkerrecht, welches Steinkamm zur Klärstellung dieser freundlichen Bezeichnung mit dem Zusatz „im Kriege“ anzusprechen pflegt.

## Die Genfer Abkommen haben sich bewährt

Nur wenige völkerrechtliche Verträge sind so bekannt wie die Genfer Rotkreuz-Abkommen, wie sie auch genannt werden, zum Schutze der Kriegsoffer. Ihr Sinn ist es, der Menschlichkeit unter allen Umständen, auch in Kriegszeiten, Raum und Geltung zu schaffen.

Man fragt sich zum wiederholten Male, ob es denn überhaupt Sinn macht, sich mit den Genfer Abkommen abzugeben. Andererseits ist es aber höchst ungerecht, zu übersehen oder zu verschweigen, dass die Zahl der Fälle, in denen durch die Einhaltung der Rotkreuz-Abkommen großes Leid verhütet oder vermindert worden ist, gegenüber den Fällen der Verletzungen der Konventionen bei weitem überwiegen. Die Berichte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und zahlreicher nationaler Rotkreuz-Gesellschaften belegen diese Tatsache eindrucksvoll.

Es wird vielfach übersehen, dass die Genfer Konventionen, die sich nur mit dem Schutz der Einzelpersonen befassen, keineswegs gegen das Lebensinteresse irgendeines betroffenen Staates verstoßen. Es ist umgekehrt: Ihre Einhaltung liegt ohne Zweifel im wahren Interesse jeden Staates, der doch seinerseits dem Gemeinwohl seiner Bürger verpflichtet ist. Diese ständige Sorge um die Einhaltung der Konventionen ist der tiefere Grund dafür, dass viele gutgemeinte Vorschläge in die Neufassung der Abkommen nicht aufgenommen worden sind. Die gleiche Erkenntnis zwingt dazu, die Bestimmungen der Konventionen exakt zu fassen und nicht allzu extensiv auszulegen.

Eine kluge Begrenzung anwendbarer Normen ist besser als die uferlose Aufzählung nicht verwirklichungsfähiger Bestimmungen. In diesem Bereich ist „weniger mehr“.

## Die Wirklichkeit auf der Ebene der UN

Wie lange gibt es schon den Krieg und in welcher kurzen Zeit hat sich das Kriegsrecht entwickelt? Die wesentlichen Verträge sind das Produkt von nur 100 Jahren. Wir registrieren den

Abbau globaler Konfrontationen mit der Gefahr der Weltkriege, aber leider auch eine Zunahme kleinerer Konflikte, die eine entschlossene Staatengemeinschaft und eine funktionierende UNO bei entschiedener Durchsetzung ihrer Charta längst im Griff hätte. Die Staatengemeinschaft darf es nicht mehr zulassen, wie es jetzt im Hinblick auf den Kosovo geschehen ist, dass veto-berechtigte Staaten wie Russland und China zwar drei Resolutionen mit auf den Weg bringen, die den Völkermord und die ethnischen Säuberungen als völlig rechtswidrig verurteilen, und dann – wenn diese Resolutionen nichts fruchten – nicht die Kraft aufbringen, die Sicherung des Friedens und die Fortführung des Völkermords mit Waffengewalt zu verhindern.

Nunmehr ist ein Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda errichtet. Wer hätte im Ernst daran gedacht, dass ein Staatsoberhaupt vor ersterem angeklagt wird und die Anklageschrift von jedermann aus dem Internet entnommen werden kann? Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes, 1998 in Rom angenommen, ist eine weitere, positiv zu bewertende Wirkung der Genfer Konventionen. Das Genfer Recht hat bis ins Detail hinein die Definition der Kriegsverbrechen geprägt, für die diese Gerichte zuständig sind bzw. zuständig sein werden.

Mit Recht wird daran erinnert, dass die Genfer Konventionen nicht nur ein Maßstab für die Beurteilung von Verletzungen sind, sondern zugleich auch eine Grundlage für ein Bündel staatlicher Maßnahmen, die dem Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte dienen.

Die Anstrengungen zur Durchsetzung von Normen des Humanitären Völkerrechts müssen deutlich gesteigert werden. Diese Anstrengungen bleiben eine der größten Herausforderungen, national wie international.





## Malteser helfen im Kosovo **Bilanz und Ausblick**

**Rund eine Million Kosovo-Albaner wurden während des Krieges aus ihrer Heimat vertrieben und suchten in den angrenzenden Ländern Schutz. Ende März begannen die Malteser mit ihrem Hilfsprogramm für die Flüchtlinge.**

Sie arbeiteten dabei im Rahmen des Emergency Corps of the Order of Malta (ECOM). Die Projekte wurden vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und dem Auswärtigen Amt finanziell unterstützt.

In Montenegro führten drei lokale Mitarbeiter die Verteilprogramme für Hygieneartikel und Textilien für 10.000 Familien weiter. In Mazedonien begann der Auslandsdienst Anfang April in Zusammenarbeit mit der lokalen Caritas mit einem Lebensmittelverteilprogramm für Flüchtlinge und gastgebende Familien.

Am 12. Mai eröffneten die Malteser in Shkodra in Albanien ein Flüchtlingslager, das zunächst für 3.000 Menschen ausgelegt war. Vorausgegangen war der Aufbau der gesamten Infrastruktur. Es wurden 194 Zelte aufgestellt, von denen 75 aus Maltesergliederungen des gesamten Bundesgebiets stammten. Vier Krankenschwestern und eine Ärztin übernahmen in einem medizinischen Modul die Versorgung der Flüchtlinge.

Die Malteser waren die einzige deutsche Hilfsorganisation, die ein Flüchtlingslager selbst führte. 82 Helfer waren im Einsatz, 68 davon ehrenamtlich. Nach Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat wurde das Lager Anfang Juli geschlossen.

### **Ausblick**

Die Malteser setzen ihre Hilfe für die Menschen im Kosovo nun in der Region um Prizren fort. Zunächst sollen Schreinerwerkstätten mit Werkzeug ausgestattet werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen.

Darüber hinaus sind die Ausbildung von Handwerkern und die Förderung von Einkommen schaffenden Maßnahmen für Frauen geplant. In Vucitrn, im französischen Sektor, betreuen die französischen Malteser ein Krankenhaus.

*Katharina Engels*

## **Berliner Kosovo-Tage**

Der zündende Gedanke für die Berliner Spendenaktion zugunsten der Kosovo-Flüchtlinge entstand in einem langen Telefonat mit Christoph Lemmer, dem Chefredakteur des peppigen Berliner Radiosenders 104.6 RTL. Dann sprudelten nur so die Ideen, die in die „Berliner Kosovo-Tage“ vom 30. April bis 2. Mai 1999 mündeten.

Zwei Wochen lang rief der Musiksender Berliner Bürger, Einzelhandel und Unternehmen auf, sich am Bau des Flüchtlingsdorfes Shkodra zu beteiligen: Rund 600 Firmen und Geschäfte erklärten sich bereit, Sammelbüchsen für den guten Zweck in ihren Räumen aufzustellen oder unter Mitarbeitern zu sammeln. Von Rechtsanwaltskanzleien über Pri-

seursalons und die Berliner Stadtreinigung bis zu dem Berliner 25-Kilometer-Lauf – die Resonanz war beeindruckend. Noch beeindruckender war die logistische Abwicklung der Verteilung von über 1.000 Sammelbüchsen in und um Berlin durch die Zentrale Einsatzleitung – tagelang waren rund 30 ehrenamtliche Helfer mit dem Etikettieren, Verplomben, Ausfahren und Einsammeln der Büchsen beschäftigt.

Durch die öffentlichkeitswirksame Spendenaktion angeregt, sponserte der Matratzenfabrikant Gerd Breckle aus Gera den Berliner Maltesern eine Journalistenreise nach Shkodra, die am 12. Mai 1999 startete. Sie brachte der Malteserfamilie neue Mitglieder und Freunde sowie eine sehr positive Öffentlichkeitsarbeit.

Um die Eindrücke aus Shkodra plastisch in Berlin wiedergeben zu können, wurde zu Füßen der Gedächtniskirche spektakulär ein Flüchtlingscamp aufgebaut.

Resümee nach gut einem Monat intensivster Kosovo-Arbeit: eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Ehren- und Hauptamt, eine beachtliche Spendensumme und nicht zuletzt eine gute PR für die Malteser in Berlin.

*Charlotte Habner*

„Flüchtlingscamp“ an der Gedächtniskirche in Berlin. Im Gespräch (v. l. n. r.): Malteserpräsident Dr. Constantin von Brandenstein-Zeppelin, Geschäftsführer Henric Maes, Diözesanleiter Dr. Friedrich von Hesel nebst Medienleuten.



## Hessen hilft dem Kosovo

Es war in der Karwoche, als die Bilder von den Vertriebenen aus dem Kosovo schier unerträglich wurden: „Da muss man doch was machen!“ So entstand die Aktion „Hessen hilft dem Kosovo“, deren Eigenart es war, die Bürger zur aktiven Teilnahme an Aktionen aufzurufen.

Die Resonanz war überwältigend: Innerhalb einer Woche meldeten über 250 Teilnehmer ihre Veranstaltungen an. Die hessischen Malteser sowie Hunderte Bürger und Bürgerinnen in Schulen, Verbänden und Vereinen organisierten Aktionen – Schul- und Sportfeste, Flohmärkte, Bierfeste – und die Erträge hieraus flossen direkt der Aktion „Hessen hilft dem Kosovo“ zu. Einzelpersonen sollten nach der amerikanischen Form des „Garage Sales“ auf spontanen Flohmärkten vor ihrer Haustüre „Nicht-mehr-Gebrauchtes“ zugunsten der Kosovo-Hilfe verkaufen.

In der Regionalgeschäftsstelle in Limburg wurde das Call Center, das Anmeldungen zu Aktionen und Spenden entgegennahm, jeweils von 7 bis 24 Uhr ehrenamtlich besetzt.

Ein besonderes Verdienst um die Verbreitung dieser Idee hat der Ministerpräsident des Landes Hessen, Roland Koch. Sein Aufruf an die hessischen Bürger, vor allem aber sein persönlicher Einsatz am Aktionstag hatten einen ganz wesentlichen Anteil am Gelingen der Hilfsaktion. Auch die Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks haben für den Erfolg der Aktion großes Engagement gezeigt.

In beispiellosem, ehrenamtlichem Einsatz nahezu rund um die Uhr kämpften das Frankfurter Initiatorenteam und mit ihm viele ehren- und hauptamtliche Malteser für den Erfolg von „Hessen hilft dem Kosovo“. Der Erfolg spricht mit 1,6 Millionen Mark Einnahmen für sich.

Das Engagement der vielen Helfer in den Gliederungen des Malteser Hilfsdienstes in Hessen zeigt, was aus dem oft so unverbindlichen Satz „Da muss man doch was machen“ werden kann.

*Matthias Gerald*



Medienwirksam präsentiert der hessische Ministerpräsident Roland Koch (r.) den von den Maltesern ins Leben gerufenen Aktionstag „Hessen hilft dem Kosovo“; (l. Albrecht Prinz Croy, Stadtbeauftragter Frankfurt).

## Kosovo-Hilfe aus München

Seit Ostern waren die Malteser aus der Erzdiözese München und Freising mit Hilfsaktionen aktiv. Hier eine Zusammenfassung:

- Bereits am 7. April wird der erste von einer Hilfsorganisation betreute Flug von Skopje in Mazedonien nach Nürnberg begleitet.

- Am 13. April wird die Aktion „Familienpakete für Skopje“ beschlossen, um Familien zu unterstützen, die Flüchtlinge bei sich aufgenommen haben. In den Medien wird das Spendenkonto veröffentlicht. Die meisten Gliederungen schließen sich an.

- In den kommenden Wochen werden folgende Gelder gespendet bzw. als Zuschüsse zugesichert: Die Deutsche Post AG spendet 2.500 XL-Paketschachteln, der Bayerischen

Rundfunk sichert Spendengelder in Höhe von 250.000 Mark zu. Die Bayerische Staatsregierung genehmigt die Beschaffung von je zwei Jauchefässern und Zugmaschinen für das Malteser Lager in Shkodra. Das Bayerische Landwirtschaftsministerium bezuschusst mit 125.000 Mark den Kauf von Lebensmitteln. Eine gesonderte Spendenaktion der Traunsteiner Malteser in Zusammenarbeit mit Radio Chiemgau ergibt Spendengelder in Höhe von 200.000 Mark.

- Am 28. April startet der erste Transport mit 2.500 Lebensmittelpaketen von Gräfelfing aus, ein zweiter folgt am 6. Mai von Traunstein aus. Beide kommen wohlbehalten im Flüchtlingslager Shkodra an.

Resümee: Die Spendenbereitschaft der Bevölkerung war und ist überwältigend. Auch zeigte sich die große Einsatzbereitschaft aller ehren- und hauptamtlichen Malteser.

*Christine Kopp*



Pfarrer Josef Kreuzpointner aus Grabenstätt segnet den Konvoi der Traunsteiner Malteser, unterstützt von Andrea Guggenbichler, Verwaltungsmitarbeiterin in Traunstein.



# Das Jahr-2000-Problem

Zwischen Hysterie und Apathie

Von Thomas Mitschke, Referatsleiter THW-Leitung, Bonn

Die Schlagzeilen in der Presse zum Jahr-2000-Problem lesen sich einerseits wie die Ankündigung zu Weltuntergangsszenarien („Millennium: Krisenszenarium bei der Feuerwehr“, „Fünf vor Zwölf - Jahr-2000-Problem“, „Zeitbombe - das Jahr 2000 nimmt Gestalt an“). Andererseits ist festzustellen, dass das Problembewusstsein in der breiten Bevölkerung und auch in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens teilweise nicht einmal vorhanden ist.

So kommt die Zeitschrift „Focus“ aufgrund einer Umfrage in deutschen Großstädten zu dem Ergebnis, dass in 47 Großstädten lediglich ein zentrales Projekt für die Verwaltung, aber keine Koordination der anderen städtischen Bereiche und in

elf Städten überhaupt keine Koordination der 2000-Umstellung stattfindet, so dass sensible Bereiche der Stadt sich selbst überlassen sind. Lediglich in 21 Großstädten ist die Jahr-2000-Fähigkeit Chefsache, bei der die Koordination mit allen städtischen Bereichen beachtet wird.

Wahr ist wohl die Aussage von Günther Ennen, Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der meinte, dass das größte Problem nicht die Chips seien, sondern die Behauptungen, alles sei unter Kontrolle: „Denen liegt oft keine Analyse zugrunde. Es gibt einfach zu viele Ahnungslose.“

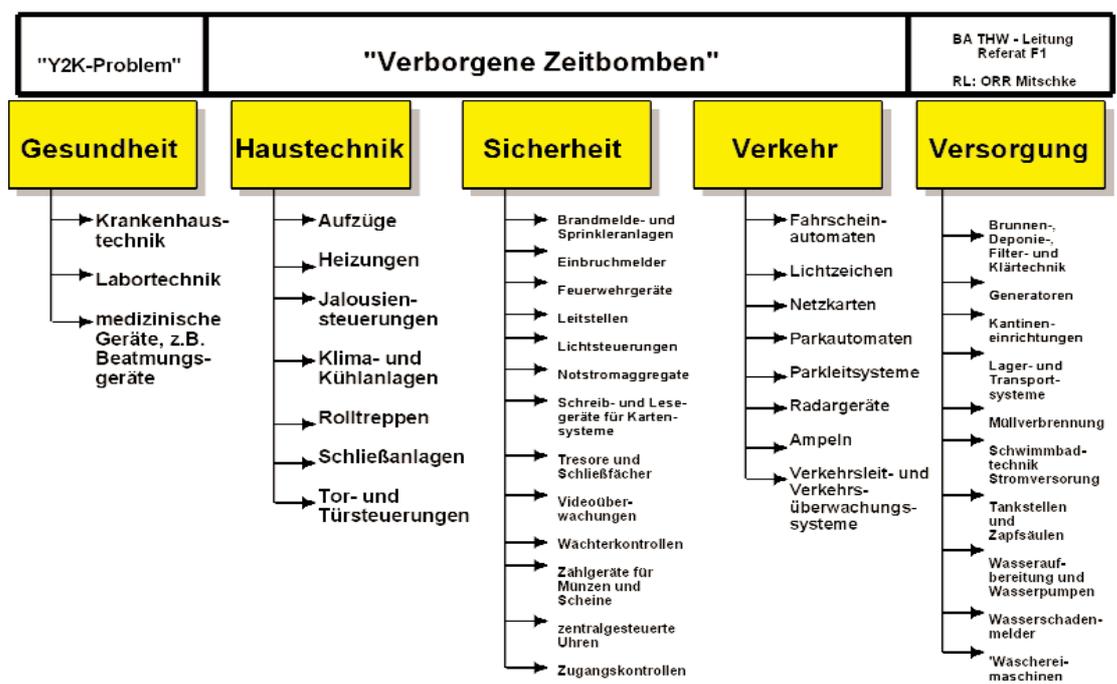
Für das THW als Einsatzorganisation stellt sich das Problem neben der Prüfung der internen Jahr-2000-

Fähigkeit als Herausforderung in der Gefahrenabwehr dar. Problematisch sind insbesondere die sogenannten „Embedded Systems“, also Mikrochips mit Datumsformat, die Elektrogeräte, Systeme und komplette Anlagen steuern. Hier weiß niemand so recht, ob diese den Datumswechsel ohne Störungen und Ausfälle überstehen.

### Was kann passieren?

Die folgende Übersicht zeigt Bereiche auf, in denen Störungen oder Ausfälle, verursacht durch „Embedded Systems“, zu erheblichen Folgen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führen können.

Unschwer ist zu erkennen, dass sich in zahlreichen Bereichen Ein-



Quelle: Focus, Nr. 13, 29. März 1999

# Technisches Hilfswerk

satzoptionen für das THW im Rahmen des Neukonzeptes ergeben. Beispiele sind:

- Infrastrukturleistungen,
- Logistikleistungen,
- Leistungen im Rahmen der Sicherstellung der Elektroversorgung,
- Leistungen im Rahmen der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und
- Unterstützungsleistungen im Bereich Führung und Kommunikation.

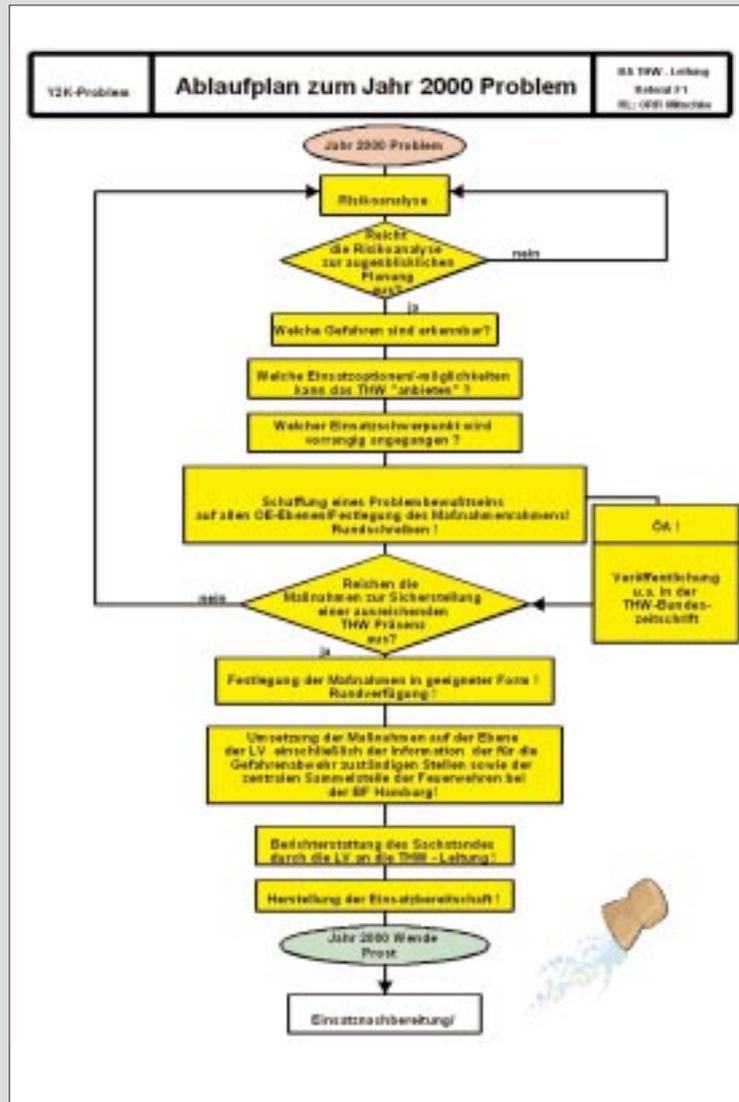
Betont werden muss, dass es sich bei dem zu erwartenden erhöhten Einsatzaufkommen insbesondere in der Silvesternacht nicht nur um die o. g. Leistungen handeln wird, sondern dass das THW auch vermehrt zu technischen Hilfeleistungen aller Art im Wege der Amtshilfe herangezogen werden kann.

## Wie ist der Stand der Einsatzvorbereitung des THW?

Bereits Anfang des Jahres wurde durch die THW-Leitung ein Ablaufplan erstellt, der in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden / Länderverbänden den „roten Faden“ für die Einsatzplanung festlegte.

Mit Rundschreiben vom 17. März 1999 wurde das THW für das Problem in der Breite sensibilisiert. Im Juni 1999 zeichneten sich die Konturen der Rundverfügung ab, die im Detail die Maßnahmen des THW darlegen. Dabei wird diese Rundverfügung der Leitung durch die Landesverbände/ Länderverbände in eigener Zuständigkeit und unter Berücksichtigung der jeweiligen Rahmenbedingungen umgesetzt.

Eines muss jedoch klar sein: Die Sicherstellung der erhöhten Einsatzbereitschaft des THW in der Silvesternacht durch u. a. die Präsenz einer vom Einsatzwert her der Situation angepassten Schnelleinsatzgruppe in der Unterkunft der Ortsverbände geschieht mit der Zielrichtung, ausschließlich im Rahmen der Gefahrenabwehr auf Anforderung der zuständigen Stellen - hier insbesondere der Leitstellen - als kalkulierbarer Partner in der Gefahrenab-

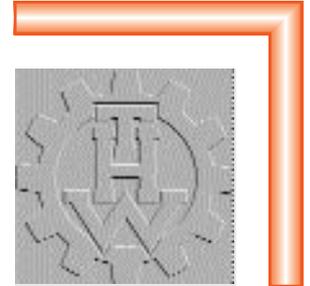


wehr zur Verfügung zu stehen. Alle Maßnahmen richten sich auf diesen Einsatzschwerpunkt aus. Diese „Botschaft“ wurde u. a. seitens der THW-Leitung in unterschiedlichsten Bereichen, so zum Beispiel der zentralen Sammelstelle für alle „2000“-Probleme der Feuerwehren bei der Berufsfeuerwehr Hamburg und dem Deutschen Städtetag „verkündet“. Das THW hat hier die große Chance, im o. g. Sinne seine Leistungsfähigkeit bundesweit unter Beweis zu stellen.

Abschließend seien den Zweiflern an dieser betriebsamen Geschäftigkeit im THW zwei Gedanken mit auf den Weg gegeben. Erstens: Ein alter Führungsgrundsatz besagt: „Je unklarer die Lage ist, umso

mehr gilt der Grundsatz: Nicht kleckern, sondern klotzen. Oder anders gesagt: Think big!“. Zweitens: Und wenn nun nichts passiert? Dann waren wir gut vorbereitet, haben aus den Vorbereitungen viele Erkenntnisse für zukünftige Schadensereignisse ziehen können und hatten in den Ortsverbänden im Kreise der Kameradinnen und Kameraden einen guten Rutsch in das neue Jahrtausend.

In diesem Sinne und schon im Voraus: Prosit Neujahr 2000!





# STELLUNGNAHMEN ZLEFGONICNVHWEI

## „Aufgabe Zivilschutz muss es weiterhin geben“

Herbstsitzung der Ständigen Konferenz  
für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz

Am 16. September fand beim Bundesverband des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) in Köln die Herbstsitzung der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (SKK) statt. Der aus Altersgründen aus seinem Amt als Oberbürgermeister der Stadt Köln scheidende Dr. Norbert Burger bleibt Vorsitzender dieser Konferenz.

**Dr. Norbert Burger** forderte die Mitglieder der Konferenz nachdrücklich dazu auf, die finanziellen Kahlschläge als existentielle Bedrohung des zivilen Bevölkerungsschutzes nicht wort- und tatenlos zuzulassen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Burger zunächst auf Ereignisse in Deutschland und Europa ein, die 1999 direkt oder indirekt eine Bedrohung unserer Bevölkerung darstellten. Es war dies zunächst der Kosovokrieg mit seinen vielen Flüchtlingen, den Verwundeten und Toten und der Ungewissheit wie sich dieser Krieg global entwickeln könnte. Es war das Pfingsthochwasser in Süddeutschland, das die Dimensionen der Oderflut von 1997 weit überschritten habe. Über 100.000 Menschen wa-

ren durch dieses Hochwasser unmittelbar betroffen.

„Das nächste große Menetekel,“ so Burger weiter, „wenn auch nicht in Mitteleuropa, hat sich dann im August in der Türkei ereignet. Das Erdbeben in der Region Izmet/Istanbul hat uns allen besonders drastisch vor Augen geführt, welchen Strafzoll eine Gesellschaft zu zahlen hat, wenn sie sowohl die Vorsorge als auch die Abwehr von potentiell drohenden Gefahren vernachlässigt.“

Wer heute völlig berechtigt die Fehler der türkischen Politik in der Katastrophenvorsorge und im Katastrophenschutz anprangere, führte Dr. Burger weiter aus und kam damit auf die Situation in unserem Lande zu sprechen, müsse sich ehrlicherweise mit gleichem Ernst die Frage stellen, welche Folgen ein vergleichbares Ereignis im eigenen Land haben könnte und wie man mit diesen Folgen umgehen würde. „Die Antwort auf diese Frage müsste nach jetzigem Stand der Dinge für die Bundesrepublik Deutschland mit aller Vorsicht gesucht werden.“

Dr. Burger weiter: „Die seit Herbst letzten Jahres im Amt befindliche Bundesregierung

setzt den Spartrend im Zivil- und erweiterten Katastrophenschutz fort, ja beschleunigt ihn sogar. Über 500 Millionen Mark sollen nach den Vorstellungen des Bundesministeriums des Innern durch die Sparbeschlüsse allein im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes eingespart werden.

Folgende für die Katastrophenschutzorganisationen und den Zivilschutz besonders dramatischen Punkte des Sparprogramms möchte ich hier benennen:

1. Die Aussetzung des Fahrzeugbeschaffungsprogramms für den erweiterten Katastrophenschutz.

2. Die Abschaffung des Förderprogramms für die Erste-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung.

3. Die Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) und Aufgabe der einzigen Bundesfachbehörde für den zivilen Bevölkerungsschutz in Deutschland.“

Dabei stellte Burger den Gedanken vor, das BZS in eine Bundesanstalt für Notfallplanung und Bevölkerungsschutz umzuwandeln. In dieser könne unter anderem die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz, die BZS-Bibliothek,



Vorsitzender Dr. Norbert Burger (Mitte) nimmt zu Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes Stellung.

der Bereich der Forschung und Entwicklung sowie eine Koordinierungsstelle für Großgefahrenlagen zusammengefasst werden.

Danach bat **Ministerialdirektor Klaus-Henning Rosen**, Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern (BMI), im Hinblick auf die kommenden Sparmaßnahmen um Verständnis dafür, dass die Solidarität aller gefordert sei. An den Aufgaben des Zivilschutzes jedoch gäbe es keine Abstriche.

Hinsichtlich der Fahrzeugbeschaffungen legte er dar, dass die Beschaffung in den Jahren 2002 und 2003 auf Null gestellt sei, allerdings sei in den Jahren 2000 und 2001 das Beschaffungsprogramm im wesentlichen abgewickelt.

Weiterhin bat er bezüglich der Erste-Hilfe-Ausbildung die Katastrophenschutzorganisationen ihre Vorstellungen darzulegen, wie ein Potential von Multiplikatoren zu gewährleisten sei.

Zu den organisatorischen Maßnahmen führte er aus:

- Nach Schließung des BZS werde es für den Zivilschutz künftig eine eigene Abteilung im Bundesverwaltungsamt (BVA) geben.

- Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) werde nicht geschlossen, sondern mit vier Lehrgruppen weitergeführt - zwei Lehrgruppen für Zivilschutz/Katastrophenschutz-Aufgaben,

eine Lehrgruppe für internationale Angelegenheiten und eine Lehrgruppe für das Technische Hilfswerk (THW).

- Die Bibliothek des BZS werde als lebende Bibliothek erhalten und der AkNZ (nicht dem BVA) angegliedert. Die Forschung werde dem BMI angegliedert; auch die Schutzkommission werde unmittelbar beim BMI „aufgehängt“.

- Außerdem plane man, aus der beim BZS vorhandenen Datenbank, gemeinsam mit dem Wissen und den Daten des THW, eine Stelle zu schaffen, bei der das Basiswissen über Entstehung und Bewältigung von Katastrophen vorhanden und abrufbar sei. Auch die Daten über Experten für die Bewältigung von Katastrophen sollten dort vorgehalten werden. Die Geoforschungsstelle Potsdam solle ebenfalls ihr Wissen einbringen.

- Die Auflösung des BZS könne zum 31. 12. 2000 erfolgen, die Aufgabe Zivilschutz müsse es allerdings weiterhin geben.

Für den Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz führte **Leitender Ministerialrat Hansjürgen Kuck** (NRW) aus:

Große Sorgen mache den Ländern u. a. der Zustand im Bereich Warnung der Bevölkerung. Allerdings sei man froh, dass es ein Forschungsprojekt beim BZS gäbe, um hier Verbesserungen zu schaffen.

Der Bereich des Selbstschutzes kranke nach Auflösung des Bundesverbandes für den Selbstschutz völlig. Die Gemeinden seien bei dieser Aufgabe überfordert.

Im Hinblick auf die Finanzierung des Katastrophenschutzes bestehe bei den Ländern noch große Unsicherheit.

Für den Deutschen Landkreistag führte **Kreisdirektor Schwarz** (Kreis Siegen/Wittgenstein) aus:

Zur besseren Hilfeleistung und schnelleren Reaktionsfähigkeit sei die Schwelle zum Großschadensereignis/Katastrophe herabzusetzen.

Insgesamt fordere der Landkreistag eine Stärke- und Ausrüstungsnachweisung (STAN), weil daraus einheitliche Regelungen, die unabweisbar für den Katastrophenschutz notwendig sind, ableitbar bzw. entwickelbar sind.

Der Leiter der Feuerwehr Köln, **Direktor Stefan Neuhoff**, wies darauf hin, dass auch im Frieden (z. B. gegen chemische Ereignisse, Hochwasser) Sirenen als einziges Mittel denkbar seien, um schnell genug eine Warnung verbreiten zu können. Aus diesem Grund baue die Stadt Köln elektronische Sirenen auf.

Insgesamt bemängelte er das Fehlen von Konzepten und forderte Bund und Länder zum Handeln auf. Als Beispiel erwähnte er das alte Stabsmodell mit der Gliederung S 1 bis S 4, welches sich gut bewährt habe, nun aber nicht mehr existent sei.

Abschließend wies **Landesgeschäftsführer Liefländer** vom Malteser Hilfsdienst für die Hilfsorganisationen auf die Pflichten des Bundes, resultierend aus den Grundgesetzartikeln 2 Abs. 2 (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit), 73 Nr. 1 (Gegenstände der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes) und 75 (Rahmengesetzgebung des Bundes), hin.



## Brauchen wir noch ein Bundesamt für Zivilschutz?

*Zur Absicht des Bundesministers des Innern, das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) zu schließen, sendet Dr. Paul Wilhelm Kolb, BZS-Präsident a. D., folgende Bemerkungen:*

Als Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz von 1968 bis 1985 wurde ich ständig mit der Frage konfrontiert, in welcher Weise den völkerrechtlichen Bestimmungen zum Schutze unserer Bevölkerung im Sinne des Haager und Genfer Völkerrechts durch die Arbeit des Bundesamtes am besten Rechnung getragen werden könnte. In dem damit verbundenen Ringen um die Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation des Zivilschutzes wurde aber niemals in Frage gestellt, dass - bis zu welcher personellen Obergrenze auch immer - den hilfsbereiten freiwilligen Händen ein leistungsgerechter behördlicher Rahmen auf Ebene des Bundes, der Länder und der Gemeinden vorgegeben werden müsste. Dies scheint man in der jüngsten Zeit unverständlicherweise völlig vergessen zu haben. Ich führe dies auf einen Verlust an Realitätssinn und Fachkompetenz zurück, der

sich in einem auffallenden Hang zu vorschnellem Urteilen in der Sache „Zivilschutz“ ausdrückt.

Insbesondere fehlt mir jedes Verständnis dafür, dass über Umfang und Struktur von Behörden und Institutionen des Zivilschutzes - im gegebenen Falle über die Schließung des Bundesamtes für Zivilschutz - Entscheidungen getroffen werden, ohne dass vorher zeitnah geprüft wurde, welcher Schutzbedarf für unsere 80 Mio. Bevölkerung angesichts der aktuellen, sich weiter dynamisierenden Gefahrenpotentiale besteht.

Keinesfalls kann es deshalb genügen, die Auflösungsentscheidung mit so unsubstantziellen Hinweisen wie

- unser Staat sei, wie nie zuvor, nur von Freunden umgeben, oder

- die Schließung des Bundesamtes für Zivilschutz diene der Modernisierung (Verschlankung) der Bundesverwaltung und der Konsolidierung des Bundeshaushaltes,

zu begründen.

Das mindert das Ansehen des Entscheiders, zumal alle im Zivil- und Katastrophenschutz Mitwirkenden mit Bitterkeit zur Kenntnis nehmen mussten, dass im Verlauf der 90er Jahre Haushaltsplanungen des Bundes im Bereich des Zivilschutzes nicht mehr durch den gesetzlichen Auftrag, sondern von der Kassenlage bestimmt wurden.

Dies wirkt sich zudem systemstörend aus, weil Einsparziele ohne Wirkungsevaluation Teilbereiche so beeinträchtigen können, dass das Ganze nicht mehr leistungsfähig ist.

Durch den Wegfall des Bundesamtes für Zivilschutz und der dort seit über 40 Jahren gewachsenen und personalisierten Fachkompetenz würde zwar die Leistungsfähigkeit des Verbundes von Zivil- und Katastrophenschutz empfindlich beeinträchtigt, jedoch der damit beabsichtigte Einsparungseffekt nicht erreicht. Denn in der Struktur des Bundesamtes überwiegen die Personalkosten. Und sie müssten aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen auch im Schließungsfall - an anderer Stelle - fortgezahlt werden.

Allein schon unter diesem Gesichtspunkt wäre die Überleitung auf eine neu einzurichtende Arbeitseinheit im Bundesverwaltungsamt uneffektiv.

Und noch anders stellt sich das Vorhaben dar, wenn man es im Lichte der Erfahrungen der zurückliegenden zehn Jahre sieht.

So hat sich nach dem Urteil der Länder, der kommunalen Spitzenverbände und der Hilfsorganisationen, insbesondere nach Verkündung des Zivilschutzgesetzes vom 25. März 1997, ein Regelungsbedarf an interpretierenden Verwaltungsvorschriften ergeben, der wohl nur von einer eingearbeiteten und gut motivierten Dienststelle in absehbarer Frist abgebaut werden kann.

*Hier wiedergegebene Leserbriefe stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.*

Und auch im Bereich der Aufgaben Selbstschutz, Warnung der Bevölkerung, Entwicklung von Ausbildungsinhalten des Zivilschutzes, Information der Bevölkerung über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten sind Defizite entstanden, die in Anpassung an fortgeschriebene Bedrohungsbilder so schnell wie möglich abgebaut werden müssen.

Unter diesen Umständen wird, wahrheitsgemäße Information vorausgesetzt, kein verantwortungsbewußter Politiker einem Gesetz zustimmen, das eine mit hoher Sachkompetenz ausgestattete Behörde schließt und deren Aufgaben auf eine sachfremde Sammelbehörde überträgt.

Allerdings, nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte.

Es sollte deshalb schnellstens mit allen an einem modernen und elastisch strukturierten Zivilschutz Interessierten darüber gesprochen werden, wie das Amt und die zu ihm gehörende Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz zu einem modernen Dienstleister - ggf. unter einer neuen Firmierung - umgestaltet werden können, der durch klug programmierten, zielgeführten Einsatz seines Kommunikationsapparates befähigt wäre, den ihm durch das ZSG zugewiesenen Auftrag optimal zu erfüllen.

Das Amt wäre dabei gut beraten, wenn es in seinen Zukunftsplanungen eine auf Dauer gerichtete Zusammenarbeit mit den auf dem Gebiet der Fortentwicklung der Risikoanalysen, Leistungsdefinitionen und Konzeptharmonisierung im Zivil- und Katastrophenschutz marktführenden nichtstaatlichen Vereinigungen, der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz und dem Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge, vorsähe.

Dadurch würde auch die publizistische Attraktivität seines Aufgabenbereiches vergrößert.

*Soweit die Ansicht von Dr. Kolb. Wir werden in der nächsten Ausgabe auf die angesprochene Gesamtproblematik näher eingehen. Die Red.*

\*

## Über weitreichende Alarmierung nachdenken

*Unser Leser Ekkehardt Wolf, Bad Essen, nimmt zum Thema Warnung der Bevölkerung Stellung:*

Aufgrund der sich verschlechternden internationalen Lage scheint es wohl angebracht zu sein, über die Möglichkeit einer weitreichenden Alarmierung und Informierung der Bevölkerung in einem etwaigen Großschadensfall nachzudenken. Nachdem das fast flächendeckende Sirensystem im Bereich der „alten“ Bundesrepublik - nach meinem Wissensstand trotz des Widerspruchs des Deutschen Städtetages - aufgegeben wurde, kann die Bevölkerung nicht mehr ausreichend alarmiert werden.

Die derzeitige Vorstellung, allein durch Rundfunk und

Fernsehen sei dies zu erreichen, ist wirklichkeitsfremd: Niemand sitzt rund um die Uhr am Radio und achtet auf mögliche Gefahrendurchsagen.

Allein eine Sirene, die weit hin hörbar ist, kann als „Wecker“ dienen (z. B. Heulton = Rundfunkgerät einschalten und auf Durchsage achten).

Außerdem ist die Argumentation, Sirenen seien veraltet und zu teuer, nicht stichhaltig. Die wartungsarmen elektronischen Hochleistungssirenen, die ja bekanntlich drei bis vier herkömmliche Alarmgeräte ersetzen können, stellen eine sinnvolle Alternative zum alten System dar.

Ich halte es für dringend geboten, wieder ein flächendeckendes Sirennetz zu installieren. Die wenigen noch vorhandenen „alten“ Sirenen könnten in der Anfangsphase noch mit einbezogen werden.

Der Staat hat die Für- und Vorsorgepflicht, seine Bürger rechtzeitig bei drohenden Gefahren jeglicher Art zu alarmieren und zu informieren. Am Beispiel des Balkans sieht man, wie schnell sich die geostراتيجية Lage wieder verändern kann.

## Menschen in Not zur Seite stehen.

*Eine Aufgabe der Johanniter.  
Unterstützen Sie uns.  
Ihre Spende lindert Not.*

Spendenkonto: **43 43 43 43**  
bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 307 205 00)

# DIE JOHANNITER



## Bayern: 1998 über 170.000 Einsätze für die Feuerwehren

Die fast 7.800 Freiwilligen Feuerwehren, sieben Berufsfeuerwehren und 281 Werk- und Betriebsfeuerwehren mit ihren über 345.000 Feuerwehrleuten waren 1998 170.000 Mal im Einsatz. Mit 89.000 Einsätzen lag der Schwerpunkt wieder bei der technischen Hilfeleistung. Zu dieser wurden die Floriansjünger fast fünf Mal so häufig gerufen wie zu Brandeinsätzen, die in 19.000 Fällen erfolgten.

Bei Bränden retteten sie 1.332, bei technischen Hilfeleistungen 6.931 Personen. Fünf Helfer kamen bei Bränden selbst ums Leben, 204 verletzten sich dabei, bei technischen Hilfeleistungen waren es 81. Trotz des Kampfes der Feuerwehren gegen den roten Hahn verloren 68 Personen in Bayern ihr Leben. Bei technischen Hilfeleistungen konnten 1.272 nur noch tot geborgen werden. Diese Bilanz zog Innenminister Dr. Günther Beckstein zum Feuerwehrjahr 1998.

In Bayerns Freiwilligen Feuerwehren gibt es 333.878 Aktive, darunter 14.397 Frauen. „Ohne dieses starke ehrenamtliche Engagement könnte der Brandschutz und die technische Hilfeleistung in Bayern nicht flächendeckend aufrechterhalten werden“, ist sich Beckstein sicher.

Der Freistaat Bayern hat im Haushaltsjahr 1998 trotz angespannter Haushaltslage nahezu 100 Millionen Mark für die Förderung des Feuerwehrwesens aufgewendet. Rechnet man die Leistungen der Kommunen hinzu, standen den Feuerwehren Bayerns mehr als 300 Millionen Mark von der öffentlichen Hand zur Verfügung. Damit hat der Freistaat Bayern in den vergangenen zehn Jahren für die Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und

-geräten über 470 Millionen Mark bereitgestellt. Mit weiteren nahezu 380 Millionen Mark wurde der Bau von Feuerwehrgerätehäusern gefördert.

## Bergwacht leistete 1998 über 5.000 Mal erste Hilfe

Die Bayerische Bergwacht hat 1998 bei 649 Hubschraubereinsätzen, 660 Berg- und über 2.500 Skiunfällen sowie 65 Rettungen aus Bergnot mitgewirkt und über 5.000 Bürgerinnen und Bürgern erste Hilfe geleistet.

„Diese Zahlen dokumentieren die Effektivität und Schlagkraft der Bergwacht. Eine solche Bilanz kann nur durch ein außerordentliches Maß an Idealismus und Opferbereitschaft erreicht werden“, betonte Innenstaatssekretär Hermann Regensburger anlässlich der Überreichung der Leistungsauszeichnungen für besondere Verdienste um die Bergwacht.

Die Feierstunde in der Münchner Residenz wurde überschattet durch den tragischen Tod des zur Auszeichnung vorgesehenen Bergwacht-

mitglieds Ernst Wassermann, der am 22. Juli 1999 bei einem Bergwachteinsatz in Oberstdorf tödlich verunglückte.

Aus den vielfältigen Einsatzbereichen der Bergwacht hob Regensburger die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz, der bayerischen Polizei und den Organisationen ADAC und DRF im Bereich der Luftrettung besonders hervor: „In regelmäßigen Übungen und zahlreichen Einsätzen haben sich bewährte und eingespielte Teams herausgebildet. Dies hat sich besonders bei den Lawineneinsätzen im Winter 1998/1999 gezeigt.“ Auch der bayerische Alpenraum blieb in diesem Winter nicht von tragischen Lawinenunglücken verschont. Insgesamt sind durch Lawinenabgänge in den bayerischen Alpen drei Menschen ums Leben gekommen. Fast 500 Einsatzkräfte und 38 Hundeteams der Bergwacht haben hier zum Teil über mehrere Tage unermüdlich Hilfe geleistet.

Regensburger sprach den Geehrten den Dank der Bayerischen Staatsregierung für ihre Leistungen aus: „25 und 50 Jahre ehrenamtlicher Dienst am Mitmenschen in manchmal lebensbedrohender Gefahr können nicht genug gewürdigt werden in Zeiten, in denen den meisten das eigene Ich am nächsten ist.“

Die Bayerische Staatsregierung unterstütze deshalb das Ehrenamt nach Kräften. Regensburger weiter: „Trotz der äußerst angespannten Haushaltssituation haben wir für den ehrenamtlich strukturierten Bereich der Bergwacht mit aller Macht versucht, Mittelkürzungen soweit irgendwie möglich zu vermeiden. So stehen der Bergwacht in den nächsten beiden Jahren jeweils über 1,6 Millionen Mark zur Verfügung. Unsere gemeinsamen Bemühungen werden in der Zukunft allerdings darauf gerichtet sein müssen, das Erreichte zu sichern und bei Neu- und Wiederbeschaffungen mit den verfügbaren Mitteln auszukommen.“

## Celle 70 70 weiter erreichbar

Wegen anhaltender Nachfrage setzt die Koordinierungsstelle Einsatznachsorge, die seit dem ICE-Unfall in Eschede im Juni des vergangenen Jahres Beratung und Information für Einsatzkräfte anbietet, ihre Arbeit bis Ende des Jahres 1999 fort. Die Koordinierungsstelle ist weiterhin unter der Rufnummer Celle (0 51 41) 70 70 montags bis freitags von 10 bis 19 Uhr zu erreichen.

## Humanitäre Soforthilfe des Bundes

„Die Bundesregierung hat als Soforthilfe für die Erdbebenopfer in der Türkei fünf Millionen Mark zur Verfügung gestellt.“ So oder ähnlich berichteten Nachrichtensprecher und Zeitungen über einen Vorgang, der kurze Zeit später zu Unstimmigkeiten zwischen Funktionären der in Deutsch-

land lebenden Türken und deutschen Politikern führte.

Die Vertreter der türkischen Mitbürger hatten - scheinbar in der Meinung, es würde sich bei diesem Betrag um eine Wiederaufbauhilfe Deutschlands an die Türkei handeln - öffentlich die Hilfsbereitschaft der Bundesrepublik angeprangert. Von Sprechern des Auswärtigen Amtes wurde daraufhin der Begriff der humanitären Soforthilfe erläutert.

Bei der „Soforthilfe“ handelt es sich um finanzielle Mittel, die deutschen Hilfsorgani-

sationen zur Verfügung gestellt werden, um erste Hilfsmaßnahmen in einer Krisenregion zu ermöglichen. Vergeben werden diese Mittel vom Arbeitsstab „Humanitäre Hilfe“ im Auswärtigen Amt. Im Fall der Türkei wurde mit den erwähnten fünf Millionen Mark der Einsatz von Rettungsteams mit Spezialgeräten und Rettungshunden sowie Massnahmen zur Unterbringung und Erstversorgung der Erdbebenopfer ermöglicht. Es wurde damit aber auch der Einsatz von Feuerwehrspezialisten und de-

### Humanitäre Soforthilfsmaßnahmen der Bundesregierung aus Mitteln des Auswärtigen Amtes anlässlich des Erdbebens in der Türkei vom 17. August 1999

<i>Projektträger</i>	<i>Projektbeschreibung</i>	<i>Betrag DM</i>
ASB	Einsatz einer Rettungshundestaffel; Beschaffung und Verteilung von Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial	40.000 93.000
DRK	Einsatz einer Rettungshundestaffel und Medikamente; Einsatz eines mobilen Krankenhauses	400.000 500.000
Humedica	Beschaffung und Transport von Nahrungsmitteln, Decken und Medikamenten	50.000
JUH	Einsatz einer Rettungshundestaffel, 2000 Decken und 30 Großraumzelten	300.000
ADRA	Beschaffung und Transport von Hygienesets und Babynahrung	269.000
HELP	Beschaffung, Transport und Verteilung von Decken	50.000
THW	Einsatz einer Rettungshundestaffel sowie eines 75-köpfigen Bergungsteams; Löscheinsatz zusammen mit Feuerwehr Frankfurt, BASF und Wintershall in brennender Ölraffinerie Tüpras	350.000 1.000.000
GTZ	Diverse Maßnahmen zur Erstversorgung	300.000
BRH	Einsatz einer Rettungshundestaffel	9.000
Sanavita	Beschaffung von Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial	300.000
Pro Humanitate	Beschaffung und Verteilung von Medikamenten sowie Entsendung eines Ärzteteams	152.800
UNICEF	Beschaffung und Einsatz von Erste-Hilfe-Kits und medizinischem Verbrauchsmaterial	420.000
HELP	Beschaffung und Verteilung von Babynahrung, Milchpulver, Nahrungsmitteln, Matratzen, Hygieneartikeln	150.000
Caritas	Beschaffung und Verteilung von 10.000 Lebensmittelpaketen	400.000
<b>Gesamtsumme der Hilfsmaßnahmen</b>		<b>4.783.800</b>

ren Geräte mit zwei Großraum-Transportflugzeugen zur Bekämpfung des Raffineriebrandes in Tüpras finanziert.

Ohne die kurzfristige Bereitstellung von Geldbeträgen durch den Arbeitsstab wäre ein spontaner Einsatz nicht möglich gewesen. Die Tabelle zeigt, an welche Organisationen und für welchen Zweck die „Soforthilfe“ verteilt wurde.

Angesichts der gewaltigen Zerstörungen im Erdbebengebiet wird für den Wiederaufbau nicht nur die Türkei, sondern auch die europäische Staatengemeinschaft tief in die Tasche greifen müssen. Mit der humanitären Soforthilfe Deutschlands hat dies jedoch nichts zu tun.

## Dank an BZS-Mitarbeiter

Anfang April dieses Jahres erreichte die Zahl der Menschen, die aus dem Kosovo vertrieben wurden oder vor dem Krieg geflohen waren, einen Höhepunkt. Um die Aufnahmeländer Mazedonien und Albanien zu entlasten, hatten sich europäische Staaten, darunter die Bundesrepublik, bereit erklärt, eine größere Zahl von Vertriebenen und Kriegsflüchtlingen aufzunehmen.

Um den Flüchtlingen hier in Deutschland die Möglichkeit zu geben, nach vermissten Angehörigen zu suchen und sich über Hilfeleistungen zu informieren, hatte das Bundesministerium des Innern eine Hotline eingerichtet.

Die Hotline, die unter anderem auch von vier Mitarbeitern des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) bedient wurde, haben in den rund zwei Monaten ihres Bestehens 10.883 Anrufer genutzt.

Der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Klaus Hennig Schapper, dankte den BZS-Mitarbeitern im Namen von Bundesminister Otto Schily für ihren Einsatz.

## Wind im Tunnel

Einen erfolgreichen Testeinsatz absolvierte die Werkfeuerwehr BASF Ludwigshafen mit ihrem „Turbo-Löschler“ im Hamburger Elbtunnel. Gemeinsam erprobten die Hamburger Feuerwehr und das Institut der Feuerwehr in Heyrothsberge, ob sich der „Turbo-Löschler“ mit seinen zwei Düsentriebwerken auch für die Brandbekämpfung in Tunneln eignet. „Mit den Ergebnissen sind wir sehr zufrieden“, zog Prof. Dr. Reinhard Grabski vom Institut der Feuerwehr Bilanz.

Das Fahrzeug ist seit drei Jahren im Ludwigshafener BASF-Werk im Einsatz, die Werkfeuerwehr benutzt es dort für die Brandbekämpfung, zum Kühlen oder Niederschlagen von Gasen. Kernstück des „Turbo-Löschers“ sind zwei Düsentriebwerke. In den Abgasstrahl eingedüst, können bis zu 3.000 Liter Wasser pro Minute fein vernebelt bis zu 140 Meter weit geschleudert werden.

Die Idee für die Tunnelbrandbekämpfung: Durch den starken Abgasstrahl werden Rauch und giftige Gase aus dem Tunnel gedrückt, der feine Wassernebel sorgt für Kühlung. Am nördlichen Tunnelende maßen die Wissenschaftler vom Institut der Feu-

erwehr während des Versuchs noch Windgeschwindigkeiten um die 20 km/h, die Luftfeuchtigkeit stieg von 35 auf 80 Prozent. Der „Turbo-Löschler“ stand dabei zwei Kilometer entfernt am südlichen Ende des Tunnels.

„Es ist sicherlich eine Möglichkeit, dass Bilder aus dem Fernsehen verschwinden, wo Feuerwehrleute 20 oder mehr Stunden lang wegen der Hitze nicht in den Tunnel kommen. Dieses System kann die Zeiten sicherlich verkürzen“, stellte Hamburgs Oberbranddirektor Dieter Farrenkopf mit Blick auf die Tunnelbrände in Frankreich und Österreich fest.

Seine Vision: Ein flächendeckendes Netz von „Turbo-Löschern“. Alle 200 bis 250 Kilometer ein derartiges System, damit sich Brandkatastrophen wie im Montblanc- oder Tauern-Tunnel nicht wiederholen.

## Bundespräsident als Schirmherr

„Dass die Seenotretter rund um die Uhr einsatzbereit sind und bei jedem Wetter - gerade bei schwerer See - selbstlos ihr eigenes Leben gefährden, um anderen zu helfen, verdient ebenso Anerkennung und Respekt wie der Umstand, dass



Ein seltenes - wenn nicht einmaliges - Bild: Sieben verschiedene Einheiten der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) formieren sich zu einer großen Übung in der Nordsee.

die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) ihre Aufgaben vertritt, ohne staatliche Zuschüsse in Anspruch zu nehmen.“ Mit diesen Worten hat Bundespräsident Johannes Rau die Schirmherrschaft über die DGzRS übernommen. Er folgt damit seinen Vorgängern im Amt, die sich ebenfalls als Schirmherren für die Arbeit des deutschen Seenotrettungsdienstes engagiert haben.

Die DGzRS führt in Nord- und Ostsee den Such- und Rettungsdienst eigenverantwortlich und unabhängig durch. Sie unterhält dafür auf 53 Stationen zwischen der Ems-Mündung im Westen und der Pommerschen Bucht im Osten 59 leistungsfähige Seenotkreuzer und -rettungsboote. Seit Gründung der Gesellschaft im Jahr 1865 wurden ca. 65.000 Menschen aus Seenot gerettet oder aus Gefahr befreit.

## Strahlenmessung aus der Luft

Gemeinsam mit dem Bundesgrenzschutz (BGS) und dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) wurde vom 6. bis 8. September 1999 eine Übung zur Messung der Umweltradioaktivität vom Hubschrauber aus durchgeführt. Die Übung fand im Pfälzer Wald südöstlich von Pirmasens statt. Eingesetzt wurden vier Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes, die mit Messeinrichtungen des Bundesamtes für Strahlenschutz ausgestattet waren.

Die Hubschrauber waren mit zwei verschiedenen Detektorsystemen ausgerüstet: Damit konnte kontinuierlich die Gammastrahlung gemessen werden, die von radioaktiven Stoffen im Boden ausgesandt wird. Außerdem ist es möglich, aus der Luft bereits die Aktivitäten einzelner Radionuklide zu bestimmen. Die Position des Hubschraubers kann

ständig mit einem satellitengestützten Navigationssystem (GPS) bestimmt werden; ein Radargerät ermittelt seine Höhe über dem Boden.

Nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrlVG) ist das BfS neben anderen Aufgaben auch für eine rasche und großräumige Radioaktivitätsmessung aus der Luft zuständig. Das Gesetz wurde nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl erlassen, um im Fall von Ereignissen mit erheblichen radiologischen Auswirkungen den Schaden für die Bevölkerung und die Umwelt so gering wie möglich zu halten.

Für diese Aufgabe hält das BfS seit 1993 entsprechende Messsysteme zum Einsatz in Hubschraubern vor. Die Besatzungen der Hubschrauber stellt der Bundesgrenzschutz, der auch die logistischen Aufgaben löst. Die BfS-Mitarbeiter sind für die Messungen, die Messsysteme und die radiologische Bewertung der Messdaten verantwortlich.

## A + A 99: Das BZS ist dabei!

Bereits seit 1954 findet alle zwei Jahre die Internationale Fachmesse „Arbeitsschutz + Arbeitsmedizin“ - A+A - in Düsseldorf statt. Mit zuletzt fast 52.000 Fachbesuchern aus 69 Ländern und knapp 1.000 Ausstellern ist sie die international führende Messe für das gesamte Gebiet rund um das Thema Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Persönliche Schutzausrüstungen, Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen, die Sicherheit von Maschinen und Geräten, ergonomische Verbesserungen, Rettungseinrichtungen, die Organisation der Sicherheit und der gesamte Brandschutz in den Betrieben gehören zu den Angebotschwerpunkten.

Ergänzt wird die vom 2. bis 5. November 1999 stattfindende Fachmesse durch den A+A-



Kongress, der unter Federführung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (BASI) übergeordnete Zusammenhänge und langfristige Perspektiven aufzeigt und 1997 über 8.000 Interessenten anzog.

Ein wichtiger Baustein der A+A ist auch in diesem Jahr wieder die Sonderschau „Treffpunkt Sicherheit“. Von ca. 80 nichtkommerziellen nationalen und internationalen Institutionen organisiert, wird anhand zahlreicher praktischer Vorführungen aufgezeigt, wie sich Unfälle am Arbeitsplatz vermeiden lassen und die Gesundheit der Mitarbeiter geschützt wird. Auch hier reicht die Palette von einfachen Mitteln für die tägliche Praxis im Kleinbetrieb bis hin zu den komplexen Lösungen für Unternehmen mit speziellen Bedürfnissen.

Auch das Bundesamt für Zivildschutz (BZS) beteiligt sich in diesem Jahr an der Sonderschau „Treffpunkt Sicherheit“ in Halle 6 der Düsseldorfer Messe. Die Messepräsentation des BZS zeigt zum einen die Aufgaben des Zivildschutzes, zum anderen auch die Umsetzungsmöglichkeiten dieser Aufgaben für den Arbeitsschutz. Wenn es um Fragen zur Sicherheit des Bürgers in Gefahrensituationen geht, ist der A+A-Stand des BZS genau der richtige Treffpunkt.

## Termine

**14.-16. Oktober 1999:** Fachmesse „Florian 99“  
Ort: Erfurt  
Info: Ortec Messe Dresden GmbH, Bertold-Brecht-Allee 24, 01309 Dresden

**16. Oktober 1999:** Gemeinsame Fachtagung des Sozialministeriums Baden-Württemberg und der Deutschen Rettungslugwacht e. V. „Experten zum Thema Gefahrgutunfälle“  
Ort: Stuttgart  
Info: Tagungsbüro, Echterdinger Straße 89, 70794 Filderstadt

**19.-21. Oktober 1999 (Terminänderung):** Messe für Sicherheitstechnik „Security“  
Ort: Amsterdam (NL)  
Info: Royal Dutch Jaarbeurs, Jaarbeursplein, NL-3521 Utrecht

**2. bis 5. November 1999:** Fachmesse für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin „A+A 99“  
Ort: Düsseldorf  
Info: A+A 99, Messe Düsseldorf GmbH, Postfach 10 10 06, 40001 Düsseldorf

**6. November 1999:** 1. Brandschutz-Fachtagung 99  
Ort: Groß-Bieberau  
Info: Kreisfeuerwehrverband Darmstadt-Dieburg, Am Altstätter See 7, 64807 Dieburg

**4.-6. Mai 2000:** Trauma Care 2000  
Ort: Mainz  
Info: Klinik für Anästhesiologie, Universität Mainz, 55101 Mainz

**5.-7. Mai 2000:** 125 Jahre Berufsfeuerwehr Nürnberg  
Info: Stadt Nürnberg, Feuerwehr, Regensstraße 4, 90317 Nürnberg

**16.-18. Juni 2000:** Straßen-Rad-Weltmeisterschaften der Feuerwehren  
Ort: Augsburg  
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**20.-25. Juni 2000:** Interschutz / 27. Deutscher Feuerwehrtag  
Ort: Augsburg  
Info: Organisationsbüro, Berliner Allee 30, 86153 Augsburg

**23.-30. September 2000:** 58. IAA Nutzfahrzeuge  
Ort: Frankfurt am Main  
Info: VDA, Postfach 17 05 63, 60079 Frankfurt

### Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

**Auergesellschaft GmbH, Postfach 620, 12006 Berlin:** Das Lehrgangsprogramm zu den Lehrgängen und Seminaren 1999 kann angefordert werden.

**Brandschutz- und Katastrophenschutzschule, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge:** Die Lehrgangspläne für das 1. Halbjahr 2000 für die Feuerwehrausbildung sowie die Lehrgänge des Bildungszentrums Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt können angefordert werden.

**Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V., Info: Sekretariat der Unfallchirurgischen Klinik Westend, Spandauer Damm 130, 14050 Berlin:** 10. Jahrestagung am 23.-24.10.1999.

**FeuerTRUTZ GmbH, Kanalstraße 24, 82515 Wolfratshausen:** 1999 werden mehrere Brandschutzseminare angeboten, Programme können angefordert werden.

**Haus der Technik, 45117 Essen:** 8.-9.11.: Seminar Brandschutz in elektrischen und elektronischen Anlagen.

**mic information center, Postfach 1752, 86887 Landsberg:** 25.-27.10.: 6. Münchner Umwelt-Tage, 22.11.: Atemschutz-Seminar, 23.-25.11.: Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz, 24.-26.11.: 15. Münchner Gefahrstoff-Tage.

**SAFE-TEC GmbH, Novesiastraße 56, 41564 Kaarst:** 15.-19.11.: Ausbildung Brandschutzbeauftragter I.

**Technische Akademie Wuppertal e.V., 42097 Wuppertal:** 20.10. Seminar Brandschutz in Gemeinden.

## IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:  
Postfach 20 03 51  
53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Zivilschutz, Deutscherherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:  
Bundesamt für Zivilschutz  
Internet: <http://www.bzs.bund.de>

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur:  
Hans-Walter Roth  
Telefon (02 28) 940 - 1100  
Telefax (02 28) 940 - 2981

Redaktion und Layout:  
Paul Claes  
Telefon (02 28) 940 - 1164  
Telefax (02 28) 940 - 2981

Druck, Herstellung und Vertrieb:  
Werbedruck GmbH  
Horst Schreckhase  
Postfach 1233  
34283 Spangenberg  
Telefon (0 56 63) 94 94  
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50  
Abonnement jährlich DM 14,-  
zzgl. Porto und Versandkosten.  
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

### Heute: SW 2000 - Container

Nachdem die Schlauchwagen (SW 2000-Tr) 1980 aus Kostengründen aus den „Stärke- und Ausrüstungsnachweisen“ (STAN) herausgenommen wurden, konzipierte der Bund einen Schlauch-Container, der auf Lkw-Fahrgestelle der Feuerwehr aufgesetzt werden sollte. Bei zwei Prototypen - bei der Freiwilligen Feuerwehr Bergneustadt auf MAN 11.168 (Container Voll) und bei der KatS-Schule Ahrweiler auf MB LAF 1113 - blieb es jedoch.

Beschrieben wird hier das Bergneustädter Fahrzeug, das noch immer einsatzbereit zur Verfügung steht. Hier die Maße für den Container: 4300 cm Länge, 1875 cm Höhe, ca. 2300 cm Breite; Fahrzeug MAN 11.168 mit einer Gesamtlänge von 7250 cm und einer Breite von 2500 cm, die Höhe mit Container beträgt 3000 cm.

### Das Modell

Der Bau des SW 2000-Tr mit Container ist nicht ganz einfach. Als Grundmodell dient der „Gerätewagen Bau“ (MAN 9.168) der Firma Preiser (Bestell-Nr. 35007). Zunächst wird die Pritsche abgenommen, dann das Fahrgestell auf einen Radstand von 4,7 cm gekürzt. Dabei ist der heckseitige Überhang für den Kran der Gesamtlänge des Fahrzeuges anzupassen. Im Programm von Brekina (Lkw) finden sich passende Pritschen, die fest auf den MAN aufgesetzt werden. Die Pritschenseiten erhalten eine dünne Verkleidung, die die modernen Alu-Klapppritschen darstellen sollen. Kleinere De-



Das Vorbild - ein Prototyp, der bei der Freiwilligen Feuerwehr Bergneustadt in Dienst steht.



Das Modell auf Preiser-Basis. Pritsche und Container müssen selbst gefertigt werden.

tails am Fahrgestell und am Unterbau der Pritsche müssen ergänzt werden (z. B. Kuppelung, Rückleiste; siehe auch Vorbildfoto). Der MAN-Lkw erhält zwei Blaulichter auf weißen Sockeln.

Der Container kann entweder völlig in Eigenarbeit (Plastikplatten) hergestellt, oder aber aus einem Bundeswehr-Funkcontainer (Roco) gefertigt werden (Maße siehe oben). Dazu muß der Modellcontainer allseits geglättet und mit Aussparungen für die Rolläden versehen werden. Das Containerdach erhält eine Vertiefung über die gesamte Länge

(ca. 4,8 x 2,0 cm) zur Lagerung von Geräten, nach vorn und hinten mit Relings versehen. Geräteräume bzw. Rolläden befinden sich jeweils rechts und links vorn (ca. 2,3 x 2,0 cm) sowie am Heck des Containers (2,2 x 2,0 cm).

Fahrzeug und Container werden in Rot lackiert, mit weißen Kotflügeln und weißen Blaulichtsockeln. Die Container-Ecken erhalten eine mattschwarze Farbgebung. Am Heck des Containers werden am oberen Rand ein Blaulicht sowie zwei Blinkleuchten angebracht. Kfz-Kennzeichen: GM-8020.



Am 10. Juli 1999 fand in Berlin die 11. Love Parade statt. In diesem Jahr zog das Techno-Spektakel unter freiem Himmel Hunderttausende an, die bei strahlendem Sonnenschein zwischen Ernst-Reuter-Platz und Brandenburger Tor tanzten und feierten. Nach nunmehr zehn Jahren versammeln sich immer noch verschiedene Generationen von Ravern, nicht nur Jugendliche, die grundsätzlich friedlich gestimmt sind. Für sie kommt die Love Parade einer „Bühne“ gleich: Sehen und der Wunsch, gesehen zu werden, sind alles.

Untrennbar zur Love Parade gehört die „Demonstration“ auf der Straße, für die der Malteser Hilfsdienst Berlin (MHD) und die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) den Rettungsdienst abdecken. Daneben laden viele Partys in den einschlägigen Clubs während des ganzen Wochenendes nahezu nonstop zum Tanzen ein. Die medizinische Versorgung für diese Veranstaltungen übernehmen hauptsächlich das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB).

Die Love Parade war der größte Sanitätsdiensteeinsatz des MHD in Europa. Die Berliner Helfer wurden durch etwa 250 Helfer des MHD und 60 JUH-Angehörige aus anderen Bundesländern unterstützt. Tätig waren 574 Sanitäter und 27 Ärzte, die 4.521 Hilfeleistungen erbrachten – eine Zahl, die die Einsätze des letzten Jahres um mehr als 60 % überstieg. 337 Patienten wurden in eines der 15 im Krankenhausplan vorgehaltenen Krankenhäuser transportiert. Erschöpfungszustände und Kreislaufprobleme, bedingt durch Hitze, Flüssigkeitsmangel und Drogenkonsum, aber auch plötzlich eintretende Bewusstlosigkeit und Schnittverletzungen, waren Hauptursachen der Einsätze (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).  
(Fotos: Irene Kölbl / Stefan Wagner)